

Antonius Gescher

**DIE AUSWIRKUNGEN
VON KAUFKRAFTSICHERUNGSKLAUSELN
AUF DEN GELDWERT**

**dargestellt am Beispiel der Indexlöhne
der dynamischen Rente
und der indexgebundenen Spareinlagen und Kredite**

1967

DIE AUSWIRKUNGEN VON KAUFKRAFTSICHERUNGSKLAUSELN
AUF DEN GELDWERT

dargestellt am Beispiel der Indexlöhne
der dynamischen Rente und
der indexgebundenen Spareinlagen und Kredite

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von
Antonius Gescher
aus Stadtlohn/Westfalen
1968

1. Berichterstatter: Prof. Dr. H.K. Schneider

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Dr. W. Weber

Dekan: Prof. Dr. D. Nörr

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Dezember 1967



DIE AUSWIRKUNGEN VON KAUFKRAFTSICHERUNGSKLAUSELN
AUF DEN GELDWERT

dargestellt am Beispiel der Indexlöhne
der dynamischen Rente und
der indexgebundenen Spareinlagen und Kredite

INHALTSVERZEICHNIS

Seite:

E I N L E I T U N G

A	Gründe für das Streben nach Geldwertsicherung	1
B	Arten der Kaufkraftsicherungsklauseln	5
C	Zu einigen neueren Versuchen gesellschaftlicher Gruppen in der Bundesrepublik, die Entwicklung ihrer Einkommen an die Entwicklung des Geldwertes zu binden	12

H A U P T T E I L

A	Die Gleitlohnklausel	14
I	Historische Vorformen	14
1	Darstellung	14
2	Die wirtschaftliche Beurteilung	18
II	Die Entstehung der Indexlöhne	22
1	Entstehung und Verbreitung	22
2	Arten der Indexlöhne	28
III	Die Wirkung der Indexlöhne	31
1	Die Wirkung der Indexlöhne auf die Güternachfrage und das Güterangebot	31
a	Untersuchung der Wirkung des Indexlohnes auf die Nachfrageseite	31
b	Untersuchung der Wirkung der Indexlöhne auf die Angebotsseite	36

c	Kritik an der Konzeption Arndts und die abschließende Beurteilung der Indexlöhne von der Nachfrage- und Angebotsseite her im Hinblick auf den Geldwert	38
2	Wirtschaftspolitische Beurteilung	42
a	Indexlöhne und Wettbewerbspolitik	42
b	Indexlöhne und Beschäftigung	45
c	Indexlöhne und Notenbankpolitik	48
d	Indexlöhne und Finanzpolitik	51
e	Vermag der Indexlohn seinen Zweck zu erfüllen?	58
aa	Systemimmanente Schwächen des Lebenshaltungskostenindex	58
bb	Manipulierbarkeit des Index	60
cc	Die relative und absolute Anpassung	61
3	Zusammenfassende Beurteilung	63
B	Die dynamische Rente - ein Versuch, Geldwert-schwankungen zu entgegen?	67
I	Gründe für die Dynamisierung	67
II	Darstellung der gesetzlichen Regelung in der Bundesrepublik	73
III	Auswirkungen auf den Geldwert	79
1	Die Wirkung der Konsumumschichtung	79
2	Selbstvorsorge und laufende Anpassung der Renten	82
3	Die Problematik der Alterspyramide	87
4	Dynamische Rente und Lohnpolitik in Zeiten eines instabilen Preisniveaus	95

IV	Kritische Beurteilung der Ergebnisse	100
C	Indexgebundene Sparguthaben und indexgebundene Kredite	110
I	Der Einfluß der Geldwertminderung auf das Sparen und die Kreditnachfrage	110
II	Die Indexbindung der Haben- und Sollzinsen in Finnland	120
III	Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Indexbindung	124
1	Die Auswirkung der Geldwertsicherungsklauseln auf das Sparen	124
2	Die Einführung einer Indexbindung bei den Sollzinsen und ihre Auswirkung auf die Kreditnachfrage	130
a	Die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten	130
b	Die Auswirkungen einer Geldwertsicherungsklausel auf die Nachfrage nach langfristigen Krediten	137
IV	Zusammenfassende Beurteilung der Einführung von Geldwertsicherungsklauseln im Hinblick auf den Geldwert	141
S C H L U S S		
A	Zusammenfassung	151
B	Folgerungen für die Wirtschaftspolitik	158

TABELLE UND TABELLENÜBERSCHRIFT

Tabelle:

Die Neigung von Stadtfamilien zu sparen
und zu verbrauchen

S. 101

E I N L E I T U N G

A Gründe für das Streben nach Geldwertsicherung

Wenn die verschiedenen Ursachen, die für das Streben nach Geldwertsicherung verantwortlich sind, einer kritischen Analyse unterzogen werden, so läßt sich rein geschichtlich feststellen, daß dieses Streben in Zeiten größerer Geldwertschwankungen einsetzt, und zwar stärker in inflationären als deflationären Wirtschaftslagen. Indexbindungen lassen sich also, wenn wir sie in den konjunkturellen Ablauf einordnen wollen, vor allem in Zeiten einer inflationären Entwicklung feststellen. Weil sie "offensichtlich überflüssig sind, so lange es nicht zu einer Inflation kommt"¹, kann man sogar feststellen, daß Indexbindungen aufkommen und wieder zurückgehen, je stärker bzw. je geringer der Grad der Geldentwertung ist.

Das Vorliegen einer Inflation genügt allerdings nicht, um das Streben nach Wertsicherung auszulösen. Das Vorhandensein einer bestimmten konjunkturellen Situation scheint vielmehr nur eine notwendige Bedingung zu sein.

Die das Streben nach Indexbindung auslösende Ursache liegt vielmehr erst dann vor, wenn die Wirtschaftssubjekte erkannt haben, daß das "Wertversprechen Geld" nicht mehr wertbeständig ist.

¹ Hahn, Ludwig Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 10.Jg., 1957, S.502.

Diese Erkenntnis liegt aber nicht auch dann schon vor, wenn eine inflationäre Entwicklung eintritt. Es bedarf durchaus einer gewissen Dauer der Inflation oder eines gewissen Grades an Inflation, bevor die "Illusion des Geldes", d.h. die Annahme, daß das Geld in seinem Wert trotz des inflatorischen Prozesses nicht geschwunden ist, zerbrochen wird¹. Während Fisher die Anschauung, daß die Geldeinheit in ihrem Wert immer gleich bleibt, als "die Illusion des Geldes" bezeichnet, ist Schmölders der Ansicht, daß diese "Illusion des Geldes" in Wirklichkeit "nichts anderes als die wertende Einstellung der Gesamtbevölkerung zum geltenden Geld, ihr Glaube an das Geld ist"².

Dieser Glaube an das "Wertversprechen Geld" zerbricht erst um einiges später, als die Inflation beginnt. Durch einen Hinweis auf die Situation in den Inflationsjahren in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg wird dieser Sachverhalt zwar nicht statistisch belegt, aber doch verdeutlicht. Fisher berichtet, er habe sich in der damaligen Zeit in Deutschland mit 24 Männern und Frauen ausführlich unterhalten. Aber nur einer war unter diesen, "der eine Idee davon hatte, daß sich der Wert der Mark verändert hatte"³.

1 Vgl. Fisher, Irving, Die Illusion des Geldes. Berlin (o.J.), S.2ff. Dazu auch: Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung. 6.verb.u.erw.Aufl. Tübingen 1961, S.111.

2 Schmölders, Günther, Geldpolitik, Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften. Hrsg. von Salin, Edgar und Schmölders, Günther, Tübingen, Zürich 1962, S.61. Schmölders verweist hier zudem auf die Aufschrift der Malteser Münzen "non aes sed fides", um seine Ansicht zu stützen. Vgl. ebenda, S.62.

3 Fisher, Irving, a.a.O., S.3.

Bevor dieser Glaube an das Geld schwindet, muß eine gewisse "Reizschwelle" bei den Wirtschaftssubjekten durchstoßen werden, damit sie erkennen, daß der Wert des Geldes nicht der gleiche geblieben ist. Diese "Reizschwelle" wird kaum durchstoßen durch Teuerungen bei Luxusgütern, sondern vielmehr durch starke und anhaltende Teuerungen bei Gebrauchsgütern¹. Sie kann ebenfalls durchstoßen werden durch eine bewußt inflationäre Wachstumspolitik².

Wenn nun die inflationäre Entwicklung eine bestimmte "Reizschwelle" beim einzelnen Menschen durchstoßen hat, dann erfaßt die Tendenz, sich rasch an die Preissteigerungen anzupassen, immer mehr Personen. Während es den einzelnen Personen zunächst nur darum geht, ihre individuelle Einkommensquelle real zu sichern, wird diese Tendenz noch verstärkt, wenn die verschiedenen sozialen Folgen für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erkannt werden³. Denn die Kaufkraftminderung trifft doch "die Glieder der Gesellschaft völlig unterschiedlich", so daß also das Prinzip der größtmöglichen Gerechtigkeit

1 Vgl. Wilken, Folker, Phänomenologie des Geldwertbewußtseins, "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Tübingen, 56.Bd. (1926), S.456-459.

Er weist darauf hin, daß die Stärke des entstehenden Reizes nicht abhängig von der absoluten Preisänderung sei, sondern vor allem von der Stärke der Reizgrundlage. Diese ist aber abhängig vom Verbrauchswertgewicht der Güter.

2 Vgl. Lindahl, Erik, Das Spiel mit dem Geldwert. "Weltwirtschaftliches Archiv", Hamburg, 87.Bd. (1961 II), S.20.

3 Vgl. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: Gutachten vom 24. Februar 1957; Thema: Problem von Index- und Preisgleitklauseln, in: Gutachten von Januar 1957 bis März 1961, Göttingen 1961, S.15.

in hohem Maße" verletzt wird¹.

"Es ist ja nicht nur so, daß von der Entwertung die einen mehr, die anderen weniger in Mitleidenschaft gezogen werden, sondern weit schlimmer: Es gibt Begünstigte und Benachteiligte. Eine Inflation trifft die ärmeren Schichten stärker als die reicheren, sie trifft die Gläubiger und begünstigt die Schuldner"².

In einer Phase inflationärer Entwicklung setzen also Tendenzen nach Kaufkraftsicherung dann ein, wenn der Glaube an das "Wertversprechen Geld" verletzt worden ist. Diese Tendenz wird aber zusätzlich beschleunigt und verstärkt durch die Erkenntnis der sozialen Ungerechtigkeiten einer Inflation.

¹ Bethmann, Johann Philipp Freiherr von, Gesellschaftspolitische Folgen einer permanenten Geldentwertung. In: Währung zwischen Politik und Wirtschaft. Hrsg. von Erbe, Walter u.a., Schriftenreihe der Friedrich Naumann-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte Nr.4, Stuttgart 1962, S.182.

² Ebenda, S.182

B Arten der Kaufkraftsicherungsklauseln

Kaufkraftsicherungsklauseln oder Geldwertsicherungsklauseln stellen eine Übereinkunft zwischen Schuldnern und Gläubigern bzw. Arbeitgebern und Arbeitnehmern dar, "die besagt, daß nicht mehr ein bestimmter Geldbetrag in inländischer Währung geschuldet wird, sondern der Gegenwert einer bestimmten Güter- und Devisenmenge in inländischer Währung"¹.

Kaufkraftsicherungsklauseln, die also entstanden sind aus der Tendenz der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, ihr Einkommen gegen den Wertschwund zu sichern, haben sich im Laufe der vergangenen Zeiten unstabilen Geldes in verschiedenen Formen und Arten gebildet. Sie unterscheiden sich mehr oder minder durch die verschiedenen Güter, an die die Einkommen bzw. Forderungen gebunden werden. Es lassen sich, wenn überhaupt eine exakte Trennung der Kaufkraftklauseln möglich ist, drei Hauptgruppen von Wertsicherungsklauseln feststellen: Goldklauseln, Fremdwährungsklauseln und Sachwertklauseln oder Substanzwertklauseln. Dabei kann man nun ganz allgemein jede dieser Wertsicherungsklauseln noch wieder danach unterscheiden, ob sie effektiv sind oder nicht. "Effektiv ist ganz allgemein eine Wertsicherung dann, wenn der Gegenleistungsgläubiger nicht eine an irgendeinem Maßstab angemessene Geldmenge erhält, sondern das in der Wertsicherungsklausel stipulierte Gut selbst, z.B. Gold. Nicht effektiv nennen wir eine Wertsicherung dann, wenn der Gegenleistungsgläubiger Geld mit der

¹ Lubasch, Kurt, Die volkswirtschaftlichen Wirkungen von Geldwertsicherungsklauseln. Berlin 1964, S.12.

Wertigkeit des Zahlungstages erhält, wobei die Menge dieses Zahlungstagesgeldes aus der Wertgröße des im Vertrag als Wertmaßstab bezeichneten Gutes ermittelt wird"¹.

Wenn wir nun die einzelnen Hauptgruppen von Wertsicherungsklauseln näher betrachten, so lassen sich die Goldwertklauseln unterscheiden in Goldmünzklauseln, Goldleistungsklauseln und Goldwertklauseln.

Bei den Goldwertklauseln wird dabei von vornherein der Wert des Goldes für die Wertbeständigkeit der Forderungen herangezogen. Die Goldleistungsklauseln verlangen zunächst primär die Erfüllung der Schulden in Goldmünzen; erst wenn keine mehr vorhanden sind, wird die Leistung in entsprechenden Mengen Feingold verlangt. Goldmünzklauseln verlangen die Erfüllung der Schuld in Goldmünzen². Es handelt sich bei dieser Klausel also um eine effektive Wertsicherungsklausel. Goldklauseln sind wohl am häufigsten zur Wertsicherung verwandt worden, weil man das Gold wegen seiner Wertbeständigkeit im Ablauf der Zeit für den besten Wertmesser hielt, und auch deswegen, weil es sich einer einheitlichen Geltung in den verschiedenen Staaten erfreute³.

Fremdwährungsklauseln oder Valutaklauseln können auch wieder effektiv oder nicht effektiv sein, je nachdem ob die Schuldsumme direkt in fremder Währung geleistet werden soll, oder ob die Schuldsumme nur an den Kurswert einer ausländischen Währung gebunden ist.

1 Himmelmeyer, Franz, Die Wertsicherungsklauseln in Oesterreich, Diss., Wien 1949, S.40.

2 Vgl. dazu: Seitl, Helmut, Oekonomische und finanzpolitische Probleme der sogenannten Wertsicherungsklauseln, Diss., Wien 1954, S.68/69.

3 Vgl. ebenda, S.55.

Wir unterscheiden bei diesen Fremdwährungsklauseln die reinen Fremdwährungsklauseln in dem obigen Sinne und Valutagoldklauseln. Bei den Valutagoldklauseln sichert sich der Gläubiger gegen die Entwertung seiner Heimatwährung durch die Valutaklausel und andererseits wieder gegen die Entwertung der Fremdwährung durch die Goldklausel¹. Bekannt sind ferner noch alternative Währungsklauseln; dabei wird den Gläubigern wahlweise ein fester Betrag in verschiedenen Währungen zugesichert. Anders bei den alternativen Zahlungsortklauseln (option de place); hier ist eine Währung Maßstab, aber der Gläubiger hat das Recht, in anderen Ländern in den dort gültigen Währungen nach dem jeweiligen Wechselkurs seine Forderungen zu erheben².

Häufig sind Wertsicherungsklauseln in der Art der Fremdwährungsklauseln noch zusätzlich mit sogenannten Kursgarantieklauseln ausgestattet. Hier wird die Schuldsumme in einer fremden Währung geschuldet. Zum Schutze gegen eine Minderung des Wertes dieser Währung sichert man sich durch eine Kursgarantieklausel. Wenn der Kurs nun unter eine bestimmte Parität sinkt, so muß der Schuldner ein Aufgeld zahlen³.

Bei den Sachwertklauseln, zu denen an und für sich auch die Goldwertklauseln gehören, liegt folgendes vor: Es werden Güter in Warenform zur Sicherung des Wertes der Schuld herangezogen. "Die Deckungsgröße wird ersetzt durch eine Bezugnahme der Wertrechnung auf Sachgüter, die gegenüber den Veränderungen des Geldwertes eine rela-

1 Vgl. Himmelmeyer, Franz, a.a.O., S.115.

2 Vgl. ebenda, S.115.

3 Vgl. Nußbaum, Arthur, Das Geld in Theorie und Praxis des deutschen und ausländischen Privatrechtes. Tübingen 1925, S.206.

tive Konstanz ihres realen Wertes behaupten"¹. Es ist aber sehr schwer, einzelne Güter zu finden, die diese Konstanz ihres realen Wertes behalten bzw. Güter zu finden, deren Preise genau der durchschnittlichen allgemeinen Preisentwicklung entsprechend steigen. Für Muhs "ergibt sich, daß diejenige Ware den geringsten Preisschwankungen ausgesetzt ist, bei der die Relation von Angebot und Begehr die größte Gleichmäßigkeit aufweist, und demzufolge sich die Marktlage am wenigsten verändert. Diese Bedingung ist gegeben, wenn der Markt einer Ware ein möglichst breiter ist, so daß seine Ausdehnung den Ausgleich örtlicher Verschiedenheit des Bedarfes gestattet und dadurch die Schwankungen auf den einzelnen Marktgebieten auf ein Minimum zurückführt. Die breiteste und festeste Grundlage bietet naturgemäß der Weltmarkt, so daß Weltmarktprodukte, die in der Regel zugleich das größte Absatzfeld besitzen, als die geeignetste Basis für wertbeständige Anlagen zu bezeichnen sind. Wesentlich ist jedoch, daß ihre Preisbildung sich möglichst frei von zollpolitischen oder steuerpolitischen Hemmungen vollzieht"².

Nach Muhs war diese Sicherung des Wertes am nachhaltigsten erreicht bei Roggenwertanleihen³. Diese Roggenwertanleihen standen wohl am Beginn der Wertsicherung von Anleihen in den zwanziger Jahren in Deutschland. Sie wurden zum Beispiel in Mecklenburg, Oldenburg, Hannover und Westfalen begeben⁴. Als Wertsicherungsmittel wurde aber auch der Weizen verwandt. Ferner wurden auch Steinkohle, Braunkohle, Koks und Kali zur Wert-

¹ Muhs, Karl, Wertbeständige Kapitalanlagen.
"Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik",
Stuttgart, 120.Bd. (1923), S.388.

² Ebenda, S.389.

³ Vgl. ebenda, S.392.

⁴ Vgl. ebenda, S.392.

sicherung herangezogen¹.

Aus der neueren Zeit ist eine Sachwertanleihe bekannt: die österreichische Energieanleihe aus dem Jahre 1953. Hier wurde die Anleihe an den Gegenwartswert einer bestimmten Kilowatt-Menge Strom gebunden².

All diesen Sachwertklauseln ist aber ein entscheidender Mangel gemeinsam, daß sie nämlich keinen Anspruch auf eine absolute Wertsicherung erheben können. Möglich wäre eine absolute Wertsicherung nur, wenn die Ware, die als Wertsicherungsmittel benutzt würde, genau die durchschnittliche Preisbewegung aller Waren mitmachte. Gerade dieser Anforderung entspricht aber nun keine der Sachwertklauseln³.

Auch die Fremdwährungsklauseln sind in einem ganz entscheidenden Maße Risiken ausgesetzt. Sie können ebenfalls keinen Schutz gegenüber politischen und wirtschaftlichen Veränderungen des Fremdwährungslandes bieten. Hinzu kommt noch, daß die inflationären und deflationären Effekte eines Landes bei festen Wechselkursen und ohne Devisenbewirtschaftung von einem Land in das andere übertragen werden. Aber auch eine Sicherung in Gold bedeutet keine volle Sicherung des

1 Vgl. zu ihrer Problematik: Seitl, Helmut, a.a.O., S.103ff.

2 Vgl. ebenda, S.107.

3 Vgl. Stucken, Rudolf, Die Expropriation des Sparers und der wertbeständige Kredit. In: Beiträge zur Geld- und Finanztheorie. - Wilhelm Gerloff zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Neumark, Fritz und Sauermann, Heinz. Tübingen, 1951, S.128. - Er verweist hier auf die Erfahrungen mit den Sachwertklauseln unmittelbar nach den Jahren der Inflation in Deutschland, wo auch erhebliche Preisbewegungen bei denjenigen Waren vorgekommen seien, die Wertsicherung geben sollten, ohne daß die anderen Waren gleichartige Veränderungen aufzuweisen gehabt hätten.

Wertes der Forderungen. Stucken meint dazu:

"Des weiteren ist die Stabilität des Weltmarktpreises für Gold keineswegs gesichert, denn dieser Weltmarktpreis ist von der Goldpolitik weniger Länder, insbesondere der USA, abhängig; es können größere Änderungen des Weltmarktpreises für Gold herbeigeführt werden, ohne daß diese durch Wechselkursveränderungen kompensiert zu werden brauchen, und das kann durchaus unerwünschte Veränderungen in der Höhe der mit Goldklauseln versehenen Verpflichtungen herbeiführen"¹.

Aus diesen Gründen scheint es besser, zur Sicherung des Wertes von Forderungen ein Bündel von Sachwerten heranzuziehen. "Das heißt, der vom Schuldner an den Gläubiger zu zahlende Betrag soll nicht mit dem Preis einer Ware variieren, sondern mit dem Durchschnitt der Preise einer Vielzahl von Gütern ...

Wir möchten dabei ganz besonders auf den Lebenshaltungskostenindex abstellen. Dieser repräsentiert trotz der ihm anhaftenden Problematik², die nicht geleugnet werden soll, von den verschiedenen möglichen Preisindizes doch noch am besten die Kaufkraft des Geldes in der Hand des Sparers"³. Aber dieser Index hat diese Bedeutung nicht nur für den Sparer, sondern für den größten Teil der Wirtschaftssubjekte, und man kann sagen, "daß...gerade an diesem Preisdurchschnitt der größte Teil der Menschen interessiert ist und daß er für sie mehr als irgendeine statistische Größe ist, da sie ja die Veränderungen dieses Durchschnittes regelmäßig im eigenen Leben bei Verwendung ihres Einkommen spüren"⁴.

1 Ebenda, S.127.

2 Zur Problematik einer vollen Wertsicherung durch Indexbindung sei auf S.54f. verwiesen.

3 Stucken, Rudolf, a.a.O., S.128.

4 Ebenda, S.128.

Diese Bindung der Einkommen an den Lebenshaltungskostenindex ist sicherlich nicht ohne Probleme, die in der Art des Index begründet liegen. So sei hier nur darauf verwiesen, daß bei der Indexberechnung von der Annahme einer gleichen art- und mengenmäßigen Zusammensetzung des Warenkorbes über die Zeit hin ausgegangen wird, die durchaus nicht gegeben ist. Zudem kann der einzelne Warenkorb sehr wohl verschieden sein von diesem Indexwarenkorb. Denn "die Zusammensetzung des Warenkorbes hängt vor allem vom Familieneinkommen sowie von der Haushaltsgröße und der Art ihrer Zusammensetzung ab. Außerdem ist die zeitliche Preisbewegung von Warenart zu Warenart verschieden. Aus diesen beiden Tatsachen folgt wiederum, daß die laufenden Preisveränderungen sich in den einzelnen Haushaltungen nicht gleich stark bemerkbar machen"¹. Gleichwohl bleibt aber festzuhalten, daß die Bindung von Forderungen an den Lebenshaltungskostenindex eine weitaus bessere Sicherung bietet als alle anderen Klauseln.

1 Kellerer, Hans, Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben. In: Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Hamburg 1960, S.83.

C Zu einigen neueren Versuchen gesellschaftlicher
Gruppen in der Bundesrepublik, die Entwicklung
ihrer Einkommen an die Entwicklung des Geldwertes
zu binden

Es hat gerade auch in der letzten Zeit wieder nicht an Versuchen gefehlt, daß bestimmte gesellschaftliche Gruppen versuchten, ihre Einkommen zu sichern.

So beschäftigten im Jahre 1965 zwei Verfahren, die vor dem 4. Senat beim Bundesfinanzhof anstanden, die Öffentlichkeit. Bei diesen Verfahren ging es darum, ob die Geldentwertung bei der Einkommensteuer zu berücksichtigen sei oder nicht. In einem Brief an den Bundesfinanzminister äußerte der Präsident des 4. Senates die Meinung, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse den Nominalzins heute nur noch als Ausgleich für den gleichzeitig eintretenden Wertverlust erscheinen lasse, wenn nicht sogar der Wertverlust größer sei als der Zinszufluß, so daß die Steuer aus der Wertsubstanz entrichtet werden müsse. Vor allem wurde in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß die steuerliche Gleichbehandlung aller Kapitaleinkünfte eventuell materialiter gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung selbst verstoßen könnte. Während nämlich die fundierten Einkünfte aus Landwirtschaft sowie aus Vermietung und Verpachtung einen erheblichen Wertzuwachs erfahren hätten, sei ein Wertschwund bei den Kapitaleinlagen gegeben¹. Auch bei der deutschen Ärzteschaft sind im Plenum des 68. Deutschen Ärztetages in Berlin ähnliche Forderungen erhoben worden. Zahlreiche Delegierte

¹ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17.8.1965.

forderten nämlich damals, daß in die Gebührenordnung ein Passus aufgenommen würde, der die Anpassung der Honorare an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung vorsehe¹.

Ebenfalls bei Lohnverhandlungen wird in der letzten Zeit häufiger die Forderung gestellt, zusätzlich zu dem Teil einer Lohnerhöhung, der mehr produktivitätsbedingt ist, noch einen Teil hinzuzuschlagen, der dem Kaufkraftverlust Rechnung trägt. Diese Gedanken schlugen sich auch nieder in dem Einigungsvorschlag des Schlichters bei den Lohnverhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1965. Der damalige Schlichter Prof. Meinhold hielt es für richtig, neben der Steigerung der realen Produktivität auch einen gewissen Kaufkraftverlust bei dem Einigungsvorschlag zu berücksichtigen².

1 Indexklausel für die Ärzteschaft? (o.V.).
"Sozialer Fortschritt", Berlin, 14.Jg.,
1965, S.173.

2 Vgl. Ein starker Schlichter... (o.V.).
"Der Arbeitgeber", Düsseldorf, 17.Jg.,
1965, S.102. - Ferner: Meinhold: Helmut,
Wie stark dürfen die Löhne steigen? In:
Die Zeit vom 19. März 1965, S.34.

H A U P T T E I L

A Die Gleitlohnklausel

I Historische Vorformen

1 Darstellung

Während Lohnverhandlungen in England praktisch seit der Mitte des 16. Jahrhunderts unter der Leitung eines Friedensrichters und unter Hinzuziehung von sachkundigen Vertrauensleuten beider Arbeitsmarktparteien stattfanden, wurden in den Jahren von 1840 - 1850 in England die ersten Versuche gemacht, Gleitlohnklauseln einzuführen¹. Im Jahre 1848 führte der Eisenfabrikant G.B. Thorneycroft eine sogenannte Lohnskala ein. Er bestimmte, daß der Lohn der Puddler stets mit dem Verkaufspreis je Tonne Eisen sich verändern sollte, und zwar in der Art, daß die Löhne jeweils um 1 Shilling stiegen oder fielen, wenn der Verkaufspreis um ein Pfund stiege oder fiel². Dem Vorgehen Thorneycrofts schlossen sich die anderen Hüttenbesitzer der Grafschaft Staffordshire an. Diese damals entstandene Gleitlohnklausel wurde von den Gewerkschaften stark kritisiert. Denn die Vereinbarungen - auch Thorneycroft-Tarifes genannt - kamen nicht durch eine Vereinbarung

1 Vgl. Art. Lohnskalen, Gleitende (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4., gänzl.umgeart.Aufl., 6.Bd., Jena 1925, S.369.

2 Vgl. Brentano, Lujo von, Über Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, 45.Bd., Leipzig 1890, S.I.

zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zustande. Die Vereinbarung, daß je ein Shilling an höherem bzw. niedrigerem Lohn zu zahlen sei, wenn der Preis pro Tonne Eisen um ein Pfund stiege oder fiele, war eine reine Schutzmaßnahme der Arbeitgeber, denen die Gewerkschaften unbequem waren. Die Arbeitgeber traten hin und wieder zusammen und bestimmten den Verkaufspreis pro Tonne Eisen. Diese Festlegung des Preises pro Tonne Eisen bestimmte zu gleicher Zeit den Lohn der Puddler¹.

Die Gewerkschaften wehrten sich stark gegen diese Lohnpolitik der Arbeitgeber, die von einem rein willkürlichen Verhältnis zwischen Verkaufspreisen und Löhnen ausgingen. Sie lehnten zudem die nicht weniger problematische Festlegung des Ausgangspunktes der Lohnskala, des Normallohnes, durch die Arbeitgeber ab und verurteilten auch die Festsetzung des Verkaufspreises durch die Koalition der Arbeitgeber, die sich zudem selbst in ihrer Verkaufspolitik durch diese Preisfestsetzung überhaupt nicht gebunden fühlten. Die Unternehmer sahen diese Preisfestsetzung lediglich als Maßstab für die Lohnpolitik an².

Es kam in der Folge zu Streitigkeiten über den Verkaufspreis des Eisens, die schließlich am Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zur Einrichtung sogenannter Einigungs- und Schiedskammern führten. Im Laufe der Einigungsverfahren wurden nicht nur das Verhältnis des Lohnes zum Verkaufspreis selbst, sondern auch der Verkaufspreis festgelegt³.

Jede Lohnskala beruht nun zunächst darauf, daß ein Standard-Lohn und ein Standard-Verkaufspreis

1 Vgl. ebenda, S.L.

2 Vgl. Schulze-Gaevernitz, Gerhart von, Zum sozialen Frieden. - Eine Darstellung der social-politischen Erziehung des englischen Volkes. Leipzig 1890, S.397ff.

3 Vgl. Brentano, Lujo von, a.a.O., S.LI.

festgelegt wird. Der Standardlohn wird dann gezahlt, wenn auf dem Markt der Standard-Preis für das Produkt erzielt wird. Dann werden als nächstes bei den Lohnverhandlungen die Termine für die Überprüfung der Durchschnittspreise festgelegt. Im englischen Kohlenbergbau wurden diese Preise im allgemeinen alle drei bis vier Monate überprüft, und die Löhne wurden dann nur erhöht oder gesenkt, wenn der Preis um einen bestimmten Betrag gestiegen oder gefallen war. So stiegen oder fielen z.B. die Löhne unter der Affociation-Skala von Süd-Wales um $2\frac{1}{2}\%$ mit jeder Erhöhung oder Herabsetzung von 4 Pence im Preise der Kohle, während in Cumberland die Löhne um $1\frac{1}{4}\%$ stiegen oder fielen, wenn die Preise um $1\frac{1}{2}$ Pence auf- oder abstiegen¹.

Auerbach erläutert die gleitende Skala "als eine Methode, nach welcher die Löhne, welche auf einen bei Erlangung eines Standard-Preises zu zahlenden Standard-Lohn basiert sind, in festgelegten Prozentsätzen mit jedem festgestellten Ansteigen oder Fallen des Durchschnittspreises der Kohle ebenfalls steigen oder fallen, wobei der Durchschnittspreis zur Durchführung etwaiger Lohnveränderungen in bestimmten Zwischenräumen festgesetzt wird"².

Von der Eisenindustrie und dem Eisenbergbau her griffen diese gleitenden Lohnskalen auch über auf die Kohleindustrie. Nach Sidney und Beatrice Webb wurden die gleitenden Lohnskalen im Jahre 1874 im Kohlebergbau eingeführt, sie gewannen aber erst im Jahre 1879 in diesem Industriezweig allgemeine Anwendung³. In der "Geschichte des Trade Unionismus"

1 Vgl. Auerbach, Emil, Die Ordnung des Arbeitsverhältnisses in den Kohlengruben. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd.XLV, Leipzig 1890, S.198.

2 Ebenda, S.199.

3 Vgl. Webb, Sidney und Beatrice, Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus. Stuttgart 1895, S.432.

sind sämtliche gleitenden Lohnskalen, die im Kohlebergbau angewandt wurden und in der größten Öffentlichkeit auch bekannt wurden, zusammengestellt. Von Webb wurden dort 37 verschiedene Lohnskalen für den Bergbau angegeben. Im Jahre 1894 existierten aber nach deren Ansicht nur noch drei gleitende Tarife: einer in Staffordshire, einer in Südwales und in Forest of Dean, einem an Südwales angrenzenden Distrikt¹.

Von Nostiz, der auf die große Bedeutung der Lohnskalen im Stahl- und Eisengewerbe und im Kohlebergbau verweist, ist der Ansicht, daß in England gleitende Lohnskalen sonst nur in dieser Form bei einer einzigen Färberei kurze Zeit eingeführt gewesen seien². In einer abgewandelten Form finden wir sie noch bei den Baumwollwebern³. Dieses System der gleitenden Lohnskalen wurde im Laufe der Entwicklung noch durch ein Mindestlohnsystem ergänzt, damit dem Arbeiter eine gewisse Stetigkeit seines Einkommens garantiert wurde⁴. Letztlich gingen diese Skalen in England immer mehr zurück, weil man sich seitens der Gewerkschaften nie wirklich mit dieser Methode anfreunden konnte. "Die Gewerkvereinsführer mußten beobachten, daß die Arbeiter, die unter einer gleitenden Lohnskala arbeiteten, sogar das Interesse am Gewerkverein verloren..., was wohl damit zusammenhing, daß diese Methode der Lohnvereinbarungen wenigstens zum Teil die aggressive Funktion der Gewerkvereinsarbeit erfüllte, und zudem mit gesichertem Erfolg"⁵.

Nach von Nostiz haben diese gleitenden Lohnskalen

1 Vgl. Webb, Sidney und Beatrice, a.a.O., S.433.

2 Nostiz, Hans von, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England. Jena 1900, S.495.

3 Schulze-Gaevernitz, Gerhart von, a.a.O., S.400.

4 Ebenda, S.404.

5 Art. Lohnskalen, Gleitende (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), a.a.O., S.372.

gleichzeitig kaum je für mehr als 200 000 Arbeiter golten¹.

2 Die wirtschaftliche Beurteilung

Im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion um diese Art der Gleitlohnklauseln stand die Auswirkung dieser Lohnskalen auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Art der Lohnvereinbarungen hatte nämlich dazu geführt, daß die Streiks im allgemeinen zurückgingen. Das lag zunächst einmal darin begründet, daß während der Laufzeit bzw. Dauer dieser Skalen kein Streit über Lohnfragen möglich war². Zudem hatten diese Verträge auch eine nicht kurzfristige Laufzeit, es war vielmehr so, daß eine Laufzeit von 1 bis 2 Jahren galt³. Wie von Gaevernitz berichtet, sind allerdings um die Ausgangspunkte einer Skala - um den Normallohn und den Normalpreis des Produktes - bei der Aufstellung der Skalen heftigste Kämpfe entbrannt⁴. Aber insgesamt ist es richtig, daß die Lohnausstände allenthalben unter der Wirksamkeit der Skala zurückgingen⁵.

Von Zwiedineck-Südenhorst macht darauf aufmerksam, daß theoretisch dieser Typ einer Gleitlohnklausel durchaus nicht unbegründet sei. "Denn sofern tatsächlich die voraussichtlich erzielbaren Produktpreise die Basis für die Kalkulation der Unternehmer und damit auch für die Nachfrage nach Produktivgütern und insbesondere nach Arbeitskräften bilden, ist die Herstellung eines Zusammen-

1 Vgl. Nostiz, Hans von, a.a.O., S.495.

2 Ebenda, S.495.

3 Ebenda, S.496.

4 Vgl. Schulze-Gaevernitz, Gerhart von, a.a.O., S.401.

5 Vgl. Art. Lohnskalen, Gleitende, (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), a.a.O., S.371.

hanges zwischen Lohn- und Produktpreis gerechtfertigt"¹.

Allerdings weist er selbst darauf hin, daß diese theoretisch sinnvolle Bindung von Lohn- und Produktpreis nur dann besteht, wenn "die Preisveränderungen der Produkte, auf die die Arbeit verwendet wird, wirklich in einem inneren Zusammenhang mit den durch die Preise ermöglichten Gewinnen stehen. Wenn nämlich z.B. Preiserhöhungen eingetreten sind unter dem Einfluß des Steigens der Rohstoffpreise..., dann werden die höheren Produktpreise keine Erhöhung der Unternehmungsgewinne bedeuten und demnach auch keinen Spielraum für die Erhöhung der Löhne schaffen"². Damit wird aber die Brauchbarkeit dieses Systems in den verschiedenen Branchen doch stark eingeengt. An anderer Stelle meint Zwiedineck-Südenhorst selbst:

"Eine Voraussetzung für nachhaltiges zweckmäßiges Funktionieren dieser gleitenden Lohnskala ist demnach ein hoher Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten der Produktion, da nur in diesem Falle der Zusammenhang zwischen Preis und Arbeitslohn durchsichtig genug ist"³. Aber auch unter theoretischen Gesichtspunkten ist die Beziehung zwischen Gewinnen und Löhnen nicht so eindeutig, wie sie von Zwiedineck-Südenhorst sieht.

Wenn wir einmal von einem Unternehmer, der sich in einer Situation vollständiger Konkurrenz befindet, ausgehen, so gilt für ihn, daß er solange Arbeitskräfte einstellt, bis das bewertete Grenzprodukt der Arbeit gleich ist dem Lohnansatz, den er pro Arbeiter zahlt. Wenn nun *ceteris paribus* die Grenzproduktivität der Arbeit steigt, so wird der Unternehmer zunächst seine Nachfrage nach

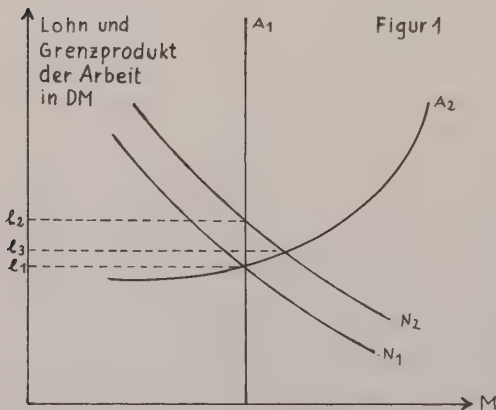
1 Vgl. Art. Lohnskalen, Gleitende, (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), a.a.O., S.371.

2 Ebenda, S.371.

3 Ebenda, S.371.

Arbeit ausdehnen. Für die Frage, ob eine Erhöhung des bewerteten Grenzproduktes der Arbeit sich in einer Erhöhung der Löhne niederschlägt, ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt entscheidend.

Ob es zu einer Lohnerhöhung im Ausmaß der Erhöhung des bewerteten Grenzproduktes kommt, das hängt ab von dem Grad der Elastizität des Arbeitsangebotes. Das soll die folgende Figur¹ verdeutlichen.



Aus der obigen Figur ist zu ersehen, daß der "theoretisch sinnvolle" Zusammenhang zwischen Löhnen und dem bewerteten Nettogrenzprodukt der Arbeit im Sinne der Lohnskalen nur für den Fall auch theoretisch begründet ist, wenn die Arbeitsangebotskurve völlig unelastisch ist. Es ist dabei

¹ Vgl. dazu: Art. Lohn I (Krelle, Wilhelm).
Handwörterbuch der Sozialwissenschaften,
7. Band, Tübingen, Stuttgart und Göttingen
1961, S.10.

gleichgültig, ob diese fehlende Elastizität der Arbeit durch eine volle Ausschöpfung der Arbeitsmarktreserven oder durch eine künstliche Knapphaltung des Faktors Arbeit zustandekommt. So gilt also die These von der theoretischen Begründetheit der Form der damaligen Lohnskalen nur für den Spezialfall, nicht allgemein. Zwiedineck-Südenhorst hat diesen Typus der gleitenden Lohnskalen einmal als den "aggressiven" Typus des Gleitlohnes bezeichnet und die Gleitlohnklauseln, die die Entwicklung des Lohnes an die Lebenshaltungskosten binden, zum Unterschied zur ersten Art als die Gleitlohnklauseln des "defensiven Typus"¹.

Während die erste Art der Klauseln darauf abzielt, den Lohnempfängern Anteil an den im Laufe der konjunkturellen Entwicklung sich ergebenden verstärkten Gewinne zu geben, ist die zweite Art der Gleitlohnklauseln bestrebt, den Lohn wertmäßig zu erhalten. Von der Intention her, die den beiden Gleitlohnklauseln zugrundeliegt, ist diese Unterscheidung in einen aggressiven und einen defensiven Typus richtig, wenn man aber von ihrer Wirksamkeit her die Gleitlohnklauseln unterscheiden wollte, so ist eine Einteilung in einen defensiven und aggressiven Typus schwierig. Denn die sogenannte "aggressive" gleitende Lohnskala kann nämlich unter gewissen Umständen durchaus die gleiche Wirkung haben wie die defensiven Lohngleitklauseln. Denn die Bindung der Löhne an den Preis der Kohle oder einer bestimmten Sorte Eisen kann in Zeiten einer allgemeinen Preissteigerung durchaus die Funktion einer Wertstabilisierung der Löhne erfüllen. Es bestünde dann noch lediglich ein Unterschied in dem Grad der

¹ Art. Lohnskalen, Gleitende (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), a.a.O., S.371.

Wertstabilisierung, der durch die erste oder zweite Art der Gleitlohnklauseln erreicht würde. Aber eine gewisse Wertsicherung selbst kann durchaus auch erreicht werden durch eine Bindung der Löhne an einen Sachwert, wie es bei dem "aggressiven" Typus der Lohngleitklauseln der Fall war. Es kommt nur darauf an, daß diese Sachwerte die durchschnittlichen Preisbewegungen aller Güter mitmachen. Damit könnten also "aggressive" Lohnskalen in gewissen konjunkturellen Situationen durchaus auch eine defensive Wirkung haben, wie sie von der Intention her von vornherein bei der Bindung der Löhne an die Lebenshaltungskosten angestrebt wird.

II Die Entstehung der Indexlöhne

1 Entstehung und Verbreitung

Zwiedineck-Südenhorst hat die Indexlöhne neueren Typus, die eine Anpassung der Löhne an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten vorsehen, als den "defensiven" Typus der gleitenden Lohnskalen bezeichnet, im Gegensatz zu den Bindungen der Löhne an die Produktpreise. Obwohl aufgezeigt wurde, daß die aggressive Art von Lohngleitklauseln durchaus auch zu einem Schutz vor Geldentwertung führen kann, ist diese "defensive" Gleitklausel von vornherein auf den Schutz eines bestimmten Reallohnes, der zu einer bestimmten Zeit gezahlt wird, hin aufgebaut. Das Ziel einer Indexlohnpolitik ist also lediglich die Stabilisierung einer bestimmten realen Lohnhöhe. Arndt sieht den Indexlohn als einen "Gleitlohn, bei dem die Nominallohne als abhängige Variable in ein

Funktionsverhältnis zum Preisindex für Lebenshaltung als unabhängiger Variabler gebracht werden"¹.

Die Löhne ändern sich also automatisch mit dem sich ändernden Index für Lebenshaltungskosten, ohne daß ein Tarifvertrag gekündigt werden muß oder daß Lohnverhandlungen stattfinden.

Es läßt sich nachweisen, daß diese Lohnskala immer dann wieder aufkam, wenn sich die Wirtschaft in einer Periode mit inflationären Tendenzen befand. Die Anfänge dieses Indexlohnes reichen weit zurück bis in das 18. Jahrhundert. Im Jahre 1780 wurde in Amerika erstmals der Versuch gemacht, die Einkommen der amerikanischen Soldaten im Unabhängigkeitskrieg vor der raschen Kaufkraftentwertung zu schützen. Damals wurden in Massachusetts die Gehälter der Soldaten an einen noch sehr rohen und unfertigen Index gebunden².

Es wurde festgelegt, daß die Gehälter in der geltenden Währung des Staates zu zahlen seien, und zwar in einer zunehmenden oder abnehmenden Summe, je nach der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Diese Lebenshaltungskosten wurden damals gemessen an dem jeweiligen Wert von fünf Scheffeln Korn, 10 Pfund Schafwolle, 6 Pfund Sohlenleder und 68 $\frac{4}{7}$ Pfund Rindfleisch. Als Basisjahr diente dabei das Jahr 1777³.

1 Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik. Tübingen 1957. - Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, S.105.

2 Zoelteweiij, Bert, The Adjustment of Wages to Change in the Cost of Living. "International Labour Review", Geneva, vol.66 (1952), S.89ff.

3 Fisher, Willard C., The Tabular Standard in Massachusetts History. "The Quaterly Journal of Economics", Cambridge (USA), vol.XXVII (1913), S.437.

Im Jahre 1795 wurde im House of Commons die Notwendigkeit einer Bindung der Löhne der Landarbeiter an die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise diskutiert, und John Law, ein schottischer Kaufmann, machte den Versuch einer systematischen Untersuchung dieser Frage. Er veröffentlichte im Jahre 1822 ein Buch: *The Present State of England with Respect to Agriculture, Trade and Finance, with Comparison of the Prospects of England and France*¹.

In Deutschland trat Adolf Braun in seiner bekannten Untersuchung "Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe" im Jahre 1914 mit einem Indexlohnvorschlag an die Öffentlichkeit. Nach Braun sind "die Gewerkschaften...infolge ihrer ganzen Entwicklung wesentlich auf den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und um die Erhöhung des Geldlohnes gerichtet. Sie sind aber nicht imstande, oder sie waren wenigstens bisher nicht imstande, den Arbeitern die Garantie zu schaffen, daß die Erhöhung des Geldlohnes auch zu einer Sicherung einer verbesserten Lebenshaltung führe"². Er schlug deshalb vor, den Minimallohn zu spalten in einen kleineren konstanten Teil und in einen mit den Lebenshaltungskosten steigenden und fallenden Teil. Aus Einfachheitsgründen schlägt er folgende praktische Handhabung dieser Lohnpolitik vor. Er nimmt an, daß die Arbeiter zwei Drittel ihres Einkommens für vier unentbehrliche Bedarfsgegenstände, die Preissteigerungen unterworfen sind, ausgeben. Diese Güter sind Brot, Fleisch, Milch und Kohle. "Man wird dann feststellen, wie viele Kilogramm Brot und Fleisch, wie viele Liter Milch, wie viele Zentner

1 Zoelteweij, Bert, a.a.O., S.90.

2 Braun, Adolf, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Nürnberg 1914, S.251.

Kohle man für 20 Kronen (bei 30 Kronen Minimallohnneinkommen; Anmerkung d.V.) kaufen kann; man wird gewisse Anteile am Gesamtbedarf annehmen und das erreichbare Brotquantum bestimmter Qualität für 8 Kronen, das Fleischquantum mit Angabe der in der Haushaltung der Arbeiter üblichen Sorte für 5 Kronen, die Anzahl von Litern Milch für 3 Kronen und den Zentner Kohle für 4 Kronen feststellen. Man wird dann zu der Rechnung kommen, daß der Lohn des Arbeiters beim Tarifvertragsabschluß zum mindesten zu betragen habe: 30 Kronen - 10 Kronen + a Kilogramm Brot + b Kilogramm Fleisch + c Liter Vollmilch + d Zentner Steinkohle. Nach jedem Vierteljahr hätte das Schiedsgericht zusammenzutreten und festzustellen, wie viel Kronen + a Kilogramm Brot usw. in Wien kosten"¹.

Der Vorschlag von Adolf Braun sah also eine Bindung der Löhne an ein Arbeiterbudget vor, um somit den Reallohn der Arbeiter zu sichern.

Während Siegfried L. Gabriel der Ansicht ist, daß diese Indexlöhne zum ersten Male nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland angewandt wurden², verweist Erich Arndt darauf, daß diese Form der Entlohnung zum ersten Male in England eingeführt wurde³.

Mit Arndt stimmt auch G. Jodleder überein. Nach ihm fanden sich die ersten Indexlöhne in England schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1918⁴. Und

1 Braun, Adolf, a.a.O., S.254.

2 Gabriel, Siegfried L., Indexlöhne monetär gesehen. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 5.Jg., 1952, S.17.

3 Arndt, Erich, Zur Problematik der Indexlöhne. "Gewerkschaftliche Monatshefte", Köln, 3.Jg., 1952, S.338.

4 Jodleder, Gustav, Kritik des Gleitlohnes. "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohl-fahrtspflege", Berlin, 31.Jg., 1922, S.282.

zwar fanden sie damals Eingang in verschiedene Tarifverträge der Textilindustrie, der Bleichereien und Färbereien. Sie umfaßten im Dezember 1920 nach Angaben der Labour Gazette bereits 1 1/2 Millionen Arbeiter, im August 1921 schon 2 3/4 Millionen Arbeiter und Angestellte. Grundlage für die Entwicklung der Nominaleinkommen waren dabei jeweils die in der Labour Gazette veröffentlichten Indexziffern¹.

In Deutschland wurde der Gedanke des Lebenshaltungskostenlohnes erstmals nach dem Kriege im Jahre 1919 erörtert; verwandt wurden Indexziffern im Tarifvertrag für das Bankgewerbe, und auch in den Städten Flensburg und Breslau fanden diese Lohnformen Anwendung². Im Jahre 1923 erließen das Finanzministerium und das Arbeitsministerium Richtlinien für die Anwendung der Bindung der Löhne an die Lebenshaltungskosten. Es heißt in einer Notiz in der "Sozialen Praxis", daß sich der Indexlohn in den dann folgenden Tarifverhandlungen fast allgemein durchgesetzt habe³. Im allgemeinen scheint sich aber in Deutschland der Indexlohn nach dem 1. Weltkrieg nicht so durchgesetzt zu haben wie in England; denn die Gewerkschaften lehnten zunächst in Deutschland diese Löhne aus psychologisch-taktischen und sozialstrategischen Gründen ab. Für ihre so begründete ablehnende Haltung sind Stimmen in dem schon erwähnten Aufsatz von Jodleder kennzeichnend⁴.

1 Über die Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebensführung (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, 30.Jg., 1921, S.928.

2 Jodleder, Gustav, a.a.O., S.282-283.

3 Die wertbeständigen Löhne und Gehälter (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, 32.Jg., 1923, S.713.

4 Vgl. Jodleder, Gustav, a.a.O., S.284ff.

Erst im Laufe der Inflation hat sich hier wohl eine Wandlung vollzogen, so daß die Gewerkschaften auch im Jahre der schärfsten Inflation einen Indexlohn forderten. Diese gewandelten Bestrebungen der Gewerkschaften setzten sich auch immer mehr durch¹.

Aber auch außerhalb Deutschlands und Englands gewannen jene Bestrebungen an Bedeutung. In Polen wurden die ersten Erfahrungen mit den Gleitlöhnen im Jahre 1920 gemacht². Bis zum Jahre 1922 wurden hier bereits 95 Tarifverträge verzeichnet, die eine automatische Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten vorsahen³.

Während des letzten Krieges existierten Indexlöhne zunächst nur in den Vereinigten Staaten, sie wurden aber 1943 wieder beseitigt⁴. In England nahm die Zahl der Arbeiter, für die eine automatische Bindung der Löhne an die Lebenshaltungskosten bestand, bis zum Jahre 1944 zu, und zwar galt diese Regelung im Jahre 1944 für zweieinhalb Millionen Arbeitskräfte⁵.

Nach dem zweiten Weltkrieg⁶ wurden Indexlöhne

1 Vgl. Die wertbeständigen Löhne und Gehälter (o.V.), a.a.O., S.713.

2 Szturm de Sztrem, J., Wage Problems in Poland during and after the War. "International Labour Review", Geneva, 10.Jg., 1924, S.387ff.

3 Die Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten in Polen (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin 32.Jg., 1923, S.868.

4 Gabriel, Siegfried L., Indexlöhne - Praxis und Problematik. In: Bombach, Gottfried / Gabriel, Siegfried L., Löhne und Preise. In: Lebendige Wirtschaft, Bd.18, Darmstadt 1957, S.67.

5 Hunt, Norman W., Methods of Wage Payment in British Industry. London 1951, S.22.

6 Zu den Verhältnissen nach dem zweiten Weltkrieg vergleiche: Zoeltewei, Bert, The Adjustment of Wages to Changes in the Cost of Living, "International Labour Review", Geneva, vol.66 (1952), S.91ff. und Gabriel, Siegfried L., a.a.O., S.67ff.

eingeführt und auch ziemlich weit verbreitet in Dänemark, Italien, Belgien und Luxemburg. Weniger weit verbreitet waren sie in Kanada, Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten als sogenannte Escalator Klauseln. In Norwegen, Schweden, Australien galten ebenfalls diese Regelungen. Auch in Finnland sind die Indexlöhne weit verbreitet. In Frankreich wurde im Jahre 1952 eine vollautomatische Anpassung des gesetzlichen Minimumlohnes an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten beschränkt auf den steigenden Trend eingeführt.

Nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes an den Verfasser bestehen heute Indexbindungen der Löhne oder Mindestlöhne an die Lebenshaltungskosten in Belgien, Finnland, Italien¹, Frankreich, Luxemburg, in den Niederlanden, Großbritannien, in der Schweiz, Australien, Kanada und in den USA. Aber auch in Osteuropa gibt es nach Angaben derselben Stelle eine vereinbarte Indexbindung auf lange Sicht, z.B. in der Sowjetunion, in Polen, in der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Darüber hinaus sollen sie in verschiedenen französisch sprechenden afrikanischen Staaten und auch in Argentinien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay und Ecuador bekannt sein.

2 Arten der Indexlöhne

Für die Wirkung der Indexlöhne und ihre Beurteilung ist ihre technische Konstruktion von Bedeutung. Wir können Indexlöhne zunächst nach der Ausmaß ihrer Bindung an die Lebenshaltungskosten

¹ Vgl. Erhöhung der gleitenden Lohnskalen in Italien (o.V.). "Neue Züricher Zeitung" Nr.34, vom 4.2.1966. In: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, 1966, Nr.11, S.5.

unterscheiden; entweder folgen die Löhne voll der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, oder die Entwicklung der Löhne ist unvollkommen an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gebunden. Gleitende Lohnskalen, die einen proportionalen Anstieg der Löhne gemäß dem Anstieg der Lebenshaltungskosten vorsehen, wurden nach dem Kriege in verschiedenen Ländern verwirklicht, so z.B. in verschiedenen Teilen der amerikanischen Industrie, in Australien und auch in verschiedenen Tarifverträgen in Belgien¹. Häufig finden wir in den Jahren um 1950 allerdings auch gleitende Lohnskalen, die die Löhne nicht voll an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten binden. Es ist möglich, daß eventuell Erhöhungen der Lebenshaltungskosten bis zu einem bestimmten Prozentsatz nicht berücksichtigt werden und dann erst von einer bestimmten Schwelle an die Löhne fest an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gebunden sind. Auch sind Konstruktionen denkbar, die eine geringere prozentuale Lohnerhöhung vorsehen als die Steigerung der Lebenshaltungskosten. Eine andere Form, die auch nicht die Löhne genau proportional an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten bindet, ist die Form der Teuerungszulagen. So wurde in Dänemark z.B. eine Teuerungszulage gewährt, wenn die Lebenshaltungskosten um 6 Prozent stiegen. Die Höhe der Teuerungszulagen ist wiederum gestaffelt nach verschiedenen Schichtungen in der Arbeitnehmerschaft².

Von entscheidender Bedeutung für die Wirkung der Indexlöhne ist ferner die Häufigkeit der Feststellungstermine, d.h. wie häufig die Veränderungen der Lebenshaltungskosten amtlich festge-

1 Vgl. dazu: Gabriel, Siegfried, L., a.a.O., S.67ff.

2 Skade, Rigmor, Der Einfluß der Preiszahl auf die Löhne in Dänemark. "Soziale Welt", Göttingen, 2.Jg., 1950/51, S.417.

stellt werden und wie rasch die Löhne diesen amtlichen Feststellungen folgen. Durch eine geringe Zahl von Veränderungsterminen und damit durch ein relativ großes *timelag* zwischen Preissteigerung und Lohnsteigerung kann die Wirkung der Indexlöhne wesentlich abgeschwächt werden. In der Praxis findet sich eine Unzahl verschiedenartiger Feststellungstermine. In Dänemark wurden 1951 zwei Anpassungstermine im Jahr eingeführt¹, in Deutschland war im Jahre 1923 eine wöchentliche Anpassung vorgesehen², in Australien wurden die Löhne nach dem Zweiten Weltkriege zunächst monatlich angepaßt³.

Um nun die Wirkung der Indexlöhne klar erkennen zu können, ist es wichtig, für unsere Untersuchung von einem Indexlohn auszugehen, der voll den Veränderungen der Lebenshaltungskosten angepaßt ist und der so aufgebaut ist, daß jede Steigerung der Lebenshaltungskosten eine Erhöhung der Löhne bewirkt. In unserem System werden keine willkürlichen Anpassungstermine eingesetzt, sondern die Zahl der Anpassungstermine ist abhängig von der Häufigkeit der Veränderung des Lebenshaltungskostenindex. Zudem soll noch angenommen werden, daß dieses Lohnsystem alle unselbständig Tätigen erfaßt.

1 Skade, Rigmor, a.a.O., S.417.

2 Der wertbeständige Lohn (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, 32.Jg., 1923, S.624.

3 Gabriel, Siegfried L., a.a.O., S.69.

III Die Wirkung der Indexlöhne

1 Die Wirkung der Indexlöhne auf die Güternachfrage und das Güterangebot

a Untersuchung der Wirkung des Indexlohnes auf die Nachfrageseite

Die Nachfragefunktion für ein bestimmtes Gut gibt an, welche alternativen Mengen eines Gutes alternativen Preisen zugeordnet sind.

Dabei wird unterstellt, daß die Preise aller anderen Güter, das Einkommen bzw. die Konsumsumme und die Bedürfnisstruktur konstant bleiben. Bei einer Nachfragefunktion, die dem Regelfall des Verlaufs der Nachfragekurve entspricht, verhalten sich Preise und Nachfragemengen umgekehrt zueinander. Bei steigendem Preis nimmt die Nachfrage ab und bei sinkendem Preis nimmt sie zu. Man spricht sogar von einem Gesetz der abnehmenden Nachfrage, d.h. wenn der Preis eines Gutes steigt, sinkt ceteris paribus die Nachfrage¹.

Es bleibt zu untersuchen, ob diese so beschriebene Nachfragefunktion bei Vorliegen von Indexlöhnen noch Gültigkeit behält.

Neben den schon erwähnten Annahmen soll noch unterstellt werden, daß die Preisbewegungen prozentual gleichmäßig alle Konsumgüter erfassen. Die Konsumenten sollen zudem die Erhöhung ihrer Einkommen um den Preiszuwachs der Lebenshaltungsgüter voll wieder für Konsumausgaben verwenden. Es soll ferner angenommen werden, daß

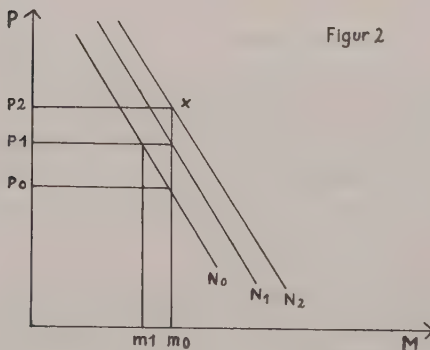
¹ Samuelson, Paul A., Volkswirtschaftslehre - Eine Einführung, Bd.I, Köln 1964, S.85.

die Bedürfnisstruktur im Ablauf unseres Anpassungsprozesses konstant bleibt und die Einkommenszusätze im bisherigen Verhältnis auf die Ausgaben für Einzelgüter verteilt werden¹.

Die Wirkung des Indexlohnes auf die Nachfrage soll nunmehr an der Nachfrage nach einem bestimmten Gut dargestellt werden.

Während normalerweise unter dem Gesetz der abnehmenden Nachfrage eine Preiserhöhung eine Einschränkung der Nachfrage zur Folge hat, tritt jetzt mit jeder Erhöhung des Preises dieses Gutes eine Erhöhung des Nominaleinkommens um den gleichen Prozentsatz ein und damit auch unserer Annahme gemäß eine gleichhohe Erhöhung der effektiven Nachfrage bzw. der Konsumsumme.

Zeichnerisch ergibt sich dabei folgendes Bild:



Figur 2

¹ Die Ausführungen über die Auswirkungen der Indexlöhne auf die Nachfrageseite und Angebotsseite basieren auf zwei Veröffentlichungen von Erich Arndt zu diesen Problemen:
Arndt, Erich, Zur Problematik der Indexlöhne. "Gewerkschaftliche Monatshefte", Köln, Jg. 1952, S. 336ff. und 416ff.
Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, Tübingen 1957, S. 197ff. und 241ff.

Während ohne Vorliegen eines Indexlohnsystems bei einer Preiserhöhung von P_0 nach P_1 eine Einschränkung der nachgefragten Menge von m_0 nach m_1 zustande käme, wird diese Mengeneinschränkung bei Preissteigerung und Vorliegen eines Indexlohnsystems aufgehoben und unter unseren Annahmen durch eine Nachfrageerhöhung im Ausmaß der Preiserhöhung ausgeglichen. Es bleibt also, obwohl die Preise gestiegen sind, die alte nachgefragte Menge bestehen. Die Anpassungsgerade, die sich aus der Korrektur des Preises und der Nachfragekurve ergibt, wird dargestellt durch die Gerade $m_0 \cdot x$. Diese Anpassungsgerade zeigt einen unelastischen Verlauf. Arndt nennt diese Nachfragekurve eine "Nachfragefunktion höherer Ordnung", wobei "Nachfrage als Funktion des Preises des betreffenden Gutes aller übrigen Güterpreise und des Einkommens" gesehen wird¹.

Die Anpassungsgerade bzw. "Nachfragefunktion höherer Ordnung" zeigt, daß die Nachfrage nach diesem Gut im Verlaufe des Anpassungsprozesses unverändert bleibt, da sowohl der Einkommens- als auch der Preiseffekt entfallen².

Da jede Preiserhöhung auch eine Erhöhung des Einkommens bzw. der Nachfrage um den gleichen Betrag bedeutet, entfällt der Einkommenseffekt. Der Substitutionseffekt entfällt in unserem Modell, da wir unterstellen, daß alle Güter im selben Ausmaß im Preise steigen.

Untersuchen wir nun im einzelnen die Bedingungen für unser Modell. Wenn wir zunächst einmal die Annahme fallen lassen, daß alle Güterpreise im gleichen Umfang steigen, so können sich zwei Möglichkeiten ergeben. Wenn der Preis des fraglichen

1 Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, a.a.O., S.242.

2 Vgl. ebenda.

Gutes stärker gestiegen ist als der Preis der substitutiven Güter, so wird die Nachfragefunktion höherer Ordnung eine negative Preiselastizität aufweisen. In welchem Ausmaß sie von der Elastizität null abweicht, ist abhängig von der Größe der Preissteigerung für dieses Gut im Vergleich zur Preissteigerung der substitutiven Güter und von der Substitutionselastizität. Insgesamt wird das Ausmaß der Nachfrageänderung jedoch geringer sein, als wenn bei gleicher Preissteigerung des fraglichen Gutes die Preise der substitutiven Güter konstant geblieben wären. Wenn der Preis des betreffenden Gutes weniger gestiegen ist als die Preise der substitutiven Güter, so ist die Preiselastizität der "Nachfragefunktion höherer Ordnung" positiv. Auch hier ist das Ausmaß der Abweichung der Preiselastizität der Nachfrage von null abhängig vom Ausmaß der Unterschiede in den Preissteigerungen der einzelnen Güter und der Substitutionselastizität der betreffenden Güter. Das Ausmaß der Nachfrageänderungen wird auch hier geringer sein, als wenn der Preis des betreffenden Gutes bei gleicher Preissteigerung der substitutiven Güter nicht von der allgemeinen Preissteigerung erfaßt worden wäre¹.

Es bleibt nach Arndt nun noch zu fragen, ob dieses zusätzliche Einkommen, das jeder Preisanstieg mit sich bringt, auch voll wieder verausgabt oder mehr gespart wird. Dabei ist also zu fragen, in welcher Weise "der Konsum von den Preisen ... und dem Volkseinkommen abhängt. Die übliche Annahme ist die, daß der Betrag, den die Haushalte dem Kauf von Konsumgütern widmen wollen, von dem Verhältnis des Einkommens zu den Preisen, also von

¹ Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, a.a.O., S.242.

$\frac{y}{p}$ abhängt, und zwar in der Weise, daß bei einer Verdoppelung, Verdreifachung oder allgemein bei Multiplikation von y und p mit einer positiven Zahl k auch der Konsum k -mal so groß wird"¹. Das heißt also, "daß der Realkonsum eine Funktion des Realeinkommens ist, was wiederum nichts anderes besagt, als daß die Haushalte bei einer gleich großen multiplikativen Änderung des Einkommens und der Preise ihren mengenmäßigen Konsum nicht ändern"².

Das heißt also, daß der Einkommenszuwachs voll in die Nachfrage geht und nicht mehr gespart wird. Ja man muß sogar damit rechnen, daß auf Grund des bei Inflation gegebenen Strebens aus den Geldwerten in die Sachwerte noch mehr entspart wird.

Es bleibt festzuhalten, daß diese Anpassungsgerade je nach dem Verhältnis der Preissteigerung des einzelnen Gutes zu der der anderen Güter in ihrer Elastizität in jedem Fall, gleich ob sie positiv oder negativ ist, geringer ist als im Fall ohne Indexlöhne.

Nun bedeutet aber, wie Arndt sagt, "eine geringe Preiselastizität...nichts anderes, als daß relativ geringen Mengenänderungen verhältnismäßig hohe Preisausschläge entsprechen"³. Das bedeutet, daß jede Veränderung der Angebotsmengen z.B. durch Kostenerhöhung oder Verknappung zu relativ hohen Preisänderungen führt. Indexlöhne führen also dazu, daß Preissteigerungen von der Nachfrageseite erleichtert werden. Auch im Falle unterschiedlicher Preiserhöhungen bei substitutiven Gütern

1 Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie. III. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung. 6. verb. u. erw. Aufl. Tübingen 1961, S. 110.

2 Ebenda, S. 111.

3 Arndt, Erich, Zum Problem der Indexlöhne. "Gewerkschaftliche Monatshefte", Köln, Jg. 1952, S. 342.

wird die Wirkung der Substitutionskonkurrenz auf die Preisentwicklung verringert.

b Untersuchung der Wirkung der Indexlöhne auf die Angebotsseite

Wir wollen bei dieser Analyse ausgehen von der individuellen Angebotskurve eines Unternehmers, der sich als Mengenanpasser verhält.

Die Angebotskurve wird dargestellt "durch den beim Minimum der durchschnittlichen variablen Kosten beginnenden steigenden Teil der Grenzkostenkurve"¹. Diese Kurve zeigt an, welche verschiedenen Produktmengen der einzelne Unternehmer bei alternativen Preisen anbietet. Sie stellt also ceteris paribus die angebotene Menge als Funktion der jeweiligen Preise dar.

Es soll nun überprüft werden, wie ein Indexlohnsystem die Angebotsfunktion verändert.

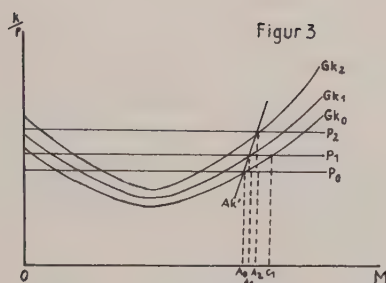
Wir wollen auch hier - wie bei der Untersuchung der Nachfrageseite - unterstellen, daß das Indexlohnsystem möglichst vollständig alle Nichtselbstständigen erfasse, eine laufende und volle Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten vorliege und daß alle Güter gleichmäßig von den Preissteigerungen erfaßt werden.

Die kurzfristige Reaktion eines Anbieters, der sich in einer homogenen polypolistischen Konkurrenz befindet, läßt sich nach Arndt bei Vorhandensein von Indexlöhnen in folgender Zeichnung darstellen². (siehe Seite 37)

Beim Preis P_0 wird die Menge A_0 ausgebracht.

¹ Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie. II. Teil: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft. 6. verb. Aufl. Tübingen 1960, S. 124.

² Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen, a.a.O., S. 199.



Steigt der Preis von P_0 auf P_1 , so würde bei unveränderter Angebotskurve C_1 ausgebracht. Nun führt aber das Indexlohnsystem gemäß unserer Annahme sofort zu einer Lohnsteigerung um den gleichen Prozentsatz, um den der Preis des Produktes gestiegen ist. Dadurch verschiebt sich die monetäre Grenzkostenkurve von GK_0 auf GK_1 , und es wird also nicht die Menge C_1 ausgebracht, sondern A_1 . Entsprechendes gilt für die Preiserhöhung auf P_2 . Die Gerade AK , die die Abhängigkeit des Angebotes von den Preisänderungen und Lohnänderungen bzw. Kostenänderungen darstellt, bezeichnet Arndt als die "Angebotsfunktion zweiter Ordnung"¹.

Durch diese Angebotskurve wird jetzt das Verhalten der Unternehmer dargestellt. Diese Anpassungsgerade hat einen steileren Verlauf, d.h. daß Preisveränderungen geringere Mengenausschläge gegenüberstehen. Wenn nun die individuelle Angebots-

¹ Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, a.a.O., S.198.

kurve einen steileren Verlauf hat, so weist auch die Gesamtangebotskurve unter unseren Annahmen eine geringere Elastizität auf.

In der Realität wird diese Kurve aber einen um so weniger steilen Verlauf nehmen, je geringer die Zahl der Indexlohnempfänger ist, je weniger die Anpassung voll erfolgt. Auch wird die Gestalt der Kurve anders aussehen, wenn die Anpassung nicht laufend, sondern in bestimmten Intervallen erfolgt. Es würde sich dann eine "Angebotskurve höherer Ordnung" ergeben, die einen treppenförmigen Verlauf nähme.

- c Kritik an der Konzeption Arndts und die abschließende Beurteilung der Indexlöhne von der Nachfrage- und Angebotsseite her im Hinblick auf den Geldwert

Bigge kritisiert den Ansatzpunkt von Arndt vor allem deswegen, weil für ihn sowohl die Anpassungsgerade auf der Nachfrageseite wie die auf der Angebotsseite, die von Arndt als Nachfrage- bzw. Angebotsfunktion höherer Ordnung bezeichnet werden, empirische Nachfrage- bzw. Angebotskurven¹ sind. "Eine solche empirische Nachfragekurve kann uns anzeigen, wie sich im Laufe der Entwicklung einer dynamischen Wirtschaft die tatsächlichen Preis-Mengen-Beziehungen der Nachfrage gestaltet haben"². Dieselbe Kritik gilt nach Bigge auch für die Untersuchung der Angebotsseite durch Arndt.

Dazu ist anzumerken, daß dieser Versuch, die in unseren Modellen sich ergebenden Anpassungsgeraden oder Nachfragefunktionen höherer Ordnung bzw. Angebotsfunktionen höherer Ordnung als empirische

1 Bigge, Karl-Rudolf, Indexlohn-Politik - ihre Entwicklung und volkswirtschaftliche Bedeutung. Würzburg, Diss. 1954, S.106ff.

2 Ebenda, S.110.

Nachfragekurven bzw. Angebotskurven zu bezeichnen, unhaltbar ist. Es handelt sich doch bei diesen Anpassungsgeraden um eine Gerade, die sich erst auf Grund der Bedingungen ergibt, die wir dem Modell zugrunde gelegt haben. Diese Kurven auf der Angebots- und Nachfrageseite sind zwar das Ergebnis eines modelltheoretischen Prozesses, aber sie sind als Ergebnis nichts weniger theoretisch als das ganze Modell selbst.

Bigge scheint nun der Ansicht zu sein, als hätte Arndt mit den Ergebnissen der beiden Modelle, die bei Einführung von Indexlöhnen eine geringere Elastizität bei den Angebots- und Nachfragefunktionen höherer Ordnung zeitigten, eine Preisprognose allgemeiner Art treffen wollen. Er meint: "Eine Aussage (auf Grund der geringen Preiselastizität dieser Kurve) über die Entwicklung der Preise in der Zukunft, also eine Preisprognose (oder auch Mengenprognose) kann jedoch nicht gemacht werden"¹.

Nun hat Arndt nicht eine Preisprognose absoluter Art treffen wollen. Gerade in dem Artikel, auf den sich Bigge bezieht, kommt das sehr deutlich zum Ausdruck, wenn Arndt bei der Diskussion der Auswirkung der Indexlöhne auf die Nachfrageseite abschließend davon spricht, daß eine geringe Preiselastizität aber nichts anderes bedeutet, "als daß relativ geringen Mengenänderungen verhältnismäßig hohe Preisausschläge entsprechen"². Bei der Beurteilung der Auswirkung der Indexlöhne auf die Angebotsseite ergibt sich für ihn "mit einer geringeren Preiselastizität des Angebotes ein vergleichsweise höherer Preis, selbst bei unveränderter Nachfrageelastizität"³.

¹ Bigge, Karl-Rudolf, a.a.O., S.110.

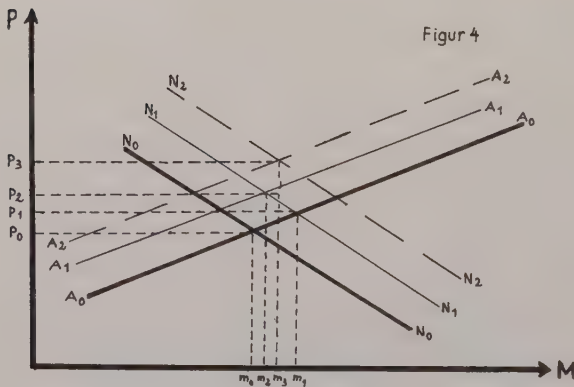
² Arndt, Erich, Zur Problematik der Indexlöhne, a.a.O., S.342.

³ Ebenda, S.417.

Was Arndt aussagen wollte, waren keine Preisprognosen allgemeiner Art, vielmehr wollte er conditionale Aussagen theoretischer Art treffen in dem Sinne, daß bei Vorliegen einer geringeren Preiselastizität auf der Nachfrageseite etwa bei Preissteigerungen relativ geringere Mengenreduktionen zu erwarten sind.

Aussagen in diesem Sinne - conditionaler und rein theoretischer Art - sind aber in einer theoretischen Diskussion möglich. Damit ist kein Urteil über die tatsächliche Preisentwicklung - wie Bigge meint - gefällt. Vielmehr gelten diese Aussagen nur unter den gemachten Bedingungen für unser Modell.

Um die Auswirkung der Indexlöhne über die Angebotsseite und Nachfrageseite auf den Geldwert unter Beibehaltung unserer Prämissen noch deutlicher darzustellen, wollen wir von der folgenden Figur ausgehen:



Nehmen wir an, es würde, nachdem zu Beginn einer großen Inflation in einer Volkswirtschaft die

Geldillusion geschwunden ist, eine starke Tendenz von den Geldwerten weg in die Sachwerte einsetzen. Im Ausmaß des Entsparens der Wirtschaftssubjekte nimmt die Nachfrage zu. Die Nachfragekurve verschiebt sich also auf N_1 . Das bedeutet bei zunächst kurzfristig konstantem realem Angebot eine Erhöhung des Preisniveaus. Zum Preis p_1 würde jetzt die Menge m_1 ausgebracht. Da die Kostengüter hiervon nicht ausgenommen sind, wird sich die Grenzkostenkurve in Richtung auf A_1 verschieben. Zum Preis p_2 wird jetzt die Menge m_2 ausgebracht. Wenn darüber hinaus noch die Löhne automatisch an die Preisentwicklung gebunden sind, ergibt sich eine weitere Verschiebung der Grenzkostenkurve nach A_2 . Im Ausmaß der Erhöhung der Nominallohne wird aber nun wieder mehr an effektiver Nachfrage verausgabt (Verschiebung der Nachfragekurve von N_1 nach N_2), so daß nun zum Preis p_3 die Menge m_3 ausgebracht wird. Je geringer nun die Preiselastizität der Nachfrage und des Angebots ist, um so mehr schiebt sich in unserem Modell bei Indexlöhnen der Preis ständig in die Höhe. Je geringer die Preiselastizitäten des Angebots und der Nachfrage sind, um so mehr trifft es zu, daß die Indexlöhne geeignet sind, wenn der Lebenshaltungskostenindex einmal in Bewegung geraten ist, die Voraussetzungen für ihre eigene Existenz jeweils neu zu schaffen.

Zwiedineck-Südenhorst beurteilt diese Art der gleitenden Lohnskalen ebenso, wenn er meint, "daß die Preissteigerung nicht nur ihre konsumregulierende Funktion nicht ausüben kann, sondern durch die gleitende Lohnskala sich selbst weitertreibt"¹.

1 Art. Lohnskalen, Gleitende (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), a.a.O., S.373.

2 Wirtschaftspolitische Beurteilung

a Indexlöhne und Wettbewerbspolitik

Nach Alfred E. Ott ist unter Wettbewerb eine "agonistische Beziehung zwischen Anbietern und Nachfragern" zu verstehen. "Agonistisch soll dabei nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als daß die Anbieter und Nachfrager sich zu über-treffen suchen"¹.

Das Hauptgewicht dieser agonistischen Beziehung zwischen Anbieter und Nachfrager liegt im Rahmen der gesamten wettbewerbspolitischen Maßnahmen zweifelsohne auf dem Gebiet des Preiswettbewerbs. Die Grundlage dieses Preiswettbewerbs ist ein völlig entgegengesetztes Preisinteresse von Anbietern und Nachfragern. Und zwar veranlaßt nach Halm "das Erwerbsstreben...beim Käufer ein niedriges Preisangebot, beim Verkäufer ein hohes Preisangebot. Eine Einigung wäre selten und schwer, vielleicht nie zu erreichen, wenn nicht ein entgegengesetztes Streben ausgleichend wirksam wäre. Käufer und Verkäufer sind grundsätzlich auf eine Einigung als Voraussetzung des Tausches bedacht.... Das Streben nach der endgültigen Einigung ist primär, das Erwerbsstreben vergleichsweise nur sekundär"².

Diese endgültige Einigung wird von Seiten der Anbieter angestrebt bei möglichster Wahrung ihres eigenen Preisinteresses durch Inaussichtstellen möglichst niedriger Preise, um damit dem Preisinteresse der Nachfrager zu entsprechen. Das Ver-

1 Ott, Alfred E., Marktform und Verhaltensweise. Stuttgart 1959, S.44.

2 Halm, Georg, Die Konkurrenz-Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Volkswirtschaft. München 1929, S.3.

halten der Nachfrager ist in diesem Prozeß genau umgekehrt. "Es ist die Wirkung der Konkurrenz auf beiden Seiten, die den Ausgleich zum einheitlichen Preis schnell und eindeutig ermöglicht. Die Verkäufer drücken sich gegenseitig im Preis, weil sie miteinander um den Absatz ihrer Produkte kämpfen, die Käufer überbieten sich, weil sie um das Angebot konkurrieren. Dem Erwerbsstreben, das beim Einkauf niedere, beim Verkauf hohe Preise erreichen will, tritt das Konkurrenzstreben gegenüber, das auf niedere Preise beim Verkauf und hohe beim Einkauf hinzielt"¹.

Das Preisinteresse von Anbietern und Nachfragern ist also entgegengesetzt. Wenn beide Parteien zu einer Einigung kommen wollen, dann muß jede von ihren Interessen um der Einigung willen etwas zurücktreten.

Nun ist aber das Preisinteresse in seiner Intensität und Stärke nicht gleichmäßig auf Anbieter und Nachfrager verteilt. "Das hat einen einfachen Grund: das Preisinteresse des Produzenten konzentriert sich auf den Markt seiner Produkte, dasjenige des Konsumenten verteilt sich auf alle Märkte derjenigen Güter, die überhaupt in den Begehrskreis seiner Haushaltsnachfrage fallen. Nehmen wir ein ganz einfaches Beispiel: wenn ein Unternehmer des Steinkohlenbergbaues den Preis für eine Tonne Kohle um zwei Mark erhöhen kann, so bedeutet das bei 500 000 Tonnen jährlicher Förderung einen Mehrerlös von 1 Million Mark. Für den Konsumenten, der vielleicht im ganzen Jahr in seinem Haushalt eine Tonne verbraucht, sind mit der Preiserhöhung Mehraufwendungen von ganzen zwei Mark verbunden"².

1 Ebenda, S.3.

2 Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, a.a.O., S.15.

Es bleibt nun zu fragen, ob die Einführung von Indexlöhnen dieses in seiner Intensität und Stärke ungleiche, aber entgegengesetzte Preisinteresse zwischen Anbietern und Nachfragern verändert. Eine volle Bindung der Löhne an die Entwicklung der Preise hat zur Folge, daß eine Preiserhöhung keine Konsumeinschränkung und keinen Realeinkommensverlust mehr bedeutet. Durch diese Sicherung des Realeinkommens bei Preissteigerungen ist das Interesse der Arbeitnehmer am niedrigen Preis gesunken. Der Nachfrager ist an der Verhinderung von Preissteigerungen nicht mehr interessiert. "Erst recht aber besteht kein darüber hinausgehendes Interesse an niedrigen Preisen mehr, denn bei beiderseitiger Anpassung würde das wiederum nur Nominallohnrückgang bedeuten, der bei Lohnempfängern erfahrungsgemäß auf einen außerordentlichen Widerstand stößt"¹.

Potthoff ist der Ansicht, daß man durch diese Anpassung der Löhne an die Preise "den letzten Rest seelischen Widerstandes gegen unberechtigt hohe Preise beseitigt"². Auch Zwiedineck-Südenhorst weist darauf hin, daß die Arbeiter "als Konsumenten in dem unentbehrlichen Kampf in der Detailpreisbindung völlig versagen, daß die sichere Aussicht, auf der Basis höherer Preise im Nominallohneinkommen entsprechend aufzusteigen, die psychologische Grundlage für den Widerstand gegen die Preisforderungen völlig überwindet"³.

Diese Beseitigung der psychologischen Grundlage des Widerstandes gegenüber Preisforderungen bewirkt eine entscheidende Schwächung des Preis-

1 Ebenda, S.243.

2 Potthoff, Heinz, Das Fiasko der Lohnpolitik. "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, 32.Jg., 1923, S.1016.

3 Art. Lohnskalen, Gleitende (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), a.a.O., S.373.

wettbewerbs, der von großer Bedeutung für die Geldwertstabilität ist. Wenn wir annehmen, daß alle Güter von den Preissteigerungen jeweils in einer gleichen relativen Höhe erfaßt werden, so ist der letzte Rest von Preiswettbewerb aus dem wettbewerbspolitischen Instrumentarium geschwunden. Es bleiben dann im Rahmen der Wettbewerbspolitik nur der Qualitätswettbewerb, der Substitutionswettbewerb und der Wettbewerb über Nebenleistungen. In der Realität wird allerdings, wenn wir unsere Annahme gleicher relativer Preissteigerungen fallen lassen, noch eine Konkurrenz um die Höhe der Preissteigerungen hinzukommen. Insgesamt gesehen bedeutet aber die durch das Indexlohnsystem hervorgerufene Schwächung des Preiswettbewerbs eine wesentliche Verringerung der Bedeutung, die der Wettbewerb für eine Stabilisierung des Geldwertes haben könnte.

Unabhängig davon sind aber die Folgen des Verlustes des entgegengesetzten Preisinteresses beim Monopol noch viel schwerwiegender im Hinblick auf den Geldwert als im Falle der Konkurrenz, weil hier das Interesse am hohen Preis beim Anbieter um der Konkurrenz willen keine Zugeständnisse machen muß, sondern hier nur das Preisinteresse des einen Anbieters entscheidend ist, dem beim Vorliegen einer möglichst umfassenden Indexbindung der Gehälter gar kein entgegengesetztes Preisinteresse in seinen preispolitischen Aktionen mehr gegenübersteht. Gerade die begrenzte Preiswilligkeit des Nachfragers setzte doch dem Monopolisten bei Nichtvorliegen von Indexlöhnen eine Grenze.

b Indexlöhne und Beschäftigung

Wenn sich die Gesamtnachfrage bei Vollbeschäftigung und unveränderten Produktionsmethoden erhöht, so steigen mit zunehmender Konkurrenz um die be-

reits Beschäftigten die Löhne¹. Es wäre nun denkbar, daß dieser zusätzliche inflationäre Effekt über die Erhöhung der Beschäftigungsnachfrage und über die dann folgenden steigenden Löhne² bei Indexlöhnen entfielen. Hätten wir nämlich Indexlöhne, die sich genau entsprechend der Erhöhung der Lebenshaltungskosten laufend erhöhten, so würde das bewertete Grenzprodukt der Arbeit ceteris paribus in allen Unternehmungen nur um den gleichen Betrag steigen, um den auch die Löhne steigen, wenn die Güterpreise überall im gleichen Umfang steigen. Eine Expansion der Beschäftigung würde sich nicht einstellen. Man könnte also argumentieren, daß bei den oben beschriebenen Indexlöhnen der über die Beschäftigungsexpansion sich ergebende Effekt einer Erhöhung der Güternachfrage, die unter den gemachten Bedingungen inflationär wirken müßte, entfielen.

Nun ist es aber in der Realität so, daß bei Indexlöhnen die Anpassung an die gestiegenen Preise nicht sofort erfolgt, sondern die Anpassungstermine je nach Stärke der Inflation zahlreich oder weniger zahlreich sind. Ist in einer Volkswirtschaft eine zweimalige Anpassung im Jahre etwa vorgesehen oder eine Steigerung der Löhne erst dann, wenn der Index um einige Punkte gestiegen ist, so kann sich eine Erhöhung der Beschäftigungsnachfrage ceteris paribus insofern ergeben, als es für die Unternehmer lohnend ist, auf Grund von Preissteigerungen, die Lohnsteigerungen folgten, selbst aber noch nicht wieder zu Lohnsteigerungen führten, mehr Arbeitskräfte nachzufragen. Diese Arbeitskräfte werden für den Arbeitgeber allerdings nur zur Verfügung stehen,

1 Vgl. Halm, George, Geld, Außenhandel und Beschäftigung. München 1957, S.25.

2 Wir nehmen dabei an, wie es der Realität entspricht, daß diese zusätzlichen Einkommen nicht gespart werden, sondern voll verausgabt werden. Es herrscht also eine marginale Konsumneigung von eins.

wenn er selbst einen höheren Lohn zahlt. Diese Lohnerhöhung außerhalb des Rahmens der Indexvereinbarungen, die unter der Voraussetzung, daß die Konsumneigung der Arbeitnehmer eins ist, ceteris paribus voll inflationär wirken würde, würde selbst wieder einen Beitrag zu den über Preissteigerungen folgenden indexmäßigen Lohnsteigerungen leisten. Der einzelne Unternehmer würde in seiner Beschäftigungspolitik langfristig planen, und die halbjährlichen Lohnanpassungen würden auf seine expansive Beschäftigungsnachfrage kaum kontraktiv wirken, da sie die den Lohnsteigerungen allgemein folgenden Preissteigerungen in ihre Planung miteinbezögen. So würde also der inflationäre Druck über die Beschäftigungsexpansion nicht entfallen. Nun ist diese Aussage insofern zu modifizieren, als die Bedingungen und Annahmen, die unserem Modell zugrundeliegen, auf ihren Wirklichkeitsgehalt zu untersuchen sind.

Zunächst soll die Annahme, daß alle Güterpreise in der Volkswirtschaft sich um den gleichen Betrag erhöhen, fallen gelassen werden. Es werden sich in Wirklichkeit die Preise je nach Nachfrageverhältnissen und Angebotsstruktur verschieden entwickeln. Es kann durchaus sein, daß einzelne Unternehmen wesentlich über dem allgemeinen Durchschnitt, der sich in dem Lebenshaltungskostenindex niederschlägt, Preiserhöhungen vom Markt erwarten können. Von diesen Unternehmern ist zu erwarten, daß sie ihre Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen werden. Die Betriebe aber, die auf Grund von Nachfrageentwicklungen nicht ihre Preise im Ausmaß der Lohnerhöhung erhöhen können, werden ihre Nachfrage nach Arbeit einschränken müssen. Das gilt noch verstärkt für solche Unternehmen, die zudem sehr stark lohnintensiv sind. In diesen Unternehmen vor allem muß man, wenn die Löhne überall um den gleichen Prozentsatz steigen, mit Beschäftigungseinschränkungen rechnen.

Zudem werden die Unternehmer versuchen, bei dauernden Lohnsteigerungen Arbeitskraft durch Kapital zu substituieren. Allerdings sind dieser Substitution Grenzen gesetzt, insofern als auch die Investitionsgüter von der Lohnkostenerhöhung erfaßt werden. Aber auch aus einem anderen Grunde dürfte der Substitutionseffekt von geringerer Bedeutung sein; denn die verstärkte Nachfrage nach Investitionsgütern wird bei der kurzfristigen Konstanz des Angebotes zu Preissteigerungen führen.

Es wäre aber nun noch denkbar, daß die Unternehmer sich infolge der Lohnerhöhungen um eine Freisetzung der Arbeitskräfte oder zusätzlichen Kapitaleinsatz durch eine bessere innerbetriebliche Organisation bemühen. Allerdings dürfte auch dieser Effekt gering sein; denn wenn sich die Unternehmer wirklich um Gewinnmaximierung bemühen, so dürften sie diese Organisationsverbesserungen schon vorher eingeführt haben¹.

c Indexlöhne und Notenbankpolitik

Die Aufgaben einer Notenbank sind im Bundesbankgesetz folgendermaßen umschrieben: "Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern, und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des

¹ Bei einer konsequenten Anwendung des Gewinnmaximierungsprinzips als Zielvorstellung für den Unternehmer, könnte man annehmen, daß mögliche Produktivitätssteigerungen schon aus eigenem Antrieb durchgeführt werden, ohne daß es dazu einer Lohnsteigerung oder Arbeitsverkürzung bedarf. Gleichwohl dürfte in der Realität es fraglich sein, ob alle Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung ohne den Druck der Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen verwirklicht worden wären.

Zahlungsverkehrs im Inland und Ausland"¹.

Dieses letzte Ziel der Notenbankaktivität, die Sicherung der Währung, kann man verschieden auffassen, und zwar im Sinne einer Binnenwertstabilität der Währung und im Sinne einer Außenwertstabilität der Währung.

Bei dem Ziel der Außenwertstabilität bzw. Wechselkursstabilität handelt es sich um eine Forderung nach einem "Gleichgewicht im Raum" bzw. im internationalen Raum². Im Vergleich dazu ist das Ziel der Binnenwertstabilität bzw. Kaufkraftstabilität mehr als ein "Gleichgewicht in der Zeit" anzusehen³. Diese Stabilität ist gemeint, wenn man gemeinhin von der ersten Aufgabe der Notenbank spricht, die Geldwertstabilität zu sichern. Gefragt wird dabei "nach dem Wert der Geldeinheit, dem Nutzen, den der Geldbesitzer aus einer Geldeinheit erzielt. Der aus diesem Nutzen sich ergebende Geldwert soll stabil bleiben;... Da der Nutzen in der Regel erblickt wird in der Menge anderer Güter, die mit einer Einheit des Tauschgutes gekauft wurden, wird der Wert des Geldes gleichgesetzt mit seiner Kaufkraft"⁴.

Man zieht die Stabilität des Güterpreinsniveaus als Maßstab für die Erhaltung oder Nichterhaltung der Geldwertstabilität heran, weil man den Nutzen einer jeden Geldeinheit nicht messen kann.

Die Politik der Notenbank auf dieses Ziel der Preisniveaustabilisierung hin umschreibt Blessing so: Die Notenbank "sorgt dafür, daß nicht zu viel Geld zu wenig Waren nachläuft, daß umgekehrt nicht

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957, in: Bundesgesetzblatt, 1957, S.745.

2 Veit, Otto, Grundriß der Währungspolitik. Frankfurt 1961, S.32.

3 Ebenda, S.32.

4 Ebenda, S.33.

einem Zuviel an Waren ein Zuwenig an Geld gegenübersteht, kurz, daß bei möglichst hoher Produktion ein möglichst stabiles Preisniveau erhalten bleibt"¹.

Die Bemühungen der Notenbank um die Erhaltung der Geldwertstabilität können durch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte selbst, der Verbände und durch die Politik des Staates erleichtert oder erschwert werden. Es bleibt nun zu fragen, wie sich eine Vereinbarung der Tarifpartner, durch die Indexlöhne eingeführt werden, zu dieser ersten Aufgabe der Notenbank steht.

Wenn Weber sagt: "Die spezielle Problematik der Indexvereinbarungen liegt einmal darin, daß sie einen Inflationsfatalismus erkennen lassen, der sich mit einer kontinuierlichen Geldentwertung als mit einem unvermeidbaren Übel abgefunden hat"², so liegt auch hier die entscheidende Problematik der Notenbank bei Indexlöhnen. Sie muß nämlich in einer Phase, in der der Glaube an das Wertversprechen Geld zerrüttet ist und in der die Geldentwertung als unvermeidbares Übel hingenommen wird, noch als Hüterin der Währung auftreten. Nimmt sie diese Aufgabe auch dann noch ernst und ist sie bereit, die Geldwertstabilität unter allen Umständen mit ihren politischen Instrumenten weiterhin anzustreben, so ist das nur dann möglich, wenn sie sich weigert, die für die erfolgreiche Indexlohnpolitik unumgänglich weiteren Geldmittel bereitzustellen. Insofern gewinnt die Notenbank in diesem Prozeß die Schlüsselstellung. Diese Schlüsselstellung entsprechend ihrer Aufgabe

1 Blessing, Karl, Die Verteidigung des Geldwertes. Frankfurt 1960, S.121.

2 Weber, Wilhelm, Stabiler Geldwert in geordneter Wirtschaft - Gegenwartsfragen der Währungsethik. Münster 1965, S.129.

auszufüllen, ist für die Notenbank deshalb so schwer, weil die Verfolgung des Zieles der Geldwertstabilität bei Indexlöhnen die Erreichung und Bewahrung des gesamtwirtschaftlichen Zieles der Vollbeschäftigung unmöglich macht. Fügt sich die Politik der Notenbank nicht in diese Indexlohnpolitik ein, und verweigert die Notenbank ceteris paribus Geldmittel oder führt sie gar restriktive Maßnahmen durch, so wird Arbeitslosigkeit die Folge sein. Hahn meint, es gehöre ein "übermenschlicher Mut" dazu, um in dieser Situation trotzdem das Ziel der Geldwertstabilität zu verfolgen¹. Diesen Mut aufzubringen und das Ziel weiter zu verfolgen, ist äußerst schwierig.

Gabriel ist der Ansicht, daß die Notenbank sich häufig bei Bestehen von Indexlöhnen nicht durchsetzen wird. "Sehr häufig wird daher ein solcher Eingriff der Notenbank an politischen Widerständen scheitern"². Zwar kann man nicht sagen, daß Indexlöhne selbst zur Inflation führen. Die letzte Entscheidung liegt bei der Notenbank. Aber die Indexlöhne schaffen Bedingungen, "die es der Notenbank außerordentlich erschweren, ihre Aufgabe, die Preise stabil zu halten, zu erfüllen"³.

d Indexlöhne und Finanzpolitik

Musgrave faßt die Aufgaben der Budgetpolitik in drei Arten zusammen. Diese Einteilung ergibt sich für ihn "aus dem Gebrauch des finanzpolitischen Instrumentariums", "um 1. die Korrekturen in der Allokation der Produktivkräfte durchzuführen, 2. die Einkommens- und Vermögensverteilung zu re-

1 Hahn, L. Albert, Index-Illusionen, a.a.O., S.502.

2 Gabriel, Siegfried L., Indexlöhne - Praxis und Problematik, a.a.O., S.77.

3 Ebenda, S.77.

gulieren und 3. die ökonomische Stabilität zu garantieren"¹. Im Rahmen dieser Untersuchung interessiert vor allem die Frage, wie sich die Indexlöhne zu den finanzpolitischen Aufgaben einer ökonomischen Stabilitätspolitik verhalten. Die Aufgaben der "Stabilisationsabteilung" der Finanzpolitik sieht Musgrave "in der Erhaltung eines hohen Nutzungsgrades der Produktivkräfte und eines stabilen Geldwertes"².

Zunächst soll untersucht werden, wie sich Indexlöhne auswirken, wenn der Staat mit finanzpolitischen Maßnahmen versucht, in einer Volkswirtschaft, in der teilweise ungenützte Kapazitäten und Arbeitslosigkeit vorhanden sind, diese Arbeitslosigkeit durch eine Erhöhung der eigenen staatlichen Nachfrage³ zu beseitigen, indem er sich zusätzliche Mittel von der Notenbank beschafft.

Nehmen wir zunächst einmal an, der Staat richte seine zusätzliche Nachfrage auf Güter eines Sektors, der sehr stark unterbeschäftigt ist. Dann würde sich in diesem Sektor eine Erhöhung der Beschäftigung ergeben, sofern die bisherige Nachfrage nach Gütern dieses Sektors auf der bisherigen Höhe bleibt. Dadurch wird ein multiplikativer Prozeß eingeleitet, dessen Auswirkung zu einer erhöhten Nachfrage nach Gütern anderer Sektoren führen. Sofern diese Sektoren der zusätzlichen Nachfrage nicht durch einen zusätzlichen Output gerecht werden können, werden sektorelle Preissteigerungen die Folge sein. Werden diese partiellen Preissteigerungen nicht durch Preissenkungen in anderen Sektoren kompensiert (z.B.

1 Musgrave, Richard, Finanztheorie. Tübingen 1966, S.5.

2 Ebenda, S.26.

3 Zu den Vorteilen, die eine direkte Erhöhung der staatlichen Nachfrage gegenüber solchen Maßnahmen hat, die die wirtschaftliche Aktivität der Wirtschaftssubjekte durch Steuersenkungen und Zinssubventionen etwa in Depressionen zu erhöhen versuchen vgl. Haller, Heinz, Finanzpoli-

durch economies of scale oder Produktivitätssteigerungen in den bisher unterbeschäftigten Bereichen), dann wird auch das Preisniveau in einem vom Gewicht der überbeschäftigten Sektoren abhängigen Ausmaß betroffen. Dadurch kann die Situation eintreten, daß bereits bei noch vorhandener Arbeitslosigkeit ein Konflikt zwischen dem Ziel der Preisniveaustabilität und dem Ziel der Vollbeschäftigung besteht. Dieser Konflikt wird durch die Bindung der Löhne an die Preisniveauentwicklung verschärft, da

- 1) der time-lag zwischen Eintreten oder Preisniveausteigerung und der entsprechenden Lohnsteigerung entfällt,
- 2) alle Sektoren unabhängig von ihrer Beschäftigungslage gleichmäßig von der Lohnerhöhung erfaßt werden,

wird die Wirksamkeit der staatlichen Hilfe für die Problemsektoren abgeschwächt werden.

Lutz geht sogar soweit in seinem Urteil, daß er sagt, daß "die Wirkung einer Erhöhung der Gesamtnachfrage sich in höheren Preisen, d.h. in einer Inflation erschöpft, ohne Mehrbeschäftigung hervorzurufen"¹. Dieses Urteil dürfte nicht ganz zutreffend sein. Es ist zwar möglich, daß ein zusätzlicher beschäftigungsexpansiver Effekt, der auf Grund der steigenden Preise in den vollausgenutzten Betrieben entstehen könnte, dadurch entfielen, daß die Löhne genau der Entwicklung der Preise folgten. Aber auch das ist kaum zu erwarten. Denn der Lebenshaltungskostenindex wird nicht in gleicher Höhe die Preissteigerungen, wie sie in den vollausgenutzten Betrieben entstanden sind, anzeigen, wenn andererseits noch nicht oder

1 Lutz, Friedrich A., Arbeitslosigkeit und Kreditexpansion. In: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft. - Hrsg. von Hunold, Albert, Zürich 1951, S.225.

gerade erst wieder vollausgenutzte Kapazitäten vorhanden sind. Das würde nur dann der Fall sein, wenn eine allgemeine gleiche relative Preissteigerung in allen Branchen erfolgte, womit aber in der Phase der Hinführung aus der Depression zur Vollbeschäftigung noch nicht zu rechnen ist. In dieser Situation wird man vielmehr mit verschiedenartigen Beschäftigungseffekten rechnen müssen. In den Bereichen, in denen die Lohnsteigerung hinter der Branchenpreissteigerung zurückbleibt, werden *ceteris paribus* auf Grund der Erhöhung des bewerteten Grenzproduktes der Arbeit verstärkt Arbeitskräfte nachgefragt. In den Branchen, in denen die relative Indexlohnsteigerung genau gleich ist der relativen Preissteigerung, wird *ceteris paribus* kein Beschäftigungseffekt eintreten. In den Branchen, in denen die relative Lohnsteigerung höher ist als die relative Branchenpreissteigerung, wird *ceteris paribus* mit einem negativen Beschäftigungseffekt zu rechnen sein.

Es scheint also doch so zu sein, daß nicht jeder beschäftigungsexpansive Effekt unterbleibt. Aber dieser beschäftigungsexpansive Effekt dürfte wesentlich geringer sein, als wenn keine Indexlöhne vorlägen. Darauf deuten auch italienische Erfahrungen hin: "Trotz außerordentlich rapider Kreditschöpfung in der Periode zwischen Mitte 1946 und September 1947 hat sich die Arbeitslosigkeit kaum verändert und es ist kein Zweifel, daß der Hauptgrund dafür darin lag, daß die Geldlöhne sich automatisch mit dem Lebenshaltungskostenindex erhöhten"¹.

Diese Erkenntnis versucht Lutz allgemein so auszudrücken: "Je mehr Löhne und Gehälter sich automatisch mit dem Preis verändern, um so weniger zu-

¹ Ebenda, S.255.

sätzliche Beschäftigung wird eine gegebene Geldinjektion mit sich bringen; oder noch anders ausgedrückt, um eine bestimmte Beschäftigungssteigerung zu erreichen, wird eine um so größere Inflation erforderlich, je weiter der Kreis der Personen ist, deren Einkommen sich automatisch mit dem Preis erhöht"¹.

Dieses Ergebnis gilt aber nicht für den Fall einer völlig unterbeschäftigten Wirtschaft. Wenn wir von einer Situation ausgehen, in der in allen Branchen unausgenutzte Kapazitäten vorhanden sind, so könnte man das Ziel, durch "deficit spending" eine Verringerung der Arbeitslosigkeit anzustreben, erreichen. In diesem Falle würden, wenn die freien Kapazitäten kurzfristig ohne Anpassungsschwierigkeiten genutzt werden könnten, zunächst keine Preissteigerungen eintreten. Der Lebenshaltungskostenindex würde also in diesem Fall nicht steigen, so daß auch keine Voraussetzung für eine Indexlohnsteigerung gegeben wäre. Ob also ein beschäftigungsexpansiver Effekt erreicht wird, ist also entscheidend von der jeweiligen Beschäftigungslage abhängig.

Indexlöhne mindern aber nicht nur die Wirksamkeit finanzpolitischer Stabilisierungsmaßnahmen in Situationen, in denen eine teilweise Unterbeschäftigung der Wirtschaft vorliegt, sondern sie erschweren oder beseitigen auch die Wirksamkeit antizyklischer Maßnahmen des Staates bei Inflationen.

Versucht der Staat z.B. durch eine drastische Erhöhung der indirekten Steuern den Kaufkraftüberhang zu beseitigen, so werden die Unternehmer bemüht sein, diese Steuererhöhungen über die Preise an die Nachfrager weiterzugeben. Dieser Versuch

1 Ebenda, S.255.

dürfte um so erfolgreicher sein, je unelastischer die Nachfrage nach dem jeweiligen Gut ist und je stärker das Angebot monopolisiert ist. Je rascher nun Preissteigerungen zu Lohnsteigerungen führen und je vollständiger diese Regelung für alle Verbraucher gilt, um so geringer ist, wie wir sahen, das entgegengerichtete Preisinteresse der Verbraucher und um so eher kann eine Überwälzung über die Preise gelingen. Über Preissteigerungen kommt es wieder zu Lohnsteigerungen und der beabsichtigte Effekt einer Minderung der Geldnachfrage wird ganz vereitelt¹.

Aber auch eine Erhöhung der direkten Steuern bei den Unternehmern dürfte bei Indexlöhnen zu keiner Minderung der Gesamtnachfrage führen, denn auch hier dürften die Unternehmer über die bei Indexlöhnen bestehenden günstigen Überwälzungsbedingungen diese Erhöhung der Steuer über die Preise an die Verbraucher weitergeben. Auch hier würde über die dann folgende Lohnsteigerung das beabsichtigte Ziel nicht erreicht werden. Bei einer Erhöhung der Lohnsteuer würde der Überwälzungsvorgang nur etwas länger dauern, aber den gleichen Effekt haben. Denn die Gewerkschaften dürften versuchen, die Steuererhöhungen auf die Unternehmer zu überwälzen. Dieser Versuch dürfte von Erfolg sein, weil, wie von Zwiedineck-Südenhorst meint, die Widerstandskraft der Unternehmer gegenüber Lohnforderungen bei Indexlöhnen wesentlich geringer ist². Ist es den Abnehmern gelungen, diesen Versuch einer Minderung des Realinkommens zu vereiteln, so wird derselbe Prozeß wie bei einer Steuererhöhung bei den Unternehmern einsetzen.

1 Für den Fall einer Aufhebung von Subventionen als antizyklische Maßnahmen würde sich ein in der Art gleiches Ergebnis einstellen.

2 Vgl. Art. Lohnskalen, Gleitende (Zwiedineck-Südenhorst, Otto von), a.a.O., S.373.

In Dänemark existierte bis 1951 eine Form der Indexberechnung, die nicht nur die durch indirekte Steuern verursachten Preissteigerungen registrierte, sondern auch die direkte Steuer mit einbezog¹.

Indexbindungen führen, wie Iversen an einem praktischen Beispiel aus Dänemark zeigt, zu einer völligen Neutralisierung der kontraktiven Wirkung, die mit Steuererhöhungen angestrebt wird².

Rigmor Skade berichtet ebenfalls aus Dänemark von Steuererhöhungen, die eingeführt worden seien, um den Verbrauch zu begrenzen. Er beurteilt diese Maßnahmen so: "Aber damit, daß man zu gleicher Zeit die Löhne in Verbindung mit der Preiszahl erhöht, pumpt man die Kaufkraft in demselben Grade aus, wie die Preise steigen, was den Verbrauch unvermindert aufrecht hält und neue inländische Preissteigerungen hervorruft, d.h. man schafft hier eine Schraube ohne Ende"³. Steuererhöhungen erreichen bei Indexlöhnen also nicht nur keine kontraktive Wirkung, sondern bringen eine weitere Entwertung der Kaufkraft mit sich. In Dänemark hat man deshalb am 22.3.1951 die Regelung erlassen, daß Steuererhöhungen vom Preisindex abgezogen werden sollen, wenn die Indices zur Festsetzung von Löhnen verwandt werden⁴.

Allerdings könnte man auch meinen, daß die Existenz von Indexlöhnen die Regierung veranlassen würde, von sich aus keine Ausgaben mehr zu tätigen, die nicht durch Steuererhöhungen oder Anlei-

1 Iversen, C., Die dänische Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit.- Vollbeschäftigung und Inflationsgefahr. In: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft. Hrsg. von Hunold, Albert, a.a.O., S.231.

2 Ebenda, S.234/235.

3 Skade, Rigmor, Der Einfluß der Preiszahl auf die Löhne in Dänemark, a.a.O., S.418.

4 Ebenda, S.419.

hen beim Publikum gedeckt sind¹. Hahn meint: "Nach allgemeiner Einführung von Index-Klauseln wird eine Regierung ihre Budgetdefizite nicht mehr durch Inflationen zu decken vermögen. Die Index-Klauseln werden verhindern, daß die Regierung durch Betrug das erlangt, was sie durch Auflegung von Anleihen oder Erhöhung von Steuern nicht mehr vereinnahmt"². Aber man muß auch sehen, um welchen Preis dieser Vorteil erreicht wird, der an und für sich auch durch eine gute parlamentarische Kontrolle der Regierung zu erreichen ist.

- e Vermag der Indexlohn seinen Zweck zu erfüllen?
- aa Systemimmanente Schwächen des Lebenshaltungs-
kostenindex

In der Einleitung zu dieser Arbeit war schon auf die Vorteile einer Sicherung von Einkommen und Forderungen gegen Geldentwertungen durch eine Indexbindung gegenüber den anderen Formen der Realwertsicherung verwiesen worden. Zu gleicher Zeit waren aber auch die Schwächen dieses Index herausgestellt worden. So war schon auf die unrealistische Annahme einer mengen- und artmäßigen zeitlichen Konstanz des Warenkorbes verwiesen worden³. Gerade mit einer ständigen Wandlung der Verbrauchsstruktur muß aber in einer dynamischen Wirtschaft gerechnet werden. Das ist vor allem dann von Bedeutung, wenn das Basisjahr des Index,

1 Vgl. Gabriel, Siegfried L., Indexlöhne - monetär gesehen. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 5.Jg., 1952, S.31.

2 Hahn, Albert L., Index-Illusionen - Index-Folgen, a.a.O., S.501.

3 Vgl. S.11 dieser Arbeit.

auf den eine Indexlohnpolitik aufbaut, schon einige Zeit zurückliegt und in der Zwischenzeit ständig das Realeinkommen gestiegen ist. Daß ein Index unter solchen Umständen nur schwerlich noch dazu beitragen kann, das Realeinkommen zu sichern, beweist u.a. das sogenannte Engelsche Gesetz, das besagt, daß "die Ausgabe für Nahrungsmittel mit steigendem Einkommen zwar absolut zunimmt, relativ aber abnimmt"¹. Das besagt nichts anderes, als daß die Struktur des Gesamtverbrauchs sich in solch einem Fall wesentlich geändert hat, und gleichwohl ein Index aus einem Basisjahr mit einer veralteten Verbrauchsstruktur herangezogen wird, um die Kaufkraft bei einer ganz anderen Verbrauchsstruktur zu sichern. Hinzu kommt, "daß die Struktur der Lebenshaltung von Haushalt zu Haushalt recht verschieden ist. Die Zusammensetzung des Warenkorbes hängt vor allem vom Familieneinkommen sowie von der Haushaltsgröße und der Art ihrer Zusammensetzung ab"². Selbst wenn man, wie das in der Bundesrepublik 1952 geschah, für drei verschiedene Verbrauchsgruppen, und zwar eine untere, eine mittlere und gehobene, einen Index ermittelt, so kommt man damit, obwohl das eine Hilfe ist, der Wirklichkeit nicht viel näher³. Zudem machen sich die verschiedenen Preissteigerungen in den verschiedenen Haushalten ganz unterschiedlich bemerkbar, je nach der Art und Zusammensetzung des Warenkorbes und den Verbrauchsgewohnheiten⁴.

Hinzu kommt, daß die Substitution eines Gutes durch ein anderes bei Preissteigerungen und Preis-

1 Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie. Teil II, a.a.O., S.30.

2 Kellerer, Hans, a.a.O., S.83.

3 Vgl. ebenda, S.84.

4 Ebenda, S.83.

senkungen nicht im Index berücksichtigt wird und auch Qualitätsverbesserungen nicht und neue Güter erst nach mehrjährigem Abstand von der Einführung Eingang in den Index finden¹.

Das Urteil Pehls über die Brauchbarkeit des Index für eine Indexlohnpolitik ist sicherlich zutreffend: "Niemals wird man ernstlich von der Index-Errechnung eine solche Genauigkeit erwarten können, wie sie die von den Befürwortern des Index-Lohnes dem Index aufgezwungene Funktion als entscheidendes lohnpolitisches Instrument notwendig machen würde - dazu sind einfach die in der Sache liegenden Fehlerquellen zu groß"². Aber Pehl weist auch auf die "durch die meisten Konstruktionen gleitender Lohnskalen...besonders kraß in Erscheinung tretende Benachteiligung der Bezieher niedriger Einkommen" hin. Diese haben nämlich in der Struktur ihres Verbrauchsvolumens einen besonders hohen Anteil an Verbrauchsgütern und Dienstleistungen mit sogenannter geringer Nachfrage-Elastizität wie z.B. Nahrungsmittel, Miete, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung usw. An Preissteigerungen sind aber gerade meist diese Verbrauchsgüter des starren Bedarfs überproportional beteiligt, so daß die prozentuale Erhöhung der Lebenshaltungskosten für die Bezieher niedriger Einkommen über den vom amtlichen Index angegebenen Steigerungssatz hinausgeht"³.

bb Manipulierbarkeit des Index

Häufig kann die Bindung der Löhne an einen Index

1 Vgl. Arndt, K.D., Einige Probleme der Preisstatistik. In: Bombach, Gottfried, Gabriel, Siegfried L., Löhne und Preise, a.a.O., S.208/209.

2 Pehl, Günter, Kritische Bemerkungen zum Indexlohn-System. "Mitteilungen des WWI", Köln, 5.Jg. 1952, S.96.

3 Ebenda, S.97.

für Lebenshaltungskosten insofern auch unsicher sein, als man versucht, diesen Index von Seiten des Staates zu manipulieren. Das ist vor allem bei Indexbindungen der Fall, wo Lohnregulierungen erst erfolgen, wenn der Index der Lebenshaltungskosten um eine bestimmte Punktzahl gestiegen ist. Von staatlicher Seite wird man einer Steigerung des Index um etwa 4 Punkte durchaus noch tatenlos zusehen, wenn erst bei einer Indexsteigerung um 6 Punkte eine Lohnregulierung erfolgt. Bevor es aber zu Lohnregulierungen kommen kann, wird der Staat versuchen, diesen kommenden Lohnerhöhungen durch Subventionen bei einigen in der Indexberechnung zentralen Gütern zu begegnen.

Diese Manipulierbarkeit des Index hat in Frankreich in einem hohen Maße eine Rolle gespielt. Veit berichtet, daß im Sommer 1955 in Frankreich Preissteigerungen einsetzten, die bis 1956 im Frühjahr den Lebenshaltungskostenindex soweit ansteigen ließen, daß er eine Höhe erreichte, die gerade unter der Höhe lag, bei der eine Erhöhung sämtlicher gesetzlich garantierter Mindestlöhne eintreten mußte. In dieser Situation manipulierte die französische Regierung Teilindices so, daß der Gesamtindex nicht solch eine Höhe erreichte, daß Lohnregulierungen stattfinden mußten¹.

cc Die relative und absolute Anpassung

Entscheidend für die Beurteilung der Indexlöhne im Hinblick auf die Reallohnsicherung ist ferner die Art der Anpassung. Bei einer relativen Anpassung erhöhen sich bei Vollanpassung die Löhne um den gleichen Prozentsatz, um den der Lebenshaltungskostenindex gestiegen ist. Gerade diese Art der Anpassung ist aber durchaus nicht geeignet,

¹ Veit, Otto, a.a.O., S.170/171.

die dem Indexlohnsystem gesetzte Aufgabe zu erfüllen. Denn "sie würde bei einem Steigen der Preisniveaus die höheren Einkommen ungleich stärker anheben als die niedrigen. Bedenkt man aber, daß bestimmte Grundnahrungsmittel, wie etwa Brot, Kartoffeln usw., in Haushalten mit niedrigen Einkommen ein viel stärkeres Gewicht haben als in solchen mit höheren Einkommen, so könnte bei einer Preissteigerung die relative Anpassung gerade dieser Warengruppen eine recht unsoziale Wirkung haben"¹. Unsozial müßte, wie bereits dargestellt wurde, diese Regelung vor allem deshalb wirken, weil Preissteigerungen bei Gütern des starren Bedarfs weit stärker sind als bei den Gütern des "Wahlbedarfs", die wesentlich stärker in dem Warenkorb eines gehobenen Bedarfs vertreten sind².

Die Form der absoluten Anpassung ist bekannt geworden aus Italien³ und Dänemark⁴. Bei einer Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex um eine bestimmte Punktzahl wird ein fester Betrag in Form einer Teuerungszulage gewährt. Diese Form birgt aber, wie Arndt aufzeigt, bei langfristiger inflationärer Entwicklung die Tendenz zu einer Einkommensnivellierung in sich⁵. In Italien wie auch in Dänemark ist die absolute Lohnanpassung in ihrer Höhe differenziert nach ungelernten Arbeitern und Facharbeitern. Zudem sind in ihrer Höhe auch in Dänemark die Teuerungszulagen unterschiedlich zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen.

1 Arndt, Erich, Zur Problematik der Indexlöhne, a.a.O., S.340.

2 Arndt, K.G., Einige Probleme der Preisstatistik, a.a.O., S.208.

3 Gabriel, Siegfried L., Indexlöhne - monetär gesehen, a.a.O., S.19.

4 Skade, Rigmor, a.a.O., S.417/418.

5 Arndt, Erich, Zur Problematik der Indexlöhne, a.a.O., S.340.

3 Zusammenfassende Beurteilung

Als Ergebnis unserer Untersuchung der Auswirkung von Indexlöhnen auf die Nachfrage- und Angebotsseite zeigte sich, daß die Elastizität des Angebots bzw. der Nachfrage in Bezug auf den Preis unter der Einwirkung von Indexlöhnen wesentlich geringer wird. Das würde bedeuten, daß Preissteigerungen ein nicht mehr so starker Widerstand der Nachfrager entgegengesetzt wird und Preiserhöhungen nicht mehr einen solch großen Mengeneffekt auf der Angebotsseite nach sich ziehen wie in einer Wirtschaft ohne Indexlöhne.

In einer kurzen gesamtwirtschaftlichen Analyse hatten wir festgestellt, daß die Preissteigerungen durch Indexlöhne weiter voran getrieben werden.

Nun sind in der Realität, was das Ausmaß der Geldentwertung angeht, viele Faktoren mitbestimmend, die in unserer theoretischen Analyse unberücksichtigt bleiben mußten. So können etwa Arbeitsproduktivitätssteigerungen zu einer Minderung des durch Indexlöhne verursachten Kostendruckes führen, und damit könnte auch die Preissteigerung, die die Indexlohnsteigerung in ihrem Ausmaß induziert, geringer sein. Das Ausmaß, in dem die auf Preiserhöhungen folgenden Lohnerhöhungen wieder Preissteigerungen induzieren, ist ferner abhängig von dem Anteil der einheitlichen Lohnkosten an den totalen Kosten der Güter, die im Preisindex enthalten sind. Nach Zoeltewij ist dieser Anteil geringer in Ländern mit großem Außenhandelsvolumen im Verhältnis zum Nationaleinkommen als in solchen Ländern mit im Verhältnis zum Nationaleinkommen geringem internationalen Handelsvolumen¹. In Dänemark lag der

1 Zoeltewij, Bert, a.a.O., S.111.

Anteil der heimischen Lohnkosten an den totalen Kosten der Güter, die im Preisindex enthalten sind, bei ungefähr 23% und in den USA bei ungefähr 45%¹. Daß ein gleichartiges Indexlohnsystem ceteris paribus aus diesem Grunde in Amerika stärkere Preissteigerungen nach sich ziehen muß als in Dänemark, liegt auf der Hand. Ferner werden die Indexlöhne in geringerem Umfang den Prozeß der Preissteigerungen voran treiben, je weniger Wirtschaftssubjekte durch Indexlöhne geschützt sind.

In unserer Untersuchung war unterstellt worden, daß die Löhne sich sofort steigenden Lebenshaltungskosten anpassen. In Wirklichkeit braucht aber diese Anpassung eine bestimmte Zeit, und insofern sind die Lohn- und Preissteigerungen nicht so rasch, wie in der Analyse gezeigt wurde. Die Anpassung ist abhängig von der Änderung des Index, welche eine Anpassung nach sich zieht, und von der vorgesehenen Anpassungsperiode. Dabei entsteht ein Zeitverlust, der den Prozeß von Preis- und Lohnsteigerungen verlangsamt. Dieser Zeitverlust wird nach Liefmann-Keil bestimmt: "1. durch die Zeitspanne, welche zwischen Preiserhöhung und Bekanntgabe der Indexänderung verstreicht, 2. durch die Zeitspanne, welche zwischen der Index-Änderung und der Anerkennung der Anpassungsnotwendigkeit der Löhne vergeht, 3. durch die Zeit, die zwischen der Anerkennung höherer Löhne und ihrer Auszahlung liegt"².

Diese Abschwächung des Prozesses von Preis- und Lohnsteigerungen bedeutet aber zu gleicher Zeit, daß "das Ziel, eine Verzögerung der Anpassung der Löhne bei Steigen von Konsumgüterpreisen zu ver-

¹ Ebenda, S.112.

² Liefmann-Keil, Elisabeth, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin 1961, S.312.

hindern", nur begrenzt möglich ist¹.

Von hierher erfährt also die begrenzte Verwendbarkeit des Index selbst zur Sicherung des Real Einkommens eine weitere Minderung in seinem Brauchbarkeitswert. Ferner beeinflusst nicht nur der Anteil an importierten Gütern am Gesamtgüternvolumen die Größe und das Ausmaß der über Preis- und Lohnsteigerungen sich ergebenden Geldentwertungen, sondern der gesamte Außenhandel und das internationale Preisgefälle bestimmen diese Entwicklung mit.

Diese Größen - Arbeitsproduktivität, Außenhandel, der Anteil der einheimischen Lohnkosten an den Gesamtkosten der im Preisindex enthaltenen Güter und die Art und das Ausmaß der Indexlohnpolitik - können steigernd oder abschwächend auf die über Preis- und Lohnsteigerungen sich ergebende Geldwertminderung wirken.

Die Gefahr, die sich aus dieser Indexlohnpolitik ergibt, ist aber deshalb noch größer, weil das Instrumentarium, das zur Erhaltung des Geldwertes eingesetzt werden könnte, ebenfalls verletzt wird und die Institution, die letztlich für die Erhaltung des Geldwertes verantwortlich ist, in eine so schwierige Entscheidungssituation gebracht wird, daß sie nur selten ihre Aufgabe erfüllen kann.

Wenn Zoeltewei j meint, daß die Tatsache, daß Indexlöhne der Grund für weitere Preissteigerungen seien, nicht beweise, daß Indexlöhne unerwünscht seien², so hat er damit unseres Erachtens nur für einen Spezialfall recht: nämlich für den Fall, wo von keiner Seite ernsthaft eine Politik des stabilen Geldes betrieben wird und wo - ohne daß

1 Ebenda, S.312.

2 Zoeltewei j, Bert, a.a.O., S.112.

die Arbeitnehmer selbst Schuld daran wären oder es verhindern könnten - auf eine große Inflation zugesteuert wird. Aber für den Fall, wo sich Regierung und Notenbank ernsthaft um Geldwertstabilität bemühen, ist es wegen vermeidbarer Gefahren nicht richtig, eine Indexlohnpolitik einzuführen. Zumal deshalb nicht, weil der Schutz der Indexlöhne nicht voll ist. Ein amerikanischer Gewerkschaftsführer beurteilte den Indexlohn einmal so: "Mit dem Indexlohn ist es wie mit einem Regenschirm. Es ist eine nicht sehr wirkungsvolle Schutzvorrichtung. Man erinnert sich ihrer nur bei veränderlichem Wetter und benutzt sie auch bei Regenwetter nur ungern, und zwar deshalb, weil man trotzdem naß wird"¹.

¹ Zitiert nach: Mische, Charles, Das Problem der Indexlöhne in den USA. "Gewerkschaftliche Rundschau", 44.Jg., Bern 1952, S.101.

D Die dynamische Rente¹ - ein Versuch, Geldwert-
schwankungen zu entgehen?

I Gründe für die Dynamisierung

Nach den alten Vorschriften für die Rentenversicherung der Arbeitnehmer, Angestellten und der Knappschaft, die 1957 durch die Neuregelungsgesetze abgelöst wurden, setzte sich die Rente aus einem Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag zusammen. Der Grundbetrag war unabhängig von der tatsächlichen Lohnhöhe und den danach entrichteten Beiträgen. Der Steigerungsbetrag war hingegen abhängig von den Entgelten, und zwar lag dieser Steigerungsbetrag bei jährlich 1,2 v.H. der in den Quittungskarten eingetragenen Entgelte². Mit Ausnahme des Grundbetrages, der im übrigen in der jährlichen Rentengesamtsumme nur rund 22% ausmachte³, war die Höhe der Rente abhängig von den Entgelten des vergangenen Ar-

1 Es soll hier die Problematik dynamischer Renten an Hand der Regelung in der Bundesrepublik dargestellt werden. In anderen Ländern, wie z.B. in Frankreich und den Niederlanden, sind die Renten an den Lohnindex gebunden. In Belgien, Luxemburg und Schweden u.a. liegt eine Bindung an die Lebenshaltungskosten vor.

2 Vgl. Trode, Eduard, Grundriß der Sozialversicherung, Berlin 1950, S.99ff.

3 So lag der Grundbetrag im Jahre 1950 z.B. bei 156,-- DM jährlich, die gesamte durchschnittliche Invalidenrente aber im Jahre 1950 bei 720,-- DM jährlich. Vgl. Münzel, Hermann und Jonas, Willi, Sozialversicherung. In: Schaefers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft, Abteilung II: Öffentliches Recht und Volkswirtschaft, 40.Bd., Stuttgart - Düsseldorf 1950, S.98. Ferner: Die Invalidenversicherung in den Jahren 1949 bis 1951 in der Bundesrepublik Deutschland. - Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit, Bonn 1956, S.19.

beitslebens. Schreiber charakterisiert diese Rentenordnung als "von dem nominalistischen Grundsatz der Aequivalenz" bestimmt, d.h.: "wer 1000 DM eingezahlt hat, darf auch - und sei es 40 Jahre später - nur 1000 DM zurückerhalten"¹.

Diese Regelung mußte in einer Volkswirtschaft mit starkem wirtschaftlichem Wachstum dazu führen, daß die Rentner, relativ zu den Erwerbstätigen gesehen, immer ärmer wurden². Für eine Regierung, die dem Ziel einer sozialen Gerechtigkeit einen besonderen Rang im Rahmen ihrer Zielvorstellungen beimißt, wäre eine Regelung nach den alten Rentengesetzen nur in zwei Fällen annehmbar: nämlich dann, wenn wir eine stationäre Wirtschaft mit konstanten Preisen hätten oder wenn in einer wachsenden Wirtschaft, die bei konstanter Bevölkerungszahl durch konstantes nominelles Volkseinkommen gekennzeichnet wäre, die Steigerungen der Arbeitsproduktivität in sinkenden Preisen weitergegeben würde und dadurch eine Steigerung des Realinkommens erreicht würde.

Die von den Professoren Archinger, Höffner, Muthesius und Neundörfer im Auftrag des Bundeskanzlers

1 Schreiber, Wilfrid, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft - Vorschläge des Bundes katholischer Unternehmer zur Reform der Sozialversicherung. In: Schriftenreihe des Bundes katholischer Unternehmer, Neue Folge 3, Köln 1955, S.28.

2 Obwohl die Beurteilung fürs Ganze gesehen gilt, lag doch in der alten Methode der Errechnung der Renten schon eine gewisse Berücksichtigung der Preisentwicklung vor. "Denn eine Erhöhung des Preisniveaus wird, wenn auch möglicherweise mit einem zeitlichen "lag", regelmäßig in einer Steigerung der Einkommen ihren Niederschlag finden, die über die erhöhten Beitragszahlungen wiederum die Höhe der festgesetzten Rente beeinflußt". - Jecht, Horst, Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente. In: Schriftenreihe des Bundesarbeitsministeriums, Heft 4, Stuttgart 1956, S.26.

erstellte Denkschrift¹ zur Sozialreform versucht, diesen Mangel der Rentenversicherung, die Nichtteilnahme der Rentner an der Dynamik der Wirtschaft, zu beseitigen. Dieses vielleicht sogar bekannteste umfassende Reformprogramm wurde im Mai 1955 vorgelegt und wurde in der Folge als "Rothenfelser Denkschrift" bekannt. Ohne eine Form anzugeben, in der die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen ist, verlangen die Professoren: "Bei der Gestaltung der gesetzlichen Altersversorgung ist die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen"²; denn diese Dynamik bewirkt, "daß das Sozialprodukt und mit ihm der jeweilige Lebensstandard - nach Größe und Zusammensetzung - sich ständig ändert und daß die Kaufkraft des Geldes - auch ohne Inflation - ständig abnimmt (zum Beispiel auch zwischen 1870 und 1914). Ersparnisse, die heute für die Alterssicherung angelegt werden, haben nach 40 Jahren eine andere, und zwar geringere Kaufkraft als heute"³. Wilfried Schreiber veröffentlichte im Juli 1955 einen umfassenden Plan⁴ für die Sozialreform, der nach

1 Neuordnung der sozialen Leistungen - Denkschrift auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet von den Professoren Achinger, Hans, Höffner, Josef, Muthesius, Hans, Neundörfer, Ludwig, Köln 1955.

2 Ebenda, S.107.

3 Ebenda, S.107.

4 Schreiber, Wilfrid, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft, a.a.O., S.23ff.: Schreiber sieht in seinem Rentenreformvorschlag vor, daß jeder Arbeitstätige (im Alter von 20 - 65 Jahren) einen bestimmten Prozentsatz seines Einkommens aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit in die Rentenkasse des deutschen Volkes einzahlt. Zum 1. September eines jeden Jahres verkündet der Bundesarbeitsminister mit Gesetzeskraft das vom Statistischen Bundesamt errechnete durchschnittliche Arbeitseinkommen in der Bundesrepublik. Diese Größe ist die Meßzahl für die individuellen

Ansicht von Viola von Bethusy-Huc in ihrer Analyse über das Sozialsystem der Bundesrepublik auch den Verfassern der "Rothenfelser Denkschrift" schon als unveröffentlichter Entwurf vorlag, wenn diese Denkschrift auch einerseits wesentlich umfassender sei, andererseits aber nicht so ins einzelne gehe wie dieser Plan¹.

Im Gegensatz zur Rothenfelser Denkschrift" wurde im Schreiber-Plan auch ein konkreter Vorschlag für die Teilnahme der Rentner an der Dynamik der Wirtschaft gemacht. Schreiber sah vor, daß der einzelne Rentenberechtigte eine Rente erhalte, deren Höhe sich erstens aus seinen in Rentenanspruchspunkte umgerechneten Beiträgen und zweitens aus der Höhe des gesamten Beitragsaufkommens der Rentenversicherung des vorausgegangenen Jahres ergab. In einer eigenen Beurteilung seines Planes meint er, daß die Rentenversicherung durch diese neue Regelung von dem nominalistischen Grundsatz der Äquivalenz befreit werde. Er urteilt ferner: "Die Altersrenten nehmen vielmehr an der jeweiligen Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität teil und werden aus demselben Grunde

Rentenansprüche des darauffolgenden Jahres. In einem Rentenbuch jedes Mitglieds werden die gezahlten Geldsummen quittiert und die sich aus dem Verhältnis zwischen individuellem Beitrag und Meßzahl ergebenden Rentenanspruchspunkte vermerkt. Die Rentenkasse addiert im Dezember eines jeden Jahres die Rentenanspruchspunkte aller im kommenden Jahr Rentenberechtigten und stellt das gesamte Beitragsbruttoaufkommen in demselben Jahr fest. Der Rentenwert jedes Anspruchspunktes ergibt sich aus dem Verhältnis des Beitragsaufkommens zur Summe der Rentenanspruchspunkte.

¹ Vgl. Bethusy-Huc, Viola Gräfin von, Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1965, S.71.

immun gegen Geldwertschwankungen"¹.

Hier werden zwei Gründe für die Dynamisierung der Rente noch einmal genannt, die auch schon in der Begründung der Dynamisierung durch die "Rothenfelder Denkschrift" anklangen: das erste Motiv für die Dynamisierung ist die Teilnahme der Rentner an der allgemeinen Produktivitätsentwicklung, und das zweite Motiv ist der Schutz der Rentner gegen Kaufkraftschwankungen.

Diese beiden Motive für die Dynamisierung der Renten werden auch in der Begründung der Bundesregierung zum Gesetzentwurf zur Neuregelung der Rentenversicherung der Arbeitnehmer und Angestellten wieder angeführt.

Einmal wird auf Grund dieser beiden Motive die alte Rentenregelung, die sozialpolitisch unerwünschte Folgen zeitigt, kritisiert. Diese nicht-

1 Schreiber, Wilfrid, a.a.O., S.28.

An anderer Stelle urteilt Schreiber über die Kaufkraftsicherung als Motiv für die Rentenneuordnung so: "Was nun aber erst, wenn doch auf lange Sicht eine Geldwertminderung eintritt? Wir wollen sie unter allen Umständen vermeiden und dürfen hoffen, daß es uns gelingt. Immerhin ist dies eine gewagte Voraussetzung, auf die der realistische Wirtschaftspolitiker nicht unbedingt bauen darf. Besser ist jedenfalls eine Rentenordnung, die den Rentner davor bewahrt, wider alles Rechtsgefühl wieder der Leidtragende einer Geldwertminderung zu werden. Kommt sie nicht - nun, desto besser! Der Schreiber-Plan ist nicht als Wertbeständigkeitsklausel, sondern um der Dynamik der Realeinkommen willen erfunden worden. Psychologisch steht fest: der Schreiber-Plan verdankt seine Popularität in der breiten Masse vornehmlich der ihm eigenen Nebenwirkung, daß er das Alterseinkommen auch gegen Geldwertänderungen immunisiert". Schreiber, Wilfrid, Umlageverfahren und Kapitaldeckung in der Rentenversicherung. "Zeitschrift für Sozialreform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.66.

erwünschten Folgen ergeben sich aus zwei Gesichtspunkten:

"1. Da die Steigerungsbeträge der Renten als Vomhundertsatz der Summe aller im Lauf des Versicherten-Lebens bezogenen Nominaleinkommen berechnet werden, liegt der Realwert des nominalen Rentenbetrages im Zeitpunkt seiner Feststellung wegen der inzwischen eingetretenen Geldwertminderung schon weit unter dem Realwert der früher bezogenen Nominaleinkommen. Dies ist um so stärker der Fall, je länger die Versicherungsdauer war.

2. Die in früheren Lebensjahren wegen der geringen Produktivität auch niedrigeren Nominaleinkommen mindern die Steigerungsbeträge der Renten in der Weise, daß ihr Realwert einem Lebensstandard entspricht, der ungefähr in der Mitte der Versicherungsdauer im Durchschnitt also 20 Jahre zurückliegt"¹.

Und an anderer Stelle wird die Verhinderung dieser Benachteiligung der Rentner durch diese Reform als das positive Moment dieser Rentenreform herausgestellt, wenn davon die Rede ist, daß durch sie "die für die Rentner so nachteilige Veränderung des Lohn- und Preisniveaus" abgefangen würde².

Wollte man diese Art der Rentenanpassung einordnen in das Schema von Zwiedineck-Südenhorst, der die Gleitlohnklausel einteilt in einen aggressiven Typus und einen defensiven Typus, so kann man sagen, daß in dieser Art der Anpassung beide Typen erfaßt werden.

1 Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Bundestagsdrucksache 2437 vom 5.6.1956, Bonn 1956, S.60.

2 Ebenda, S.60.

Obwohl von diesen Programmen her und von der Begründung des Regierungsentwurfs her beides - Kaufkraftsicherung und Teilnahme an der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität - intendiert zu sein scheint, hat man seitens der Bundesregierung sich bemüht, nicht den Eindruck zu erwecken, als sei die Geldwertsicherung das erste Motiv für die Veränderung der Rentenordnung. So heißt es im Monatsbericht der Bank Deutscher Länder vom Februar 1956: "Um jedoch von vornherein klarzustellen, daß diese Anpassung nicht auf ein einfaches Mitmachen von Lohnerhöhungen hinauslaufen darf, die vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt nicht zu rechtfertigen sind, sondern vielleicht sogar inflatorische Keime bergen, ist der zur Kennzeichnung der in Aussicht genommenen neuen Rentenpolitik bisher gebrauchte, "reichlich vieldeutige Begriff der "dynamischen" Rente nicht akzeptiert, sondern durch den Terminus "Produktivitätsrente" ersetzt worden"¹.

II Darstellung der gesetzlichen Regelung in der Bundesrepublik

Die gesetzliche Neuregelung der Renten soll hier nur im Hinblick auf die Dynamisierung der Renten selbst betrachtet werden.

Zwei Momente in diesem Sachbereich waren heftig umstritten: 1. die Frage, ob für die Errechnung des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmer und Angestellten auszugehen sei vom Durchschnittsein-

1 Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, 8. Jg., Februar 1956, S.19.

kommen des Vorjahres oder ob das Durchschnittseinkommen eines mehrjährigen Zeitraumes heranzuziehen sei. Endlich war 2. auch die Frage des Automatismus in der Rentenberechnung selbst umstritten.

Schreibers Plan hatte die Heranziehung des durchschnittlichen Arbeitseinkommens des jeweiligen Vorjahres für die Anpassung vorgesehen¹. Vielfach wurden aber gerade hierin konjunkturelle Gefahren gesehen. So ist auch J.H. Müller der Ansicht, daß gerade durch diese Regelung einmal depressive konjunkturelle Situationen verschärft werden und andererseits in einer Prosperität die Gefahren, die im Aufschwung bestehen, wesentlich verstärkt werden. Müller ist der Ansicht, daß diese konjunkturellen Bedenken gegen den Schreiber-Plan sich wesentlich mildern lassen, "ohne daß man die durchaus begrüßenswerte Grundkonzeption aufgibt,...wenn man, anstatt die Renten jeweils an dem Lohneinkommen des letzten, der Rentenzahlung vorausgehenden Jahres auszurichten, sie nach dem Lohndurchschnitt der letzten 5 Jahre bemißt"². Schreiber modifiziert seinen Plan dann in einem Memorandum, das er für den Bundeskanzler und das Sozialkabinett erarbeitete, insofern, als er vorschlug, als verteilbaren Rentenfond eines jeden Jahres sollte hier nicht das Nettobeitragsaufkommen des vergangenen Jahres, sondern das arithmetische Mittel der letzten drei Jahre herangezogen werden³.

1 Schreiber, Wilfrid, a.a.O., S.24.

2 Müller, J. Heinz, Die Vorzüge einer Dynamisierung der Altersrente und ihre konjunkturellen Gefahren. "Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Jg.1956, S.41.

3 Vgl. Hensen, Hartmut, Ein Thema mit Variationen - Zu dem neuen Memorandum Dr. Wilfrid Schreibers. "Sozialer Fortschritt", Berlin, 5.Jg., 1956, S.51.

Auch in der Frage der Art der Anpassung selbst gingen die Meinungen auseinander.

Während Schreiber in seinem Plan einen Automatismus in der Rentenanpassung vorgeschlagen hatte¹, war Walter Bogs in seinem Gutachten der Ansicht, daß ein Automatismus nicht unbedingt nötig sei².

Der Arbeitgeberverband wandte sich gegen jede automatische Koppelung von Lohn- und Rentenentwicklung³. Begründet wurde diese Ablehnung zum Teil mit den gleichen Befürchtungen, die auch Prof. Röpke gegen diese Rentenreform vorbrachte. Er meinte, daß diese automatische Bindung der Renten an dasohneinkommen sich immer wieder als eine gewisse Automatisierung der Inflation erweise⁴.

Auch bei den großen Parteien des Bundestages war die Haltung gegenüber einer automatischen Anpassung sehr unterschiedlich. Die SPD trat in ihrem Entwurf für einen Automatismus in der Rentenanpassung ein⁵, während die CDU sich gegen

1 Schreiber, Wilfrid, a.a.O., S.24.

2 Bogs, Walter, Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherheit und seiner Reform, Berlin 1955, S.130.

3 Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Rentengestaltung - o.V. "Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Jg.1956, S.598. Die Haltung des Arbeitgeberverbandes wird dort so zusammengefaßt: "Die volkswirtschaftlichen Gefahren einer lohngebundenen Index-Automatik der Rentenanpassung macht sich in doppelter Richtung bemerkbar, einmal in einer Verminderung der volkswirtschaftlichen Kapitalbindung, sodann in der Herbeiführung einer erhöhten Inflationsanfälligkeit". Aus diesen beiden Gründen wendet sich der Verband gegen einen Automatismus.

4 Vgl. Tagung der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung.(o.V.), "Zeitschrift für Sozialreform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.197.

5 SPD: Alterssicherung vordringlich.(o.V.), "Sozialer Fortschritt", Berlin, 5.Jg., 1956, S.45.

einen direkten Automatismus aussprach¹.

Im Arbeiterrentenneuregelungsgesetz und im Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz vom 26.2.1957 ist in dem § 49 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes und im § 1272 des Arbeiterrentenversicherungsgesetzes vorgesehen, daß bei Veränderungen der allgemeinen Bemessungsgrundlage die Renten durch ein Gesetz angepaßt werden².

Diese allgemeine Bemessungsgrundlage wird in beiden Gesetzen als das durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten ohne Lehrlinge und Anlernlinge im Mittel des dreijährigen Zeitraumes vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgegangen ist, definiert³.

Bei dieser Anpassung, die also nicht automatisch, sondern durch Gesetz erfolgt, soll "der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen" Rechnung getragen werden⁴.

1 Lünendonk, Heinrich, Der CDU-Parteitag 1956 und die Sozialreform. "Sozialer Fortschritt", Berlin, 5.Jg., 1956, S.128.

2 Vgl. § 1272 des Gesetzes zur Neuregelung der Rentenversicherung der Arbeiter, in: Bundesgesetzblatt Teil I, 1957, S.58. Ferner: § 49 des Gesetzes zur Neuregelung des Rechtes der Rentenversicherung der Angestellten, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, 1957, S.102.

3 Vgl. Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz § 1255, in: Bundesgesetzblatt, a.a.O., S.54. Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz § 32, in: Bundesgesetzblatt, a.a.O., S.98.

4 Vgl. § 1272 des Arbeiterrentenneuregelungsgesetzes, a.a.O., S.58.

Rein technisch geht dieser Anpassungsmechanismus so vonstatten, daß "die Bundesregierung...den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes alljährlich bis zum 30. September...über die Finanzlage der Rentenversicherung der Arbeiter, die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen in dem vorausgegangenen Kalenderjahr zu berichten, das Gutachten des Sozialbeirates vorzulegen und Vorschläge für die nach § 1272 (Anpassung der Renten) zu treffenden Maßnahmen zu machen" hat¹.

Im Gesetzestext ist also keine allzu starre Bindung an die allgemeine Bemessungsgrundlage vorgesehen. Vielmehr läßt es das Gesetz etwa auch zu, daß man eine Anpassung der Renten vornimmt, die nicht genau der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage folgt, wenn die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Produktivität und des Volkseinkommens je Erwerbstätigen dies fordern. Wenn auch diese Hilfsrichtgrößen für die Anpassung der Renten reichlich ungenau formuliert sind², so wird durch sie doch eine gewisse Korrektur der Anpassung möglich, die nur der allgemeinen Bemessungsgrundlage folgt. Es ist also so, daß der Gesetzestext erstens dadurch, daß er die automatische Anpassung ablehnt,

1 Vgl. § 1273 des Arbeiterrentenneuregelungsgesetzes, a.a.O., S.58.

2 So kann unter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit genauso gut die effektive Leistung wie die potentielle Leistung verstanden werden. Ferner ist im Gesetz nicht geklärt, ob das nominelle oder reale Volkseinkommen heranzuziehen ist. Vgl. dazu: Kommentar zur Reichsversicherungs-Ordnung - 4. und 5. Buch, 6.Auflage - Hrsg. vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Weinheim 1958/65, Art. 1272, S.1-2.

und zweitens dadurch, daß er nicht unbedingt die Renten der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage folgen läßt, eine Lohn-Index-Rente ablehnt. Aber es fragt sich, ob diese vom Gesetzgeber gewollte Ablehnung sich auch in der Realität durchsetzt, oder ob man nicht doch einfach der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage folgt, ohne die Korrekturmomente, wie sie etwa in § 1272 des Arbeiterrentenneuregelungsgesetzes genannt sind, einzubeziehen. Diese Anpassung bleibt de jure dann zwar eine nicht automatische, de facto würde diese Anpassung dann aber genauso aussehen, als wenn eine Lohn-Index-Rente bestünde.

Es ist nämlich durchaus zweifelhaft, ob das Parlament und die Regierung sich etwa in einer inflationären Situation entschließen können, um der Vereitelung inflationärer Gefahren willen die Anpassung der Rente um ein geringeres Maß vorzunehmen, als der durchschnittliche Bruttoarbeitslohn gestiegen ist.

In einer Analyse des parlamentarischen Bewilligungsvorganges stellt Liefmann-Keil fest, daß die Parlamentarier sich in ihrem Verhalten durch den Vergleich von erwartetem Stimmenverlust und Stimmengewinn beeinflussen lassen, während die Wähler sich "bei der Stimmgabe an jenen Veränderungen ihrer Einkommen ausrichten, welche durch Bewilligung bzw. Nichtbewilligung zustandekamen. Die Vertreter - hier die Parlamentsmitglieder - werden auf eine solche Art veranlaßt, wenigstens in gewisser Weise den Interessen der Wähler zu genügen"¹.

Weil nun die Wähler die Einkommensänderungen vergleichen, "welche das bisherige Parlament gebracht hat, mit jenen Änderungen, welche das Par-

¹ Liefmann-Keil, Elisabeth, a.a.O., S.127.

lament nach Ansicht der Wähler bei der Wahl einer anderen Partei veranlaßt haben würde"¹, und dann ihre Stimmentscheidung fällen, wird weder die Partei, die die Regierungsverantwortung trägt und weiter behalten will, unter dem Ansatz der allgemeinen Bemessungsgrundlage als Anpassungsgröße gerade bei den sozial Schwächsten bleiben können, noch kann die Opposition dieses fordern, die noch durch Stimmenmaximierung zur Macht gelangen will.

In der Bundesrepublik ist man seitens der gesetzgebenden Körperschaften immer wieder in der Anpassung der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage gefolgt, so daß de facto doch eine Lohnindexrente vorhanden ist².

III Auswirkungen auf den Geldwert

1 Die Wirkung der Konsumumschichtung

J.H. Müller geht in einer Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der Renten-Indexautomatik aus von einer wirtschaftlichen Situation, der er "gewisse ideale Voraussetzungen" unterstellt. Er unterstellt dabei einen konstanten Bevölkerungsaufbau und eine Lohnpolitik, "die sich langfristig im Gleichschritt entsprechend der gesamtwirt-

1 Ebenda, S.128.

2 Vgl. Ehrenberg, Herbert, Gedanken über den Sozialbericht 1963. "Sozialer Fortschritt", Berlin, 13.Jg., 1964, S.33. Er stellt hier die Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlagen und der des Rentenanpassungssatzes gegenüber und zwar für die Jahre 1958/59 bis 1963.

schaftlichen Produktivität entwickelt"¹.

Unter dieser Voraussetzung steigen die Beiträge der Mitglieder der Rentenversicherung entsprechend der sich im Rahmen des Produktivitätsfortschritts erhöhenden Löhne. Wenn nun auch die zweite Finanzquelle der Renten, der Staatszuschuß, sich entsprechend erhöht², so ist es möglich, die Rente aus diesen laufenden Einnahmen genau der Produktivitätsentwicklung entsprechend zu steigern. Wir wollen zudem annehmen, die Rente folge der Lohnentwicklung des jeweils vorausgegangenen Jahres. Ferner wollen wir annehmen, die Volkswirtschaft befinde sich in einer Situation der Vollbeschäftigung. Das würde bedeuten, daß sich eine Erhöhung des Outputs nur durch Strukturverbesserungen und eine verbesserte Kapitalausstattung erreichen ließe. Nach Müller vollzieht sich in diesem Fall bei der Rentenzahlung ausschließlich eine Einkommensverschiebung. "Der von der Rentenversicherung erfaßte Teil der Bevölkerung verzichtet in Höhe der Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile - im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Kreislaufbetrachtung ist auch der Arbeitgeberanteil als Lohnbestandteil (wenn auch indirekter) zu rechnen - auf eine Quote seines Gesamteinkommens zugunsten der Rentner gegen die Zusicherung, daß er später entsprechende Rententräge von dem dann arbeitsfähigen Teil der Bevölkerung zurückerhält"³. Zudem erfolgt ein Ein-

1 Müller, J. Heinz, Die Auswirkung einer Renten-Indexautomatik auf das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität der Währung. "Politische Studien", München, Heft 77, 7.Jg., 1956, S.9.

2 Für diese Finanzierung stehen dem Staat die höheren Mittel aus dem auch zumindest entsprechend der Lohn- und Produktivitätssteigerung steigendem Steueraufkommen zur Verfügung. Selbst wenn einzelne Steuern konstant bleiben, so ist doch wegen der Progressivität der Einkommensteuertarife eine überproportionale Steigerung der Steuereinnahmen zu erwarten. Vgl. ebenda.

3 Ebenda.

kommensverzicht aller in Höhe des Staatszuschusses zugunsten der Rentner.

Ceteris paribus entspricht also der Minderung des verfügbaren Gesamteinkommens durch Beiträge und Steuern jeweils die Erhöhung des gesamten verfügbaren Einkommens durch die Rentenerhöhung. Nun bleibt zwar das gesamte verfügbare Einkommen gleich, aber die effektive Nachfrage verändert sich gleichwohl. Denn diese Verschiebung von Einkommensteilen kommt zwischen Schichten mit verschiedenen Konsumneigungen zustande. Die Konsumneigung der Rentner ist auf Grund ihres niedrigen Gesamteinkommens größer als die derjenigen, die die Beiträge zur Rentenversicherung aufbringen. Das gilt selbst dann, wenn "die Kosten der Versorgung der Berufs- und Erwerbsunfähigen und der Altersrentner von der in Arbeit und Verdienst Stehenden der gleichen Schicht aufgebracht werden" und eine sogenannte "horizontale Redistribution" vorliegt¹.

Die durch die Einkommensverschiebung erfolgte Erhöhung der effektiven Nachfrage wird bei kurzfristig konstantem Angebot zu einem Preisauftrieb führen².

Der Preisauftrieb wird aber durch die mit der Einkommensumschichtung verbundenen Nachfrageumschichtung noch verstärkt. In den Rentnerhaushalten besteht nämlich eine stärkere Tendenz zu kurzlebigen Konsumgütern als in den Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalten. Nun haben aber diese Waren

1 Jecht, Horst, Rentenreform und wirtschaftliche Entwicklung - Probleme und Gefahren. Nürnberg o.J., S.20.

2 Auch langfristig könnte diese Preissteigerung bestehen bleiben, insofern als Preissenkungen im preispolitischen Verhalten eine sogenannte Sperre vorgeschoben sein soll (ratchet - effect). Die Wirksamkeit eines derartigen ratchet-effect dürfte aber im erheblichen Umfange abhängig sein von der Konkurrenzsituation auf den jeweiligen Gütermärkten.

und Güter gerade die Eigenschaft, daß bei ihnen die Produktivitätssteigerungen unterdurchschnittlich sind¹. Bei diesen Gütern mit einer unterdurchschnittlichen Produktivitätssteigerung besteht aber, selbst wenn die Löhne der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entsprechend steigen, ein ständiger Kostendruck und von daher die Tendenz, die Kostenerhöhungen in Preiserhöhungen weiterzugeben. Diese Tendenz wird nun gerade durch die mit der Rentenanpassung verbundene Nachfrageverschiebung verstärkt.

2 Selbstvorsorge und laufende Anpassung der Renten

Selbst wenn die idealen Voraussetzungen, die wir dem obigen Modell zugrundelegten, bestehen bleiben, so könnte sich neben der preissteigenden Tendenz infolge der mit der Einkommensverschiebung verbundenen Steigerung der effektiven Nachfrage noch eine Verstärkung dieser Tendenz insofern ergeben, als das Interesse an einer Selbstvorsorge sich mindert bzw. sogar schwindet.

Diese Folgen könnten vor allem deshalb eintreten, weil man durch die Rentenneuordnung mit dazu beitragen wollte, daß der Rentner den Lebensstandard, den er in seinem Arbeitsleben erreicht hatte, beibehalten könne. Unter Verweis darauf, daß die Baraufwendungen im Alter u.a. wegen der entfallenden Arbeitswegkosten und der entfallenden Kosten für Arbeitskleidung geringer seien als während des

¹ Vgl. Schmidt, Ingo, Auswirkungen der Rentenreform auf die Stabilität des Geldwertes. Berlin 1961, S.43.

Ferner: Jecht, Horst, Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente. In: Schriftenreihe des Bundesarbeitsministeriums, Heft 4, Stuttgart 1956, S.61.

Lebensabschnittes, in dem man berufstätig ist, schlägt die "Rothenfelser Denkschrift" vor, daß etwa 75% des Arbeitseinkommens als Rente gezahlt werden sollen. Denn ein Alterseinkommen in dieser Höhe genüge, um den Lebensstandard beim Übergang zur Altersrente aufrechtzuerhalten¹.

Durch die Alterssicherung wurde also eine wirtschaftliche Vollsicherung des Alters angestrebt. Das Neuordnungsgesetz von 1957 entsprach dieser Anregung insofern, als zur Ermittlung der individuellen Rente das Verhältnis, in dem das persönliche Arbeitseinkommen zum durchschnittlichen Arbeitseinkommen stand, als persönliche Bemessungsgrundlage herangezogen wird. Von dieser Bemessungsgrundlage erhält der Rentner 1,5% für jedes anrechnungspflichtige Versicherungsjahr. Das würde bedeuten, daß ein Rentner nach 40 Jahren 60% und nach 50 Versicherungsjahren 75% seiner individuellen Bemessungsgrundlage erhielte².

Entscheidend für die mögliche Minderung der Selbstvorsorge ist aber nun nicht so sehr, daß die Rente möglicherweise eine solche Höhe von 75% der individuellen Bemessungsgrundlage erreichen kann, als vielmehr, daß dieser Lebensstandard in dieser Höhe durch die laufende Anpassung garantiert wird.

Von solch einer Vollversorgung, deren Ähnlichkeit mit der Beamtenversorgung in der Diskussion um die Rentenreform verschiedentlich herausgestellt wurde³, könnte angenommen werden, daß sie "nur

1 Neuordnung der sozialen Leistungen, a.a.O., S.103.

2 Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechtes der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Bundestagsdrucksache 2437 vom 5. Juni 1956, S.72.

3 Vgl. Arps, L., Volkswirtschaftliche Wirkungen der gleitenden Rente. "Zeitschrift für Sozialreform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.67.

noch wenig Anreize zu anderen Formen der Alterssicherung für den versicherten Teil der Beschäftigten bietet. Das wird zu einer verringerten Spartätigkeit der privaten Haushalte führen"¹. Arps beurteilt die Auswirkungen so: "Bei einer solchen Vollversorgung entfällt jeglicher Anreiz, selbst etwas für das Alter anzusparen, ob nun durch Sachsparen oder Geldsparen. 75% des letzten Aktiveinkommens als Altersbezüge entsprechen bei mittleren Arbeitnehmereinkommen etwa dem Nettoeinkommen, weil Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und anderes wegfallen"². Er ist sogar der Ansicht, daß bei vollendetem Ausbau der Rentendynamik "der Spielraum für mittelfristige Sparpläne (Erziehung und Ausbildung der Kinder) empfindlich eingeengt" werde³.

Nun ist die Kennzeichnung und die Darstellung der Folgen der dynamischen Rente durch Arps sehr global und daher auch ungenau. So erhalten nur diejenigen, die 50 Jahre gearbeitet bzw. sonstige anrechnungspflichtige Versicherungszeiten haben, 75%, und zwar nicht des letzten Aktiveinkommens, sondern der persönlichen Bemessungsgrundlage. Zudem dürfte es auch schwer sein nachzuweisen, daß selbst mittelfristige Sparpläne, wie solche für die Ausbildung der Kinder, wirklich empfindlich getroffen werden; denn bei einem großen Teil derartiger Sparer dürfte das Motiv für z.B. ein Ausbildungssparen der Wunsch sein, selbst während der Zeit der Ausbildung der Kinder nicht den einmal erreichten Lebensstandard senken zu müssen oder in finanzielle Engpässe zu gelangen.

Gleichwohl wird aber auch von anderer Seite, wie zum Beispiel von Wilhelm Röpke, darauf verwiesen,

1 Müller, J.H., a.a.O., S.11.

2 Arps, L., a.a.O., S.69.

3 Ebenda.

daß durch diese dynamische Rente ein Hemmnis für die Eigenvorsorge durch Sparen aufgebaut worden sei¹. Das IFO-Institut ist der Ansicht, daß die vorgesehene Dynamisierung der Rente bei höheren Einkommen ein Ausmaß erreicht, "das den für den Lebensunterhalt erforderlichen Mindestaufwand weit übersteigt. Da die Veranlassung zu eigener Vorsorge für Alter und Arbeitsunfähigkeit durch solche Renten geschwächt wird, würden bei Einkommensempfängern, deren Einkommenshöhe eine ins Gewicht fallende Sparkapitalbildung zuläßt, die tatsächlichen Ersparnisse aller Wahrscheinlichkeit nach erheblich abnehmen"².

Damit ist aber die Aussage von der Minderung des Sparwillens erheblich differenziert und eingeschränkt worden, und zwar gilt sie nur für den Versicherten, der sparfähig ist, also ein höheres Einkommen bezieht³.

1 Bericht über: Tagung der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (o.V.). "Zeitschrift für Sozialreform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.197.

2 Zur volkswirtschaftlichen Problematik der dynamischen Sozialrente - Untersuchung des IFO-Institutes für Wirtschaftsforschung, München, unter Mitarbeit von Rüstow, Hanns-Joachim, Berlin 1956, S.25.

3 So betrug etwa 1954 - also kurz bevor die Diskussion um die Neuordnung der Renten geführt wurde - das Resteinkommen eines Vier-Personen-Haushaltes bei einem ausgabefähigen Einkommen von 448.- DM etwa 12.- DM monatlich. "Das zeigt, daß der freiwilligen Ersparnisentwicklung in dieser Schicht von Einkommensbeziehern auf den Einzelfall keine allzu große Bedeutung zukommt". Jecht, H., Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente. Stuttgart 1956, S.63ff. - Für dieselbe Gruppe ergab sich 1964 ein sparfähiger Teil des Einkommens in Höhe von 19,14 DM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965, Stuttgart, S.529.

Andererseits könnte das Streben nach Selbstvorsorge durch Sparen insofern aber doch erheblich eingeschränkt werden, als auch Gruppen, die bislang nicht eine dynamische Altersversorgung haben, sich bemühen, ihr Alterseinkommen zu dynamisieren. "Bei denjenigen Personenkreisen aber, die in das staatliche Zwangsversicherungssystem nicht einbezogen sind; wären unter diesen Umständen wahrscheinlich nachdrückliche Bemühungen um Aufnahme in die Sozialversicherung zu erwarten. Außerdem wäre mit allgemeinen Bestrebungen zu rechnen, mit oder ohne Hilfe des Staates auf berufsständischer Ebene dynamische Rentenversicherungen mit reinem oder weitgehendem Umlageverfahren...aufzuziehen. Das hätte zur Folge, daß in solchen Zeiten die Vorsorge für Alter und Arbeitsunfähigkeit nur noch wenig zur volkswirtschaftlichen Kapitalbildung beiträgt.... Die Sparkapitalbildung der Nichtunternehmer würde sich im wesentlichen auf relativ kurzfristiges Zwecksparen beschränken. Dadurch verlöre das Sparkapital nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ an Wert"¹.

Unter unseren Voraussetzungen müßte diese Minderung des Sparens bei der unterstellten kurzfristigen Konstanz des Angebots zu Preissteigerungen führen. Zudem dürfte die Tendenz zu Preissteigerungen auch von Unternehmerseite zunehmen, insofern als die Unternehmer in ihren Investitionen gerade durch die Erhöhung der Gesamtnachfrage angeregt werden. Es wird zudem darauf verwiesen, daß auf Grund der infolge des mangelnden Sparkapitals gestiegenen Zinshöhe und Zinsbelastung die Unternehmer bemüht sein könnten, eine starke Selbstfinanzierung über die Preise zu

¹ Zur volkswirtschaftlichen Problematik der dynamischen Sozialrente, a.a.O., S.25.

erreichen¹. Nun ist aber die Zinshöhe abhängig von der Liquiditätspräferenz und der vorhandenen Geldmenge. Durch die Umverteilung zwischen Rentnern und Versicherten steigt zwar die gesamtwirtschaftliche Liquiditätspräferenz, wenn unterstellt wird, daß die Konsumneigung der Rentner höher ist als die der Versicherten und die Liquiditätspräferenz der anderen Wirtschaftssubjekte konstant bleibt. Ob es dann aber in der Tat zu einer Zinserhöhung kommt, ist abhängig davon, ob die Geldmenge in diesem Prozeß konstant bleibt. Es kann aber durchaus damit gerechnet werden, daß z.B. die Aussicht auf einen höheren Zinssatz Auslandskapital anzieht und insofern die vorhandene Geldmenge zunimmt.

3 Die Problematik der Alterspyramide

Um die Wirkung der Einkommensverschiebung bei der Renten Anpassung klar und isoliert darstellen zu können, war von der Annahme eines konstanten Bevölkerungsaufbaus ausgegangen worden. Das würde bedeuten, daß bei einer Zunahme der Rentner um x% die Zahl der Erwerbstätigen auch um x% zunähme. Diese ideale Voraussetzung ist nun in der Realität nicht gegeben. So verminderte sich, um auf den Fall der Bundesrepublik einzugehen, die Erwerbsquote von 1960 bis 1963 von 47,8% auf 46,6%². Es muß damit gerechnet werden, daß sich das Verhältnis zwischen Erwerbspersonen und Versicherten- und Witwenrentnern in den kommenden Jahren wesentlich verschlechtert. So ist zu erwarten, daß die Zahl der Versichertenrentner und Witwenrentner

1 Vgl. ebenda, S.26. Ferner: Warnung vor der dynamischen Rente (o.V.) "Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Jg.1956, S.637.

2 Vgl. Sozialbericht 1965. "Bundesarbeitsblatt", Stuttgart 1965, S.868.

aus der Arbeiterversicherung und Angestelltenversicherung von 7 558 000 im Jahre 1965 auf 9 360 000 im Jahre 1979 steigt. Gleichzeitig dürfte aber die Zahl der Versicherten in der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung nur von 18 500 000 auf 19 710 000 im Jahre 1979 unter der Voraussetzung steigen, daß die Versicherungspflichtgrenze auf 2 000.- DM monatlich erhöht würde¹. Während dieser Zeit würde sich die Belastungsquote, die sich aus dem Verhältnis von Versicherten- und Witwenrentnern der Angestelltenversicherung und Arbeiterrentenversicherung zur Zahl der Pflichtversicherten ergibt, von 0,41 im Jahre 1965 auf 0,45 im Jahre 1969 und 0,48 im Jahre 1974 und 1979 erhöhen. Das würde bedeuten, daß ungefähr zwei Erwerbstätige einen Rentner zu unterhalten hätten. In der Folgezeit dürfte die Belastungsquote dann wieder fallen, und zwar ergeben die statistischen Berechnungen, daß die Belastungsquote ab 1984 wieder, wie 1969, bei 0,45 liegen wird; auch bis 1994 dürfte diese Belastungsquote, die damit aber immer noch um 0,04 über dem Stand von 1965 liegt, konstant bleiben².

Unter diesen Voraussetzungen würden bei einer jährlichen Entgeltssteigerung von 6% in den Jahren von 1967 bis 1976 bei Konstanz der Bundeszuschüsse die Beiträge zur Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung von 14% auf 17,2% steigen müssen. In den Jahren 1977 bis 1986 müßten die Beiträge unter gleichen Voraussetzungen auf 17,3% steigen, um in den Jahren 1987 bis 1996 wieder auf 17,1% zu fallen. Bei einer Steigerung der Entgelte um 4% würde sich der Höchstsatz der Beiträge in den

1 Vgl. die versicherungstechnischen Bilanzen der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten für den 1. Januar 1961 und den 1. Januar 1963, in: Bundesratsdrucksache 252/65, S.57.

2 Ebenda, S.57.

Jahren 1977 - 1986 auf 18,3% belaufen, und bei einer Steigerung der Entgelte um nur 3% müßten die Beiträge einen Höchstsatz von 18,8% in den Jahren 1977 - 1986 erreichen¹.

Sollten die Beiträge nicht erhöht werden, so müßten die Bundeszuschüsse im ungünstigsten Falle sogar um 226,6% erhöht werden².

Die Erhöhung der Belastungsquote, die unter anderem durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges und durch die wesentlich erhöhte Lebenserwartung bedingt ist, wäre auch gegeben gewesen, wenn keine Anpassung der Renten erfolgte. Aber die Auswirkungen wären ganz andere gewesen, wenn die alte Regelung bestehen geblieben wäre. In diesem Fall wäre die auftretende Erhöhung der Belastungsquote über die mit den Nominallohnsteigerungen wachsenden Beiträge abgefangen worden. Wenn allerdings kein Nominallohnwachstum und kein Kapitalpolster der Rentenversicherung vorläge, so wäre das gleiche Problem eingetreten wie bei der Dynamisierung der Rente. Nun ist aber "in der Realität mit einem Nominallohnwachstum zu rechnen", und deshalb "bedeutet die Einführung der Indexautomatik, daß eine Finanzierungslücke zusätzlich entsteht"³.

Dieser zusätzliche Finanzbedarf der Rentenversicherung kann über erhöhte Beiträge der Mitglieder der Rentenversicherung oder durch Staatszuschüsse gedeckt werden. Würden die Beiträge erhöht, so könnten sich Preissteigerungen aus zwei Gründen

1 Ebenda, S.39.

2 Ebenda, S.39.

3 Müller, J.H., Die Auswirkungen einer Renten-Index-Automatik auf das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität der Währung, a.a.O., S.18.

ergeben. Wenn die Lohnerhöhungen genau der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entsprechend verlaufen wären, dann verbliebe produktivitätsmäßig kein Raum mehr für eine Erhöhung des Arbeitgeberanteils an den Beiträgen¹. Eine Lohnpolitik, die sich dem Ziel der Geldwertstabilität unterordnete, dürfte dann nur Lohnerhöhungen um den um die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge verminderten Produktivitätsfortschritt vornehmen, wenn keine Erhöhung des Preisniveaus erfolgen sollte. Denkbar wäre allerdings noch eine andere Möglichkeit, das Preisniveau konstant zu halten, wenn nämlich die Arbeitgeber bereit wären, diese Beitragserhöhungen als Gewinnminderung hinzunehmen. Diese Möglichkeit dürfte sicherlich unrealistisch sein. Vielmehr werden die Unternehmer versuchen, die erhöhten Beiträge, wenn die Lohnentwicklung keinen Spielraum mehr für die Beitragserhöhung ~~lassen~~ hat, über die Preise zu überwälzen.

Andererseits wäre es auch denkbar, daß die beitragspflichtigen Arbeitnehmer und Angestellten versuchten, ihre Beitragserhöhungen nicht selbst zu tragen, sondern Beitragserhöhungen über Lohnsteigerungen, die das Ausmaß der Produktivitätsentwicklung überschritten, wettzumachen. Sowohl in dem Fall, in dem die Unternehmer versuchen, ihre Beitragserhöhungen über die Preise zu überwälzen, wie in dem Fall, in dem die Arbeitnehmer ihre erhöhten Beiträge über die Löhne und die Unternehmer diese erhöhten Löhne über die Preise zu überwälzen versuchen, müßten ceteris paribus Geldwertminderungen unausweichlich sein, da sich in diesen Fällen - vorausgesetzt, die Konsumneigung der Rentner sei eins - die effektive Nachfrage genau um das Ausmaß der gestiegenen Beiträge

1 Ebenda, S.19.

erhöhte.

Ob nun die Arbeitnehmer und Angestellten versuchen werden, die von ihnen zu tragenden Beitragserhöhungen zu überwälzen, könnte unter gewissen Umständen zweifelhaft sein. Die Wahrscheinlichkeit einer Überwälzung dürfte stärker sein, je größer die jeweiligen Beitragssteigerungen, je geringer die Solidarität der Arbeitnehmer und je geringer die Verbesserung der Arbeitseinkommen ist. In je mehr Schritten und in je geringfügigeren Höhen die Beitragserhöhungen bis zu dem nötigen Prozentsatz erfolgen, um so geringer wird die Tendenz bei den Arbeitnehmern sein, ihre erhöhten Beiträge über die Löhne zu überwälzen. Preller ist der Ansicht, daß zudem wesentlich verbesserte Entgelte die Tendenz zur Überwälzung noch verringern. "Wesentlich verbesserte Entgelte stützen die Solidarität der Arbeitnehmer mit den Rentnern, die ersten werden eher bereit sein, aus ihrem vermehrten Einkommen eine erhöhte Leistung für ihre Alten zu geben, wenn nur das verbleibende Einkommen immer noch höher ist als das zuvor bezogene"¹.

Bleiben wird allerdings die Gefahr der Preisüberwälzung von Seiten der Arbeitgeber, wenn hier eine im Rahmen der gestiegenen Produktivität verlaufene Lohnpolitik keinen Platz mehr für die erhöhten Beiträge läßt. Zudem wird noch aus einem anderen Grund die Tendenz zu Preissteigerungen verstärkt, auch dann, wenn die Arbeitnehmer bereit sind, die erhöhten Beiträge zu tragen; denn diese erhöhten Beiträge und die ihnen entsprechend erhöhten Renten verstärken das Ausmaß der Einkommensverschiebung und damit auch die Gefahren einer

1 Preller, Ludwig, Gesamtwirtschaftliche Bemerkungen zur Rentendynamik. In: Normen der Gesellschaft - Festgabe für O. von Nell-Breuning S.J. zu seinem 75. Geburtstag. - Hrsg. von Achinger, Hans, Preller, Ludwig, Wallraff, Hermann-Josef, Mannheim 1965, S.277.

Preissteigerung, die sich aus der mit der Einkommensverschiebung verbundenen Erhöhung der effektiven Nachfrage und der mit der Einkommensverschiebung verbundenen Nachfrageverschiebung ergeben.

Für den Fall, daß die erhöhte Rentenbelastung aus einer Erhöhung der Staatszuschüsse zu bestreiten wäre, können die notwendigen Finanzierungsmittel aus Steuererhöhungen, Anleihen beim Publikum oder Krediten bei der Notenbank und Minderung anderer Staatsausgaben beschafft werden. Würde die Erhöhung der Staatszuschüsse aus Anleihen finanziert, so würde wiederum nur eine Einkommensverschiebung stattfinden. Das verfügbare Gesamteinkommen würde sich nicht ändern. Allerdings findet diese Einkommensverschiebung statt zwischen Einkommensgruppen mit einer sehr verschieden hohen Konsumneigung bzw. Sparneigung. Gerade in der Gruppe der Zeichner dieser Anleihen dürfte die Sparneigung relativ hoch sein, während sie in der Gruppe der Rentner nur geringfügig von null verschieden sein dürfte. Auch in diesem Fall ist also mit einer wesentlichen Erhöhung der effektiven Nachfrage zu rechnen, die ceteris paribus zu Preissteigerungen führen könnte. Werden zur Finanzierung des Rentenmehrbedarfs Kredite bei der Notenbank aufgenommen, so erhöht sich die effektive Nachfrage nicht nur um den Prozentsatz, um den sich die Konsumneigung der Rentner und der Zeichner von Anleihen unterscheiden, sondern es findet eine Erhöhung des verfügbaren Gesamteinkommens um die Höhe des Kredites statt, und die effektive Nachfrage erhöht sich voll im Ausmaß der Konsumneigung der Rentner.

Als dritte Möglichkeit der Finanzierung des Rentenmehrbedarfs käme eine allgemeine Steuererhöhung in Frage. In diesem Fall würde eine Einkommensverschiebung zwischen Steuerzahlern und Rentnern

stattfinden, ohne daß sich das verfügbare Gesamteinkommen erhöht. Auch die effektive Nachfrage würde sich nicht verändern, wenn die Konsumneigung der Steuerzahler und Rentenempfänger gleich wäre. Das dürfte aber kaum der Fall sein. So verblieb im Jahre 1964 einem Zwei-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern von einem ausgabefähigen Einkommen in Höhe von 385,78 DM nach Abzug aller Verbrauchsausgaben ein Restbetrag, der zur freiwilligen Ersparnis zur Verfügung stand, in Höhe von 9,08 DM¹. Wenn dieser Restbetrag zur Ersparnis verwandt würde, so würde sich eine Sparquote von etwa 3,35% des ausgabefähigen Einkommens ergeben. Dem steht für das Jahr 1964 eine gesamtwirtschaftliche Sparquote von 11,8% gegenüber². Das zeigt, daß auch in diesem Fall mit einer Erhöhung der effektiven Nachfrage zu rechnen ist, die bei kurzfristig konstantem Angebot zu einer Erhöhung des Preisniveaus führen muß.

Nur in dem Fall, wo der erhöhte Finanzbedarf der Rentenversicherung aus "Haushaltsmitteln" - ohne zusätzliche Steuererhöhung, ohne Anleiheauflage oder Kreditaufnahme bei der Notenbank - gedeckt würde, könnte eine Erhöhung der effektiven Nachfrage entfallen. Das wäre dann der Fall, wenn die Ausgabestruktur bei alternativer Verausgabung gleich wäre.

Wenn wir die Stärke der Preisauftriebstendenzen, die sich ceteris paribus aus der Finanzierung dieses erhöhten Rentenbedarfs ergeben, vergleichen wollen, so müssen wir feststellen, daß ein exakter Vergleich nicht möglich ist, weil keine Untersuchungen über das Sparverhalten der Arbeiter

1 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Mainz 1965, S.534.

2 Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
Jahresbericht 1965, Bonn, S.13.

und Angestellten vorliegen und ebenfalls exakte Angaben über die freiwillige Ersparnis der Rentner fehlen. Gleichwohl kann man aber diese verschiedenen Finanzierungsmethoden des Rentendefizits nach ihrer verschieden starken Auswirkung auf die Nachfrage in eine ungefähre Rangfolge stellen. Am schwächsten dürfte *ceteris paribus* der nachfragesteigernde Effekt in dem Fall sein, wo die zusätzlichen Finanzierungsmittel durch Beiträge aufgebracht werden, weil hier ein Ausgleich zwischen Altersrentnern und Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitsrentnern einerseits und Arbeitern und Angestellten andererseits erfolgt. Weil diese Gruppen beide gleichen Schichten angehören, dürfte der Unterschied in den Verwendungsmöglichkeiten des Einkommens nicht so groß sein. Stärker als diese Art der Finanzierung des Rentenmehrbedarfs dürfte *ceteris paribus* jene auf die Nachfrage und damit bei kurzfristig konstantem Angebot auf die Preise wirken, bei der eine Umverteilung zwischen allen Steuerzahlern und den Rentnern erfolgt, weil in diesem Fall auch die Personen mit sehr hoher Sparquote herangezogen werden.

Noch stärker wird *ceteris paribus* wiederum das Preisniveau beeinflusst, wenn der Rentenmehrbedarf über Anleihen finanziert wird, weil gerade diese Anleihenzeichner einen relativ hohen Anteil ihres Einkommens sparen werden, während die Sparneigung der Rentner sehr gering ist.

Am stärksten wird *ceteris paribus* die Nachfrage angeregt werden, wenn der erhöhten Rentenlast kein Konsumverzicht irgendeiner Gruppe gegenübersteht, wenn also die Rentenmehrbelastung über die Notenbank finanziert wird.

In dem anderen extremen Fall, der Finanzierung der erhöhten Rentenbelastung durch andere Haushaltsmittel der öffentlichen Hand, würde *ceteris*

paribus eventuell nicht nur jeder über die Nachfrage wirksame Preisdruck vermieden. Es könnte sogar eine Preissenkungstendenz eintreten, insofern als die Ausgabeneigung des Staates wohl 1 sein dürfte, während die der Rentner vermutlich, wenn auch geringfügig, unter 1 liegen dürfte.

4 Dynamische Rente und Lohnpolitik in Zeiten eines instabilen Preisniveaus

Wir waren in der Analyse der Wirkung der dynamischen Rente auf den Geldwert unter anderem auch von einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, die also preisneutral sein soll, ausgegangen. Dies ist eine von den verschiedenen Möglichkeiten, wie sich Löhne und Preise zueinander verhalten können. In einem anderen Fall könnten Produktivitätssteigerungen bei konstanten Löhnen in sinkenden Preisen weitergegeben werden.

Gerade dieser Möglichkeit einer Lohnpolitik stehen aber nach Ansicht Liefmann-Keils die staatliche Beschäftigungspolitik und eine elastische Geldpolitik entgegen, weil sinkende Preise auch Arbeitslosigkeit nach sich ziehen können¹.

Liefmann-Keil ist der Ansicht, daß wir es praktisch in der Wirtschaftspolitik mit zwei anderen lohnpolitischen Situationen zu tun haben, nämlich mit den Fällen, wo die Konsumgüterpreise langsamer steigen als die Löhne und wo die Konsumgüterpreise rascher steigen als die Löhne. Der erstere von diesen beiden Fällen ist der, der nach ihrer Ansicht "den eigentlichen Anlaß zur Forderung nach

1 Liefmann-Keil, Elisabeth, Rentenreform und Lohnpolitik. In: Sozialpolitik und Sozialreform. - Ein einführendes Lehr- und Handbuch der Sozialpolitik. - Hrsg. von Boettcher, Erik, Tübingen 1957, S.330.

Anpassung der laufenden Renten an die wirtschaftliche Entwicklung gegeben hat"¹ Liefmann-Keil hält die letzten beiden Fälle deshalb für realistisch, weil man "mit einer relativ elastischen Geldpolitik rechnen" muß, "die Arbeitslosigkeit indiskutabel" macht und bei der "deshalb gewisse Maßnahmen in der Geldpolitik unterbleiben"².

Hinzu kommt, daß diese staatliche Beschäftigungspolitik auch die Interessenlage von Unternehmer und Arbeitnehmer weitgehend verändert und in ihren Gegensätzen bezüglich der Lohnpolitik entschärft hat³.

Die bei den Unternehmern an und für sich schon bestehende Tendenz, "auf Lohnerhöhungen mit Preissteigerungen zu reagieren, Gewinne durch Preiserhöhungen aufrecht zu erhalten oder zu vergrößern", hat nämlich um so mehr Aussicht auf Erfolg, je höher der Beschäftigungsgrad ist, je weitgehender die Kapazitäten ausgenutzt sind und je größer die Bereitschaft zur Beschäftigungspolitik ist⁴.

1 Ebenda, S.330.

2 Ebenda, S.330.

3 Müller, J. Heinz, Die Auswirkungen einer Renten-Indexautomatik auf das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität der Währung, a.a.O., S.14.

4 Liefmann-Keil, Elisabeth, a.a.O., S.330. - Neben diesen Bedingungen weist Müller noch auf eine andere Bedingung hin, die für die Überwälzbarkeit von Lohnerhöhungen wichtig ist, nämlich der Umfang der Lohnverhandlungen. "Je umfassender aber eine Lohnverhandlung ist, desto geringer muß der Widerstand werden, der seitens der Arbeitgeber unberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer gegenüber geleistet wird; wissen die Arbeitgeber doch, daß sie alle von dieser Lohnerhöhung betroffen sind und daher jeder einzelne von ihnen sie auf die Preise überwälzen kann, soweit sie nicht durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen wird." Müller, J. Heinz, a.a.O., S.14.

Wenn diese Bedingungen zutreffen, dann ist normalerweise mit einem verringerten Widerstand der Arbeitgeber gegen Lohnforderungen zu rechnen. "Die Arbeitgeber rechnen damit, daß die Wahrscheinlichkeit relativ groß ist, die Kostensteigerung über Preissteigerungen abwälzen zu können. Diese Einstellung wird zwar nicht zugegeben, faktisch ist sie aber vielfach bestimmend"¹.

Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß man in der Wirtschaftspolitik von einem "uneasy square" spricht, wenn man bei Tarifautonomie die Ziele der Vollbeschäftigung, der Währungsstabilität und des Zahlungsbilanzausgleichs erreichen will.

Nun ist man verschiedentlich der Ansicht, daß die Dynamisierung der Renten diese Gefahr, die ständig für die Stabilität des Geldwertes besteht, verstärke, insofern als "ein weitreichendes System dynamisierter Renten die Hemmnisse für Geldwertminderungen verringern" würde, "da dann ein bisher wichtiges Argument - Rücksicht auf den Rentner - für die Aufrechterhaltung eines stabilen Preisniveaus in Fortfall käme. Der Kreis der an der Aufrechterhaltung eines stabilen Preisniveaus Interessierten würde sich verkleinern"².

Röpke meint dazu, daß "eine der letzten anti-inflationistischen Gruppen, die in unserer Zeit des monetären Zynismus und des Inflationismus noch eine gewisse Bremswirkung ausüben, nämlich die Gruppe der Sparer und Rentner auf(gelöst), ja geradezu ins gegnerische Lager hinüber(getrieben) und zu Inflationsinteressenten und Expansions-

1 Liefmann-Keil, Elisabeth, a.a.O., S.331.

2 IFO-Institut für Wirtschaftsforschung: Zur volkswirtschaftlichen Problematik der dynamischen Sozialrente, a.a.O., S.24.

gläubigen (gemacht wird)"¹.

Obwohl es volkswirtschaftlich richtig ist, daß nicht dynamisierte Renten eine gewisse Bremswirkung gegen zu weitreichende Preissteigerungen bilden, so ist doch die Art der Argumentation zweifelhaft. Es ist zwar richtig, daß die Parteien die Wähler durch eine Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse zu gewinnen suchen. Das braucht aber nicht zu heißen, daß sich die Politiker, indem sie die sozial Schwachen vor den Folgen einer inflationären Entwicklung schützen, wie es durch die dynamisierte Rente geschieht, aus der Verantwortung für eine Stabilitätspolitik entlassen haben. Darüber hinaus gibt es Sachzwänge, die die Wirtschaftspolitik zur Wahrung der Geldwertstabilität verpflichten. Ein solcher Sachzwang ist z.B. die Wahrung des Zahlungsbilanzgleichgewichtes. Zum anderen läßt das Argument Röpkes zumindest den Verdacht aufkommen, als wolle man der schwächsten Gruppe in der Gesellschaft die Bremsrolle zuteil werden lassen, die sie vom wirtschaftlichen Fortschritt ausschließt. Nell-Breuning beurteilt diese Art der Argumentation so: "Die Sozialrentner dagegen als Puffer benutzen zu wollen, um Stöße, die der Währung drohen können, abzufangen...hieß nun wirklich, sie zu ewiger Verbannung in der Eiswüste zu verurteilen"².

Volkswirtschaftlich gesehen, ist es ohne Zweifel richtig, daß die Chancen, daß auf Lohnerhöhungen keine Preissteigerungen folgen, größer sind, wenn

1 Röpke, W., Probleme der kollektiven Alterssicherung, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr.48, S.5 vom 25.2.1966. Zitiert von Hankel, Wilhelm und Zweig, Gerhard, Das Sparen und die dynamische Sozialrente. "Sozialer Fortschritt", Berlin, 5.Jg., 1956, S.74.

2 Nell-Breuning, Oswald von, Zur Diskussion um die Rentenreform - eine Rückschau. In: Wirtschaft und Gesellschaft heute, III.Bd.: Zeitfragen 1955 - 1959, Freiburg 1969, S.365.

die Renten nicht dynamisiert sind, ganz gleich, ob bei den Lohnverhandlungen aus sozialpolitischen Gründen das besondere Interesse dieser Rentner an stabilen Preisen mitberücksichtigt wird oder nicht; denn "Die Chancen, daß Lohnerhöhungen nicht zu Preissteigerungen führen, sind...um so eher gegeben, je größer der Kreis der Empfänger von fixen Einkommen (z.B. Sozialrentner) ist. In dieser Tatsache liegt die besondere Bedeutung der Rentenreform für die Lohnpolitik. Die Rentenreform mindert den Kreis der Bezieher fixer Einkommen, einen Kreis, der an sich schon eher ab- als zunimmt. ...Die Verringerung der Zahl dieser Einkommensempfänger...erhöht die Chancen für Preissteigerungen"¹.

Aber man muß - wie Liefmann-Keil - sagen, daß wichtiger als die Größe der gesellschaftlichen Gruppen, die nicht an Lohnsteigerungen beteiligt sind, die über die Produktivitätssteigerung hinausgehen, für die Stabilität der Preise die allgemeinen Bedingungen sind, wie die Höhe des Beschäftigungsgrades, die Kapazitätsausnutzung und die Bereitschaft zur Beschäftigungspolitik².

Ist ein hoher Beschäftigungsgrad gegeben, sind die Kapazitäten ausgenutzt, werden Lohnerhöhungen gefordert, die über die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung hinausgehen, ohne daß der übersteigende Betrag gespart wird, und wird eine elastische Geldpolitik getrieben, dann allerdings wird der inflationäre Druck der Lohnsteigerung durch die dynamische Rente verstärkt.

Allgemein formuliert heißt das: die dynamische Rente erhöht die Chancen von Preissteigerungen, die sich aus einer nicht geldwertneutralen Politik der Tarifpartner, der Regierung und der Noten-

1 Liefmann-Keil, Elisabeth, Rentenreform und Sozialpolitik, a.a.O., S.331.

2 Ebenda, S.331.

bank ergeben.

Diese De-facto-Lohn-Index-Rente könnte sogar in Zeiten einer großen Inflation dieselben Funktionen übernehmen, die ein Indexlohn für den Arbeitnehmer hat. Über den Indexlohn wäre die Rente selbst, wenn die Anpassungstermine der Renten genau denen der Löhne entsprächen, voll an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gebunden. Das würde bedeuten, daß die dynamische Rente in diesem Fall die Gefahren, die von dem verringerten Preisinteresse, von der Erschwerung der Notenbankpolitik und der Finanzpolitik für den Geldwert ausgehen, verstärken würde. Aber die dynamische Rente bewirkt nicht selbst diese Gefahr, sondern sie verstärkt sie nur.

IV Kritische Beurteilung der Ergebnisse

Wir haben festgestellt, daß sich die dynamische Rente mittelbar oder unmittelbar in vierfacher Hinsicht im Sinne einer Geldwertminderung auswirken kann:

1. Selbst unter den idealen Voraussetzungen, daß wir einen konstanten Bevölkerungsaufbau, eine Lohnpolitik, die sich langfristig entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entwickelt, und entsprechend sich erhöhende Beiträge und ebenfalls entsprechend steigende Steuern hätten, aus denen der Staat die steigenden Bundeszuschüsse zahlen könnte, könnte sich ceteris paribus bei einer laufenden Anpassung der Renten ein preissteigernder Effekt insofern ergeben, als die durchschnittliche Konsumneigung der Rentner auf Grund eines niedrigeren Einkommens höher sein dürfte als die der Beitragszahler.

Daß die Sparquote mit steigendem Einkommen zunimmt, weisen Untersuchungen aus den USA nach. Auf Grund einer Tabelle von Paul A. Samuelson ermittelte Schmidt die Sparquote und die marginale Sparneigung verschiedener Einkommensklassen von Stadtfamilien aus dem Jahre 1944¹.

Tabelle

Die Neigung von Stadtfamilien zu sparen und zu verbrauchen
(1944, in Dollar)

Verfügbares Einkommen nach Steuerabzug	Nettoersparnis oder Nettoent-sparung	$\frac{S}{Y}$	$\frac{dS}{dY}$
1	2	3	4
1 000	- 180	- 0,18	0,18
2 000	0	0	0,3
3 000	+ 300	+ 0,1	0,3
4 000	+ 600	+ 0,15	0,4
5 000	+ 1000	+ 0,2	0,5
6 000	+ 1500	+ 0,25	0,5
7 000	+ 2000	+ 0,286	

Dasselbe Ergebnis zeigt eine Tabelle von H. Lydall, die das Gesamt-Sparen einschließlich des Erwerbes von dauerhaften Konsumgütern für mittlere Einkommen aus dem Jahre 1952 in England darstellt².

¹ Schmidt, Ingo, a.a.O., S.74.

² Lydall, H., The Life-Cycle in Income, Saving and Asset Ownership. In: Econometrica, vol. 23, 2, 1955, S.14§. Zitiert nach: Liefmann-Keil, Elisabeth, Zum Sparen der Arbeitnehmer (Teil II). "Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Jg.1958, S.184.

Bei einem Netto-Einkommen nach Abzug der Steuern bis unter 200 Pfund ergab sich eine negative Ersparnis von - 12 Pfund, bei einem Einkommen zwischen 200 und 399 eine positive Ersparnis von 8 Pfund, in der Einkommensklasse von 400 - 599 Pfund eine Ersparnis von 27 Pfund, und in der Einkommensklasse von 600 - 999 eine von 67 Pfund.

Aus diesen beiden Angaben wird die These, daß die Sparquote bei höherem Einkommen höher und mit niedrigerem geringer ist, bestätigt.

Das genaue Ausmaß der Nachfragesteigerung durch die Umverteilung läßt sich allerdings nicht ermitteln, weil keine genauen Untersuchungen über das Sparverhalten von Rentnern und Beitragszahlern vorliegen. So werden etwa vom Statistischen Bundesamt nur Wirtschaftsrechnungen von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittleren Einkommen¹ geführt und von Zwei-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialempfängern mit geringem Einkommen². Aber bei diesen Wirtschaftsrechnungen werden zudem auch keine Sparquoten ermittelt.

Selbst wenn das genaue Ausmaß der Nachfragesteigerung durch die Umverteilung nicht ermittelt werden kann, so wird in jedem Fall mit einer Steigerung der Nachfrage zu rechnen sein, da die marginale Sparneigung kleiner als 1 ist. Das würde ceteris paribus zu Preissteigerungen führen. Allerdings wird man bei der Beurteilung der Höhe der Preissteigerungen bedenken müssen, daß die Rentner auf Grund ihres infolge der Rentenreform wesentlich erhöhten Einkommens, das im Extremfall sogar 75% der persönlichen Bemessungsgrundlage ausmacht, auch im erhöhten Ausmaß sparen können.

1 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965, Stuttgart, S.529.

2 Ebenda, S.534.

2. Die dynamische Rente erstrebt eine Vollversorgung der aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Mitglieder der Rentenversicherung der Arbeitnehmer und Angestellten. Entscheidend für eine Minderung der Selbstvorsorge in den verschiedenen Formen ist aber nun nicht so sehr, daß eine Vollversorgung der Rentner angestrebt wird, sondern daß dieser Lebensstandard in einer bestimmten Höhe durch die laufende Anpassung auch garantiert wird. Diese Dynamisierung des Alters-einkommens könnte zudem auch von anderen Kreisen, die früher wesentlich aus Selbstvorsorge zur Kapitalbildung beitrugen, angestrebt werden. Eine wesentliche Minderung des Sparens könnte im Vergleich zu einer Situation ohne laufende Anpassung der Renten über eine Erhöhung der Konsumnachfrage zu einem ständigen Druck auf die Preise führen. Diese Tendenz könnte ceteris paribus über das infolge mangelnder Kapitalbildung verstärkte Streben nach Selbstfinanzierung durch die Unternehmer verstärkt werden.

Nun ist diese Aussage von der Minderung des Sparwillens nur für solche Kreise relevant, bei denen überhaupt ein nennenswerter Beitrag zur freiwilligen Kapitalbildung geleistet wird. Wenn Jecht auf Grund der Wirtschaftlichkeitsrechnung des Statistischen Bundesamtes für einen Vier-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen für das Jahr 1954 zu der Ansicht gelangt, daß der nach Abzug der Verbrauchsausgaben von einem ausgabefähigen Einkommen von 448,- DM verbleibende Rest von 12,- DM zeige, daß der freiwilligen Ersparnisbildung in dieser Schicht von Einkommensbeziehern auf den Einzelfall keine große Bedeutung zukomme,¹ so

1 Vgl. Jecht, Horst, Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente, in: Schriftenreihe des Bundesarbeitsministeriums, Heft 4, Stuttgart 1956, S.64.

dürfte das, wenn auch abgeschwächt, für die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsrechnung, wie sie für spätere Jahre oben angegeben wurden, auch zutreffen.

Eine Untersuchung über den Prozentsatz des gesparten oder entsparten Anteils des Haushaltseinkommens für das Jahr 1950 in den USA zeigt im übrigen, daß neben dem Prozentsatz der Ruheständler und Landwirte, die positiv sparen, der der ungelernten Arbeiter und der gelernten und angelernten Arbeiter, die sparen, am geringsten ist; und dabei bewegte sich der überwiegende Anteil am Einkommen, der erspart wurde, noch in den niedrigeren Größenklassen¹.

Das Argument von der Minderung des Strebens nach Selbstvorsorge könnte also nur für diejenigen Kreise gelten, die aus sich selbst eine Alterssicherung aufbauen könnten.

Nun ist aber das Argument, daß eine soziale Sicherung das Streben nach Selbstvorsorge mindere, keineswegs unwidersprochen. Liefmann-Keil verweist auf folgenden Zusammenhang: "Mit der Sozialversicherung ist eine gewisse Sicherung gegeben. Für den einzelnen lohnt es sich danach mehr, durch eigenes Sparen zu versuchen, ein höheres Einkommen zu gewährleisten. Zunächst ist dabei an ein ergänzendes freiwilliges Vertragssparen gedacht." Nach Ansicht Liefmann-Keils hat "diese These manches für sich", vor allem wenn "für eine freiwillige ergänzende Versicherung noch Raum ist"². Für den Fall einer überwiegenden Sicherung

1 1951 Survey of Consumers Finances, Part IV, Distribution of Consumers Savings in 1950, Federal Reserve Bulletin, Sept. 1951, Table 3, S. 1063; zitiert nach: Liefmann-Keil, Elisabeth, Zum Sparen der Arbeitnehmer (Teil II), a.a.O., S. 184.

2 Ebenda.

des Alters durch staatliche Maßnahmen meint Liefmann-Keil: "Wenn dann das Interesse am Sparen weiter angeregt ist, wird es auf die Rangordnung unter den Sparformen ankommen und dies insbesondere, wenn die Sozialversicherung - wie häufig - nicht als Sparen angesehen wird. Es scheint nach allem, daß in einem solchen Falle das Sparen in dauerhaften Konsumgütern bevorzugt wird. Es wird also eine Sparform substituiert¹, die häufig überhaupt nicht als Sparen angesehen wird"². Im übrigen scheint es Liefmann-Keil, daß generell die These von der Anregung der Ersparnisbildung durch soziale Sicherung "den Bedingungen der neueren Zeit" mehr entspricht³. Für die Frage, ob die gesetzliche Altersversicherung das Streben nach Selbstvorsorge durch Sparen mindert, ist der Hinweis von Liefmann-Keil wichtig, daß die Sozialversicherung häufig gar nicht als Sparen aufgefaßt wird. Wenn das aber der Fall wäre, dann bestünde kaum ein berechtigter Grund für die Annahme, daß das Sparen als individuelle Selbstvorsorge in entscheidendem Umfange durch die Alterssicherung als kollektive Selbstvorsorge substituiert wird. Die These, daß die Alterssicherung gar nicht als Sparprozeß gesehen wird, wird auch durch eine Umfrage des Allensbacher Institutes bestätigt. Es heißt dort: "Fast scheint es so, daß gesetzliche Altersvorsorge gar nicht als Sparprozeß aufgefaßt wird"⁴.

1 Liefmann-Keil nennt folgende Sparformen:
Vertragssparen, liquides Sparen, Anlagesparen, Real-Besitzsparen (hierhin gehören die dauerhaften Konsumgüter), Sparen zum Zwecke der Schuldentrückzahlung. Liefmann-Keil, Elisabeth, Zum Sparen der Arbeitnehmer (Teil I), "Der Arbeitgeber", a.a.O., S.144.

2 Ebenda, S.184.

3 Ebenda.

4 Alterssicherung und Sparen. In: Wirtschafts- und Sozialpolitik - Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft Nr.29/1957. Zitiert nach: Schmidt, Ingo, a.a.O., S.107.

Daß die Spartätigkeit, für die neben dem Streben nach Selbstvorsorge verschiedene andere Motive vorliegen, durch die Dynamisierung der Renten nicht entscheidend geschwächt worden ist, das zeigt der Anstieg des Anteils gerade der Gruppen der Arbeitnehmer und Angestellten am Spareinlagenbestand der Sparkassen: So stieg der Anteil am privaten Spareinlagenbestand der Arbeitnehmer von 14% im Jahre 1959 auf 19% im Jahre 1964, während der Anteil der Angestellten am privaten Spareinlagenbestand von 19% auf 20% stieg¹.

Auch Preller verweist darauf, daß "sowohl das individuelle Sparen wie die Abschlüsse besonders von Klein-Lebensversicherungen...seit Einführung der dynamischen Rente in der Bundesrepublik zugenommen" haben, "ähnlich wie dies schon früher im Zusammenhang mit Verbesserungen der bisher üblichen Systeme von Sozialrenten etwa in der Schweiz zu beobachten war. Offenbar steigt an Hand konkreter Beobachtungen der Anreiz zum individuellen Sparen mit der Konsolidierung der sozialen Versicherung"².

3. Wir waren in unserer Analyse zunächst von einem konstanten Bevölkerungsaufbau ausgegangen. Diese ideale Voraussetzung ist nun aber in der Realität nicht gegeben; vielmehr müssen wir in der Bundesrepublik mit einem weiteren Anstieg der Belastungsquote rechnen. Dieser Anstieg der Belastungsquote könnte bei anderen Rentenverfahren ohne eine Erhöhung der Beiträge oder Zuschüsse abgefangen werden, bedingt aber bei laufenden Anpassungen der Renten eine wesentliche Erhöhung der Beiträge oder der Bundeszuschüsse. Wird von den Tarifpartnern diese Erhöhung der Beiträge

1 Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.:
Jahresbericht 1964, Bonn, S.25.

2 Preller, Ludwig, a.a.O., S.287.

nicht selbst getragen, so wird das *ceteris paribus* zu einer Preiserhöhung führen. Auch wenn der Staat durch Erhöhung der Bundeszuschüsse diese erhöhte Belastung auffinge, würde sich *ceteris paribus* eine Tendenz zur Preissteigerung ergeben, es sei denn, diese erhöhte Belastung der Rentenversicherung würde aus Mitteln des Bundes gedeckt, die im Haushalt bei anderen Positionen eingespart würden.

4. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik und die Lohnpolitik, die eine Erhöhung des Reallohnes über Preissenkungen erreicht, sind aus verschiedenen Gründen nicht die Lohnpolitik, mit der wir es in der Realität zu tun haben. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß der Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern auf Grund der Beschäftigungspolitik und der elastischen Geldpolitik sich wesentlich verringert hat. Die Unternehmer sind unter diesen Umständen viel eher bereit, Lohnerhöhungen, die über die Produktivitätssteigerung hinausgehen, hinzunehmen, weil sie mit einer Überwälzung dieser Mehrkosten rechnen. Die Chance dafür ist um so geringer, je mehr Wirtschaftssubjekte fixe Einkommen beziehen. Andererseits vergrößert sich die Chance, je mehr Kreise und Gruppen aus diesem Block der Bezieher fixer Einkommen ausbrechen, d.h., daß die Gefahr, daß eine nicht produktivitätsorientierte Lohnpolitik im vollen Umfang zu Preissteigerung führt, durch die laufende Anpassung der Renten verstärkt werden kann.

In dem Falle, in dem in der Lohnpolitik eine Politik des Indexlohnes mit einer Bindung an die Lebenshaltungskosten vertreten wird, würde die dynamische Rente die Gefahren dieser Politik im vollen Umfange verstärken.

Nun werden diese Gefahren einer Verstärkung der

inflationistischen Lohnpolitik dadurch entscheidend gemindert, daß bei der Rentenanpassung nicht die Lohnentwicklung des letzten vorausgegangenen Jahres zugrunde gelegt wird, sondern das durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt der letzten drei Jahre vor dem jeweiligen Anpassungstermin.

Für die Beurteilung der dynamischen Rente - gerade in diesem Zusammenhang - ist es wichtig, ein genaues Bild über ihre Größenordnung zu haben. Preller hat für das Jahr 1962 eine Zusammenstellung sämtlicher dynamisierter Renten erstellt. "zu den...rund 18 Milliarden DM für Arbeitnehmerrenten kommen noch die Handwerker-Altersrenten mit einem Betrage von rund 0,5 Milliarden DM und die (seit 1963 dynamisierten) Unfallrenten mit einem Betrage von rund 1,5 Milliarden DM hinzu, zusammen also eine dynamisierte Rentensumme in Höhe von rund 20 Milliarden DM im Jahre 1962, die jenem Bruttoentgelt von 148, Nettoentgelt von rund 123 Milliarden DM gegenüberzustellen ist, wenn man sich über die gesamtwirtschaftliche Auswirkung der Rentendynamisierung ein Bild verschaffen will"¹.

Diese 20 Milliarden DM machten 16,3% der verbrauchsfähigen Entgelte aus. Nun liegen die Sätze, um die die jeweiligen Renten derzeit erhöht worden sind, zwischen 6 und knapp 10%, was einen Wert von 1,2 bis knapp 2 Milliarden DM ausmacht².

"Die Frage ist, ob solche Mehrbeträge von 1 bis 2 Milliarden DM inflationistisch wirken. Diese Summen stehen einem Gesamt-Verbrauchs-Volumen (1962) von 192,2 Milliarden DM 'Privaten Verbrauchs' (zusätzlich 49,9 Milliarden DM Staats-

1 Preller, Ludwig, a.a.O., S.271.

2 Ebenda, S.284.

verbrauch und 90,8 Milliarden DM Investitionen) gegenüber. Nehmen wir als Durchschnittsmehrbetrag aus der Erhöhung der Renten 7,5% an, so macht dies für 20 Milliarden DM Renten 1,5 Milliarden DM aus..."¹. Preller ist der Ansicht, daß ein Betrag von 1,5 Milliarden, der eine Erhöhung des gesamten Verbrauchs um nur 0,7% bewirkt, für sich genommen und von sich aus keine inflatorische Wirkung einleiten könne². Das dürfte um so mehr richtig sein, je mehr diesen Rentensteigerungen Produktivitätssteigerungen entsprechen. Zudem wird man auch berücksichtigen müssen, daß von den Rentnern ein gewisser Teil ihres gestiegenen Einkommens, wenn auch ein geringer, zusätzlich gespart wird. Gleichwohl dürfte sich das Gewicht, das die Renten im Verhältnis zum gesamten anderen privaten Verbrauch haben, infolge der Problematik des Altersaufbaues verstärken. Ob und wie stark diese Verstärkung der Belastung sich inflationär auswirken kann, wird vor allem von der Art der Finanzierung dieses Rentenmehrbedarfs, der Bereitschaft der Beitragszahler die erhöhten Lasten zu tragen und nicht zuletzt von den allgemeinen Bedingungen abhängen, die einer Lohnpolitik vorgegeben sind.

1 Ebenda, S.284.

2 Ebenda.

C Indexgebundene Sparguthaben und indexgebundene Kredite

I Der Einfluß der Geldwertminderung auf das Sparen und die Kreditnachfrage

Keynes teilt die Gesamtheit der Einflußgrößen, die den Hang zum Verbrauch bzw. zum Sparen bestimmen, in objektive und subjektive Faktoren ein. Zu den objektiven Faktoren, zu denen er auch den Zustand der Währung bzw. Geldwertveränderungen rechnet, zählt er ferner Veränderungen im Realeinkommen, Änderungen in den Erwartungen über das Verhältnis zwischen dem heutigen und dem zukünftigen Einkommen. Den Einfluß des Zinsfußes auf den Hang zum Verbrauch bzw. Sparen hält Keynes kurzfristig für unbedeutend, "ausgenommen vielleicht, wenn es sich um ungewöhnlich große Änderungen handelt"¹.

Als die wichtigsten subjektiven Faktoren, die den Hang zum Verbrauch oder zur Ersparnis bestimmen, führt Keynes acht an. In einer zusammenfassenden Charakterisierung der subjektiven Faktoren umschreibt er diese als "die Beweggründe der Vorsicht, Berechnung, Verbesserung, Unabhängigkeit, Unternehmungslust, des Stolzes und Geizes"².

1 Vgl. zu den objektiven Faktoren:

Keynes, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung und des Geldes. Berlin 1952, S.79-82.

2 Keynes, John, Maynard, a.a.O., S.93 - Für Katona sind gerade diese Faktoren "entschieden zu allgemein", als daß sie von größerem oder überhaupt von irgendwelchem Nutzen sein könnten. Denn es ist praktisch unmöglich, mit Mitteln empirischer Untersuchungen nachzuwei-

- Fortsetzung S.111 -

Nach Keynes verändert sich nun der "Haupthintergrund subjektiver und gesellschaftlicher Antriebe nur langsam, während der kurzfristige Einfluß von Änderungen im Zinsfluß und den anderen objektiven Faktoren oft von untergeordneter Bedeutung ist...". Auf Grund dessen schließt er, "daß kurzfristige Änderungen im Verbrauch sich grobenteils auf Änderungen in der Rate stützen, in der Einkommen (in Lohneinheiten gemessen) verdient wird, und nicht auf Änderungen in dem Hang, aus einem gegebenen Einkommen zu verbrauchen"¹.

Selbst wenn Keynes also meint, daß diese objektiven und subjektiven Einflußgrößen mit Ausnahme der Veränderungen des Einkommens kurzfristig oft von untergeordneter Bedeutung seien, so dürfte das doch um so weniger für unsere Einflußgröße, den Geldwert, auch kurzfristig gelten, je stärker die Geldwertminderung ist oder je bewußter sie geworden ist. Für die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Geldwertminderung und Sparen könnte es zunächst einmal von Interesse sein festzustellen, welchen Einfluß das Erlebnis von Inflationen auf das Sparverhalten der Wirtschaftssubjekte in der sich anschließenden Zeit der Stabilisierung hat.

sen, ob die Liste der Faktoren vollständig oder unvollständig ist. Das würde in erster Linie eine Frage der Definition der Begriffe sein. Wenn diese Zusammenstellung der Faktoren von Nutzen sein sollte, müßte auch versucht werden nachzuweisen, welche Stärke die einzelnen Faktoren im Vergleich zu den anderen haben. Für Katona ist es auf Grund all dieser Schwierigkeiten nicht verwunderlich, daß Keynes selbst keinen Gebrauch von diesem Katalog macht. - Katona, George, Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer - Über die Beziehungen zwischen Nationalökonomie, Psychologie und Sozialpsychologie, Tübingen 1960, S.90.

1 Keynes, John Maynard, a.a.O., S.94.

Ausgehend von den deutschen Verhältnissen, beurteilt Wissmann den Einfluß der Inflation auf das Sparverhalten der Wirtschaftssubjekte folgendermaßen: "Zweimal in einem Menschenalter haben die deutschen Sparer grausame Enttäuschungen erlebt. Die Inflation von 1923 und die Währungsreform von 1948 haben in Verbindung mit den jeweils vorausgegangenen politischen Krisen das Vertrauen der Sparer in die Wertbeständigkeit ihrer Einlagen erschüttert. Der Spartrieb hat nicht nur für den Augenblick einen empfindlichen Schock erlitten, sondern noch lange nach bereits erfolgter Konsolidierung der Währungsverhältnisse wirkten diese bösen Erfahrungen nach"¹.

Allerdings scheinen diese Währungserschütterungen und die Erinnerung an sie, den Sparer doch nicht soweit beeinflußt zu haben, daß er auf Grund dieses unmittelbaren Erlebnisses in einem entscheidenden Umfang seine Spartätigkeit einschränkte.

Das zeigt die Entwicklung der Spareinlagen nach der Währungsreform des Jahres 1948 in Deutschland. "Von 1948 an, als die zweite große Inflation, die Deutschland innerhalb von drei Jahrzehnten erlebte, mit einer Währungsreform beendet wurde, bis 1956 hat sich der Stand der Spareinlagen bei den Kreditinstituten der Bundesrepublik von 1,6 Mrd. DM auf 23,4 Mrd. DM erhöht. Das bedeutet eine Vervierzehnfachung des Ausgangsbetrages innerhalb von 8 Jahren"². Dieses schnelle Anwachsen

1 Wissmann, Bernhard, Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer. Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen an der Universität Hamburg, Bd.15, Berlin 1960, S.112.

2 Huhle, Fritz, Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit - Zur Entwicklung des privaten Kontensparens. In: "Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung" von Voigt, Fritz, Huhle, Fritz, Müller, J.Heinz, Ehrlicher, Werner und Floss, Eberhard. "Schriftenreihe des Instituts für das Spar, Giro- und Kreditwesen", Bd.1, Berlin 1958, S.85.

der deutschen Spareinlagen "hat oft Verwunderung und auch Bewunderung erregt und zu dem Urteil geführt, daß Inflationen in der modernen Geldwirtschaft trotz ihrer vernichtenden Wirkung für das Sparkapital den Spargedanken nicht absterben lassen"¹.

Aber gleichwohl waren die Sparer vermutlich durch die Erfahrungen der Inflation und der Währungsreform kritischer geworden. Das zeigte sich in der Koreakrise, mit der auch beachtliche Preissteigerungen einhergingen. "Kennzeichnend für sie (die Koreakrise) war, daß die Auszahlungen seit dem Monat Juli 1950 infolge der weltpolitischen Spannungen und beachtlicher Preissteigerungen schlagartig stiegen, während die Einzahlungen im ganzen Jahr 1950 eine bemerkenswerte Stabilität aufwiesen. Der Umschwung setzte offensichtlich im Zusammenhang mit der beginnenden Beruhigung in der Preisentwicklung etwa Mitte 1951 ein. Die Zuwachsrate der Spareinlagen verstärkte sich in geradezu auffälliger Übereinstimmung mit der Gestaltung der Preise am Markt der Konsumgüter"².

Auch Beobachtungen aus der Zeit, die direkt auf die große Inflation von 1923 folgte, scheinen diesen Sachverhalt zu bestätigen, daß die Spartätigkeit sich zwar trotz des unmittelbaren Erlebnisses einer Inflation überraschend rasch und stark wieder entfaltete, andererseits aber die Sparer wesentlich kritischer geworden waren. So kommt Wissmann in einer Beurteilung der Spareinlagenüberschüsse bei den deutschen Sparkassen zu dem Urteil, "daß der Spareinlagenzuwachs nach Beendigung der Inflation im Jahre 1924 und in den darauf folgenden Jahren trotz aller düsteren Prognosen

1 Ebenda, S.85.

2 Wissmann, Bernhard, a.a.O., S.70.

und Befürchtungen einen nicht erwarteten Aufschwung nahm"¹.

So stieg der Einlagenüberschuß von 570 Millionen RM über 1,1 Millionen RM auf 2,367 Mrd. RM im Jahre 1928, um dann wieder zurückzugehen. Die Einzahlungsüberschüsse lagen im Jahre 1924 bei 548 Millionen RM und stiegen in den dann folgenden Jahren 1925 und 1926 auf 1,016 Mrd. und 1,357 Mrd. RM². Aber auch nach dieser Inflation war an der Anlagepolitik der Sparer festzustellen, daß die Sparer vorsichtiger und kritischer geworden waren. So urteilt Wissmann auf Grund einer Untersuchung über die Aufgliederung der Bilanzsumme der deutschen Sparkassen aus der damaligen Zeit folgendermaßen: "Trotzdem schreckten viele Sparer vor einer Anlage ihrer Gelder auf einem regulären Sparkonto infolge der noch nicht überwundenen Schockwirkung der Geldabwertung und aus Furcht vor einer erneuten Instabilität des Geldes zurück"³. "Trotz Anbahnung normaler Verhältnisse und eines extrem hohen Zinssatzes gab ein Teil der Sparkasseneinleger aus anfangs durchaus verständlichen psychologischen Hemmungen einer vergleichsweise zinslich ungünstigeren, jedoch um so liquideren Anlageform den Vorzug"⁴.

Aus der Betrachtung der Reaktion der Sparer auf die beiden Inflationen zeigt sich also, daß die Spartätigkeit in überraschendem Ausmaß sofort wieder zunahm, daß aber auch die Haltung der Sparer gegenüber Geldwertminderungen kritischer geworden ist.

Es bleibt aber nun zu untersuchen, wie sich die Sparer gegenüber einer Geldwertminderung verhalten,

1 Ebenda, S.53.

2 Ebenda, S.54.

3 Ebenda, S.57.

4 Ebenda.

die sie unmittelbar erleben.

Voigt unterscheidet die Reaktionen von Sparern auf eine Geldwertminderung danach, ob diese dem Sparer bewußt geworden ist oder nicht. Für den Fall einer Geldwertminderung, die dem einzelnen Wirtschaftssubjekt nicht bewußt ist, geht Voigt aus von einer Situation, in der sich sowohl die Einkommen als auch die Preise im gleichen Ausmaß erhöht haben, das Realeinkommen des einzelnen Wirtschaftssubjektes aber gleich geblieben ist und die Ersparnisse aus den vergangenen Perioden sich in ihrem Kaufwert verringert haben¹.

Für die Erfassung des Verhaltens des Wirtschaftssubjektes in einer solchen Situation ist entscheidend, daß sich das Wirtschaftssubjekt in seiner Vorstellungswelt "auf Grund eigener Erfahrungen und in Anlehnung an Vorbilder aus seinem Lebenskreis ein Bild darüber gemacht" hat, "wieviel es von einem Gegenstand zu einem bestimmten Preis erwerben will. Die einmal in seiner Vorstellungswelt vorhandene Nachfragekurve hat verhältnismäßig große Beständigkeit. Stößt der Haushalt nunmehr auf höhere Preise, so gilt für ihn zunächst die auf Grund der gestrigen Vorstellungswelt gebildete Nachfragekurve weiter. Güter des unelastischen Bedarfs werden zwar dennoch gekauft, andere beabsichtigte Ausgaben jedoch zunächst unterlassen"². Das heißt also, daß der Haushalt zunächst auf Grund der gestiegenen Preise insgesamt weniger kauft, und zwar kauft er weniger von den Gütern des elastischen Bedarfs "in der Hoffnung, daß die Preise demnächst wieder sinken werden. Seine Verbrauchsausgaben, gemessen am gleichbleibenden Realeinkommen, werden also für eine gewisse Zeit

1 Vgl. Voigt, Fritz, Aussagefähigkeit und Erkenntnisgrenze der modernen Wirtschaftstheorie. In: "Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung", S.40.

2 Ebenda, S.41.

insgesamt zurückgehen und sich erst später auf der ursprünglichen Basis wieder einpendeln"¹. Voigt meint, daß es nur so erklärlich sei, "daß in Zeiten leichter inflationistischer Tendenz, die die Wirtschaftssubjekte nicht als solche erkennen, die Ersparnisse vielfach ansteigen. Erst allmählich, nach Gewöhnung an das neue Preisniveau, paßt der Einkommensbezieher seine Ausgaben wieder dem gewohnten Lebensstandard an"². Allgemein formuliert kann man das Verhalten der Wirtschaftssubjekte auf nicht bewußt gewordene Geldwertveränderungen so formulieren: "Sie handeln bei der Verwendung ihrer Einkommen auf Grund der Nachfrageelastizität in Bezug auf den Preis von gestern, aber in Bezug auf das Einkommen von heute"³. Durch dieses Verhalten der Wirtschaftssubjekte erklärt es sich, daß trotz inflationärer Tendenz die Ersparnisse weiter steigen. Von diesem Fall, in dem die inflationistische Tendenz nicht bewußt wahrgenommen wird, ist jener zu trennen, in dem die Inflation und ihre Wirkung den Wirtschaftssubjekten bewußt geworden ist. Es war bereits an anderer Stelle⁴ festgestellt worden, daß dieser Übergang von der unbewußt bleibenden zur bewußt gewordenen Inflation eine längere Zeit dauern kann, vor allem dann, wenn der Grad der Geldentwertung nicht sehr stark ist. Es muß erst eine gewisse "Reizschwelle" bei den Wirtschaftssubjekten durchstoßen werden, damit sie klar erkennen, daß der Wert des Geldes nicht mehr der gleiche geblieben ist. Diese "Reizschwelle" wird u.a. auch eher durchstoßen werden, wenn die Bevölkerung, wie wir oben feststellten, durch Inflation kritischer gegenüber dem "Wertversprechen"

1 Ebenda, S.41.

2 Ebenda.

3 Ebenda.

4 Vgl. S.2 dieser Arbeit.

Geld geworden ist¹.

Wenn nun der Geldwertverfall dem Sparer bewußt geworden ist, dann wird das Sparen sich im erheblichen Umfange verringern. Aber gleichwohl wird das Sparen keineswegs gänzlich unterlassen. Es ändert "sich die Richtung, der Zweck des Sparens, die Rangordnung im Bündel der Motive..."².

Das Sparen dient in Zeiten stabilen Geldes "neben der...Befriedigung des menschlichen Geltungsbedürfnisses (Persönlichkeitskomponente) und der langfristigen Finanzierung in hohem Maße dazu, Sicherheit gegen etwaige Risiken, Krankheit, Unfall und niedriges Einkommen im Alter zu schaffen, für Familienangehörige vorzusorgen oder einen sozialen Aufstieg zu erzwingen, ohne daß in jedem Fall bei dieser allgemeinen Zielsetzung dem Sparer schon eine bestimmte künftige Verwendung vor Augen stand. Diese ungewissen Ziele des Sparens weichen nunmehr, wenn dem Sparer die dauernde Inflation bewußt wird, ganz bestimmten Vorstellungen; so wird das Kontensparen vorzugsweise zum Zwecksparen und zur Liquiditätsvorsorge. Das Sparen in Sachwerten übernimmt die Aufgabe der allgemeinen Sicherung"³.

Das Sparen wird also infolge einer Inflation zwar wesentlich zurückgehen, aber nicht ganz schwinden,

1 Wissmann meint zur Frage einer stärkeren Reagibilität der Sparer auf wirtschaftliche Erschütterungen: "So dürfen wir uns nicht wundern, daß sich die psychologische Reagibilität der Sparer auf wirtschaftliche und speziell währungspolitische Erschütterungen gegenüber früheren Jahren nicht unerheblich verstärkt hat. Als Folge der Währungskatastrophe entstand bei vielen Sparern der Eindruck, daß der Staat zwar von ihm Leistungen erwarte, aber nicht bereit ist, die Sparleistungen im Ernstfall auch anzuerkennen".
Wissmann, Bernhard, a.a.O., S.113.

2 Voigt, Fritz, a.a.O., S.43.

3 Ebenda.

vielmehr wird sich vor allem die Richtung und der Zweck des Sparens wandeln.

Mit diesem Richtungs- und Zweckwandel des Sparens ist aber zugleich eine nur kurzfristige Bindung der Einlagen verbunden. Gerade dadurch verliere aber das Sparkapital auch qualitativ an Wert.

Wenn wir die Ergebnisse unserer Analyse des Verhältnisses von Geldwertminderung und Spartätigkeit noch einmal zusammenfassen, so können wir für den Fall, daß die Geldwertminderung nicht bewußt wird, zunächst damit rechnen, daß die Ersparnisse weiter steigen. Aber dieser Fall, daß eine Geldwertminderung nicht bewußt wird, ist um so sicherer in der Realität nicht anzutreffen, je stärker die Inflationserfahrung ist. Sie macht das einzelne Wirtschaftssubjekt viel kritischer gegenüber allen wirtschaftlichen Störungen. Wenn dann eine Geldwertminderung bewußt geworden ist, so wird nicht nur eine Minderung der Spartätigkeit, sondern auch eine Verlagerung von einem langfristigen Vorsorgesparsen zu einem kurzfristigen Zwecksparsen eintreten. Ganz anders ist die Situation der Kreditnachfrager in einer Inflation. Ist die Geldentwertung dem Unternehmer etwa nicht bewußt geworden, so wird er die auf Grund der Geldwertminderung entstandenen höheren Gewinne für echte Gewinne halten und auf Grund dessen auch seine Investitionen erhöhen und damit auch seine Nachfrage nach Krediten. Ganz gleich, ob ihm die Geldwertminderung nun bewußt geworden ist oder nicht, wird ihm die Inflation zum Vorteil. Denn "während der Gläubiger eine ständige Wertminderung seines Vermögens hinnehmen muß, wird es dem Schuldner immer leichter gemacht, seine Schulden zurückzuzahlen..."¹.

¹ Bethmann, Johann Philipp, Freiherr von, a.a.O., S.188.

Wenn dem Kreditschuldner erst bewußt geworden ist, daß sich seine Schulden in ihrem realen Wert ständig vermindern, so trachtet er nicht nur danach, "daß er das Zurückzahlen möglichst lange hinausschiebt", weil jeder Tag weiterer Verschuldung ihn reicher macht¹, sondern es tritt auch das ein, was Lukas als Verhaltensweise der Wirtschaftssubjekte in einer Inflation beschreibt. Seiner Ansicht nach tritt nicht nur eine Flucht in die Sachwerte ein, "vielmehr trachtet man dann allzu gerne danach, aus der Geldentwertung große Gewinne zu ziehen. Man beansprucht Kredit, um mit den entliehenen Geldsummen Sachwerte...zu relativ noch niedrigen Preisen einzukaufen, und verkauft nach erfolgter weiterer Geldentwertung diese Sachwerte zu entsprechend erhöhten Preisen, so daß dann vielleicht ein Bruchteil des Erlöses genügt, um die Rückzahlung der inzwischen eben entwerteten Geldsumme durchzuführen"². An anderer Stelle spricht er von einer "durch die Spekulation auf die erwartete weitere Geldentwertung" bedingten zusätzlichen Kreditbeanspruchung³. Weber spricht davon, daß der Geldentwertungsprozeß "zu leichtfertigen Schuldenmachen" führe⁴. Das gilt sowohl für die Nichtunternehmer wie für die Unternehmer. Während für die Nichtunternehmer die Spekulation in Sachwerten und mit dem Geldwert zum leichtfertigen Schuldenmachen führt, wird den Unternehmern das "leichtfertige" Schuldenmachen noch dadurch erleichtert, daß sie mit einem verstärkten Konsum rechnen können, weil man auch weiterhin steigende Preise erwartet⁵.

1 Ebenda, S.188.

2 Lukas, Eduard, Geld und Kredit, Heidelberg 1951, S.56.

3 Ebenda.

4 Weber, Wilhelm, a.a.O., S.126.

5 Vgl. Bethmann, Johann Philipp, Freiherr von, a.a.O., S.190.

II Die Indexbindung der Haben- und Sollzinsen in Finnland¹

Der Ursprung der Indexbindung der Haben- und Sollzinsen in Finnland reicht zurück in das Jahr 1946. Finnland hatte damals durch den Krieg gegen Rußland Karelien verloren und damit rund 10% seines Nationalvermögens. "Einem angenommenen Grundsatz nach sollte die Restbevölkerung den...Kareliern nun 10% des restlichen Nationalvermögens abtreten.... Man machte es...so, daß der Staat, wie es hieß zugunsten der Karelier, eine sogenannte Vermögenstransfersteuer erhob, die mit durchschnittlich 2% des Vermögenswertes jährlich auf fünf Jahre veranlagt wurde. Die einfließenden Geldraten behielt der Staat für seine übersteigerten konsumtiven Zwecke, händigte aber dafür den Kareliern Ersatzobligationen aus, die mit Index vom Jahre 1945 an liefen"².

Diese Anleihen stiegen an der Börse bis auf 600%

1 Außer in Finnland wurde die Indexbindung bei den Einlagen von Kreditinstituten noch in verschiedenen anderen Ländern eingeführt. Aber mit Ausnahme Chinas, das diese Wertsicherung wieder aufgab und mit Ausnahme Finnlands ist eine derartige Wertsicherung, die fast für alle Spareinlagen galt, nirgendwo eingeführt worden. Meist blieb die Wertsicherung in den anderen Ländern auf zweckgebundene Einlagen begrenzt. So verweist Schäfer u.a. auf Bindung der Bauspareinlagen an den Baukostenindex in Israel. Vgl. Schäfer, Hans, Untersuchungen über Möglichkeiten wertgesicherten Sparens. - Diss., Mannheim 1961, S.97. - Schumann verweist auf ein anderes Beispiel zweckgebundenen Indexsparens, nämlich auf die Sparverträge zur Altersversorgung in Dänemark. - Vgl. Schumann, Franz, Sparschutz bei Kaufkraftminderung. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 19. Jg., 1966, S.690.

2 Gadolin, Axel von, Finnland - Inflations- und Index-Schule. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 10. Jg., 1957, S.373.

und waren in einem Zeitraum von 10 bis 25 Jahren tilgbar. Auf diese Indexobligationen folgten dann andere Staatsanleihen, die ebenfalls mit dem Index ausgestattet wurden, die aber lediglich den Zweck hatten, "dazu beizutragen, das jährliche staatliche Defizit zu decken. Der Staat nahm sich sogar ein Indexobligationsmonopol und schöpfte damit den Kapitalmarkt ganz ab. Alle Variationen von Steuererleichterungen wurden mit dem Index kombiniert, und schließlich wurde der Index selbst auf Vollindex (100%)- und Halbindex (50%)-Klauseln zersplittert"¹.

Diese staatlichen Indexobligationen zogen das Geld aus den Banken, und auch eine für die Sparkonten bewilligte Steuerfreiheit schuf keine entscheidende Änderung. So wurden schließlich im Mai des Jahres 1955 Indexsparkonten bei den Banken eingerichtet. Aber erst in den Jahren 1957/58 setzten sie sich bei allen Banken durch². Eine Indexbindung wurde nur für bestimmte Sparverträge gewährt. Es mußten wenigstens 30 000 Finnmark als Sparsumme angelegt werden, und die Depositen mußten auf 12 Monate gebunden werden. Die Bindung der Indexdepositen erfolgte an den amtlichen Lebenshaltungskostenindex, wobei als Basismonat der Oktober des Jahres 1951 herangezogen wurde. Ferner kann die Indexentschädigung 50% oder 100%³ sein. Bei einer hundertprozentigen

1 Gadolin, Axel von, Die Kapitalmärkte der nordischen Inflationsländer, "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 11.Jg., 1958, S.883.

2 The Index Clause System in the Finish money and capital markets - Hrsg. vom Institute for Economic Research / Bank of Finland, Oktober 1964 - Als Manuskript gedruckt, S.10.

3 Von 1959 bis 1963 wurde dann die 100%ige Indexbindung wieder außer Kraft gesetzt. Im Juni 1963 wurde sie wieder eingeführt. - Ebenda, S.10.

Bindung unterliegen die Zinsen und die Indexentschädigung der gewöhnlichen Einkommen- und Vermögensteuer, bei einer fünfzigprozentigen Bindung wird Steuerfreiheit gewährt¹.

Entsprechend der Indexentschädigung, die die Banken an die Indexsparer zu zahlen haben, wird auch von den Darlehnsnehmern, außer bei kurzfristigen Krediten und Wechselkrediten, für das Recht, geliehenes Kapital zu verwenden, neben dem Zinssatz ein Indexzuschlag gezahlt. Von den Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen sind ganz verschiedene Berechnungsgrundlagen für die Indexzuschläge geschaffen worden, die die an den Sparer zu zahlenden Indexzuschläge ausgleichen sollen. So haben sich z.B. "die Geschäftsbanken...damit begnügt, ganz einfach die Anleihenzinsen von 8% auf 9% zu erhöhen. Sie sind unter den Geldinstituten dadurch am meisten begünstigt, daß ein großer Teil ihrer Einlagen (etwa 30%) auf zinsbilligen Scheckkonten belegt ist, die nicht indexgebunden sind"². Von den Genossenschaftskassen wurde ein gemeinsamer Indexerhöhungsprozentsatz eingeführt, und zwar wurde dieser Prozentsatz errechnet nach dem Verhältnis, in dem die gesamte Indexentschädigung gegenüber den Sparern zu den gesamten Krediten steht³. "Die Sparkassen sind individueller. Innerhalb ihrer Gruppe nimmt jede Sparkasse von ihren Schuldnern das, was sie gerade benötigt, um die Ausgaben für die Indexentschädigungen der Einleger zu decken. Da dies nicht nur von den Veränderungen des Lebenshaltungskostenindex abhängt, sondern auch von dem Verhältnis der Indexeinlagen zu den Gesamteinlagen und deren Verteilung auf 50- und

1 Ekman, Karl, Erfahrungen mit der Indexbindung in Finnland. "Die Sparkasse", Stuttgart, 75.Jg., 1958, S.231.

2 Ebenda.

3 Vgl. ebenda, S.232.

100%ig gebundene Einlagen, sind die Darlehnskosten höchst unterschiedlich. Während die Summe der Zins- und Indexkosten sich bei einem Teil der Sparkassen um 9% hält, hat sie in anderen - gewiß extremen und seltenen Fällen - bis auf 15% hinausgehen können"¹.

Das Ausmaß, in dem hier die Interessen der Sparer wahrgenommen werden, ist für einen ausländischen Beobachter sicherlich überraschend, wie auch Ekman meint. Aber nicht nur das Ausmaß des Sparer-schutzes, sondern auch die Technik dieser Indexbindungen ist so verwirrend vielfältig, daß sicherlich an der Kennzeichnung dieses Systems durch L. Albert Hahn etwas Zutreffendes ist: "In Finnland, im Lande, in dem die Index-Klauseln die weiteste Verbreitung zu haben scheinen, ist die ganze Volkswirtschaft zu einem einzigen Rechenbüro geworden. Jeder ist damit beschäftigt, auszurechnen, was sich die einzelnen Glieder der Wirtschaft auf Grund der Index-Klauseln schulden..."².

Schumann berichtet nach einer knappen Analyse der finnischen Verhältnisse von Plänen, auch in Schweden durch eine Indexbindung den Geldwert verschiedener Sparformen sichern zu wollen. Und zwar hat eine königliche Kommission sich mit diesen Problemen befaßt und dem Staat geraten, eine Indexsicherung für Obligationen einzuführen. Die schwedischen Sparkassen haben aus Gründen des Sparerschutzes zudem auch die Schaffung indexabhängiger Spareinlagen gefordert³.

1 Ebenda, S.232.

2 Hahn, L. Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen, "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 10.Jg., 1957, S.502.

3 Schumann, Franz, a.a.O., S.690.

III Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Indexbindung

1 Die Auswirkung der Geldwertsicherungsklauseln auf das Sparen

Um den Einfluß von Geldwertsicherungsklauseln auf das Sparen darzustellen, ist es sinnvoll, zwischen den Auswirkungen einer Geldwertsicherungsklausel auf das kurz- und mittelfristige Sparen einerseits und das langfristige Sparen andererseits zu trennen.

Was die kurz- und mittelfristige Spartätigkeit angeht, so dürfte der Einfluß der Einführung einer Geldwertsicherungsklausel auf sie gering sein. Die kurz- und mittelfristige Spartätigkeit richtet sich vorwiegend auf ein Zwecksparen. Gerade dieses Zwecksparen erleidet in einer Inflation am wenigsten Einbuße, im Gegenteil, es kann sich sogar in einem gewissen Umfang gerade bei einer Inflation erhöhen, insofern als gerade das Sparen in Sachwerten die Rolle der allgemeinen Sicherung übernimmt¹. Nach Einführung einer Geldwertsicherungsklausel wäre es durchaus vorstellbar, daß das kurz- und mittelfristige Sparen zurückginge, insofern als die Sparer wieder bereit wären, auch langfristig zu sparen.

Aus einem anderen Grund wäre es aber denkbar, daß die kurz- und mittelfristige Spartätigkeit doch zunähme. Es würde dann vorstellbar sein, wenn mit der Einführung einer Geldwertsicherungsklausel eine Erhöhung des Realzinses verbunden wäre. Nehmen wir an, es wäre bislang ein durchschnittlicher Zinsfuß von 4 1/2% für Spareinlagen bei einer Steigerung des Lebenshaltungskostenindex um etwa 3% in einer bestimmten Periode gültig gewesen.

1 Vgl. S. 117 dieser Arbeit.

In diesem Fall würde man vermutlich kaum den Realzins, der ja durch die Einführung einer Geldwertsicherungsklausel sichtbar wird, auf dem alten Stand stehen lassen, sondern diesen Realzins erhöhen. Auf Grund dieser Erhöhung wäre eine Spartätigkeit möglich. Nun übt aber, wie Wissmann meint, die Höhe des Zinses vor allem "auf die Spartätigkeit der kurz- und mittelfristigen Zwecksparer - hierin sind sich Theoretiker und Praktiker einig - keinen Einfluß aus"¹. Nach Wissmanns Ansicht sind dafür "die Sparbeträge und das durch den Zins erreichbare Agio zu gering. Auch etwaige, während der Dauern der Sparperiode vorkommende Zinsschwankungen lassen die kurz- und mittelfristigen Zwecksparer unbeeinflußt"².

Lubasch meint nun, daß eine wesentliche Steigerung des Kreditangebotes durch Geldwertsicherungsklauseln weniger bei sicheren Erwartungen eintrete als bei unsicheren Erwartungen, "wo durch die Geldwertsicherungsklauseln das Risiko von Verlusten oder Gewinnen bei nicht zutreffenden Erwartungen eliminiert werden kann"³. Diese Feststellung dürfte in ihrer allgemeinen Formulierungs-

1 Wissmann, Bernhard, a.a.O., S.15.

2 Ebenda. - Auch auf die langfristige Spartätigkeit als ein Vorsorgesparen gegen allgemeine Risiken dürfte eine Zinserhöhung kaum einen wesentlichen Einfluß haben. Wissmann weist darauf, daß gerade die Sozialversicherung und der Zwang zum Abschluß einer Alterssicherung die Zinsreagibilität auf diesem Sparssektor wesentlich verringert hat. "Ihre Zinsempfindlichkeit oder besser Zinsreagibilität erscheint bedeutend geringer als etwa in früheren Jahren, in denen viel mehr Sparer gezwungen waren, durch freies Sparen für ihren Lebensabend Vorsorge zu treffen. Sie mußten bei Zinsfußänderungen mit einer Vergrößerung oder Minderung ihrer Altersrücklage rechnen und dementsprechend meist durch vermehrtes Sparen einen Ausgleich herbeizuführen trachten". -

3 Ebenda, S.16/17.

art zumindest nicht für das kurz- und mittelfristige Zwecksparen zutreffen, insofern als bei unsicheren Erwartungen nach Einführung von Geldwertsicherungsklauseln sich eine Tendenz von dem durch die Inflation bedingten Zwecksparen zum langfristigen, geldwertgesicherten Sparen ergeben könnte.

Wenn man trotzdem häufiger davon spricht, daß Geldwertsicherungsklauseln geeignet sind, die Spartätigkeit zu beleben¹, so scheint man, selbst wenn man es nicht ausspricht, vor allem die langfristige Spartätigkeit zu meinen; denn gerade sie leidet in einer Inflation am meisten, weil bei dieser Sparform auf Grund der Unsicherheit der Erwartungen die Spartätigkeit sehr stark nachläßt. Durch die Geldwertsicherungsklausel würde das Risiko der Entwertung ganz vom Sparer genommen, und es wäre denkbar, daß infolgedessen die langfristige Spartätigkeit wieder zunähme. Aber es ist keineswegs sicher, daß die Geldwertsicherungsklauseln dazu führen, daß die langfristige Spartätigkeit sich wesentlich erhöht; denn es ist durchaus ungewiß, ob Geldwertsicherungsklauseln ein Ersatz für das ursprüngliche und ungeschwächte Vertrauen zum Geld sein können. Gerade auf diesen Sachverhalt weist auch Schmolders hin: "Auch das Zur-Verfügung-Stellen angeblich geldentwertungsgeschützter Sparformen (Goldklausel,

1 Vgl. dazu Schäfer, Hans, a.a.O., S.95. -

Auch Rudolf Stucken meint: "Wir sehen auch als eine wesentliche Konsequenz der Sicherung des Sparens, daß die Neigung zum Geldsparen dadurch erhöht und die Neigung zum Konsum oder zur eigenen Investition dadurch gemindert wird,..." Stucken, Rudolf, a.a.O., S.124. - Oder auch Lubasch: "Die Sparneigung wird durch die Möglichkeit, das Risiko von Tauschwertänderungen des Geldes mit Hilfe der Geldwertsicherungsklauseln zu eliminieren, erhöht bzw. die Neigung zum Entsparen vermindert". Lubasch, Kurt, a.a.O., S.57.

Indexkonten) ist kein Ersatz für ursprüngliches und ungeschwächtes Vertrauen zum Geld; ein durch die Ratio gefiltertes, mit Vernunftgründen oder juristischen Klauseln geschütztes Geldwertbewußtsein ähnelt bestenfalls einer kühl berechnenden Spekulation à la hausse des Geldwertes, nicht aber dem echten Sparen, dessen Motive tief im Unterbewußtsein verankert liegen"¹. Schmölders ist der Ansicht, daß "eine mit Geldwertsicherungsklauseln operierende Sparwerbung die in dieser Tiefenschicht stets lauernden Angstkomplexe" eher aktiviert, "als daß sie sie beruhigt; die in das wache Bewußtsein gehobene Möglichkeit einer Geldentwertung, wie sie von diesen Sparformen angedeutet wird, kann nur abschreckend wirken"². Geldwertsicherungsklauseln sind also nach Schmölders Ansicht nicht geeignet, das ursprüngliche Vertrauen zum Geld zu ersetzen, sie sind vielmehr geeignet, das Mißtrauen gegenüber dem Geldwert zu verstärken. Daß ihre Wirkung auf die Sparrer insgesamt nur abschreckend sein kann, mag vielleicht in dieser allgemeinen Formulierung nicht ganz zutreffend sein, aber das kann zumindest für die Wirtschaftssubjekte gelten, die bei Einführung der Geldwertklauseln die Geldwertillusion verlieren, und vor allem auch für die, die die Einführung der Geldwertsicherungsklauseln als eine Kapitulation des Staates vor der unvermeidlichen Inflation ansehen.

Auch wird die Angst, der Staat könne die Geldwertsicherungsklauseln wieder aufheben, viele Wirtschaftssubjekte veranlassen, von einer vermehrten Spartätigkeit abzusehen. Diese Gefahr besteht vor allen Dingen dann, wenn der Staat sich ent-

1 Schmölders, Günther, Ermutigung zum privaten Eigentum. - Geld, Konsum, Sparen - und neue Wege hierzu. "Die politische Meinung", Köln, Jg. 1957, Heft 16, S. 34.

2 Ebenda.

schließt, zu einer Politik der Geldwertstabilität zurückzukehren. In solchen Fällen können bestehende Indexverpflichtungen, die man auch nach dem Beginn der Stabilisierungspolitik noch bestehen ließe, gerade das Bemühen um Währungsstabilität in seinem Ausgang gefährden. Hahn weist gerade auf diesen Sachverhalt hin, wenn er sagt: "Logischerweise wurden dann auch in einigen inflationsgeplagten Ländern als Vorstufe der Währungsstabilisierung alle Indexklauseln für ungültig erklärt"¹.

Für die Goldklauseln weist auch Rudolf Stucken auf diesen Sachverhalt hin: "Weniger glücklich war dann allerdings das Schicksal der Goldklauseln in solchen Zeiten, in denen die Währungsstabilität, die mit großen Opfern in den zwanziger Jahren wiederhergestellt worden war, von neuem bedroht wurde"². Er denkt dabei zunächst an die Abwertungen in den dreißiger Jahren, in denen die Goldklauseln u.a. in den USA und Danzig abgeschafft wurden, und in anderen Ländern, z.B. Schweden und Norwegen, wurde die Verwirklichung von Ansprüchen aus Goldklauseln stark eingeschränkt. Auch in Deutschland wurde damals seiner Ansicht nach die Goldklausel beseitigt, "als ihre Bewährung in Frage kam"³.

Aber auch aus einem anderen Grunde ist die stete Gefahr gegeben, daß der Staat die Geldwertsicherungsklauseln aufhebt. Gerade darauf weist der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft hin: "Was den Staat angeht, so bleibt bei der in seiner Person gegebenen Identität von Gesetzgeber und Schuldner die große

1 Hahn, L. Albert, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963, S.195.

2 Stucken, Rudolf, a.a.O., S.126.

3 Ebenda.

Gefahr bestehen, daß er im entscheidenden Augenblick die ihn betreffenden (oder alle) Wertsicherungsklauseln auflöst"¹. Gerade dieser Hinweis auf die Doppelrolle des Staates als Gesetzgeber und Schuldner ist wesentlich. Denn der Staat befindet sich als Schuldner von wertgesicherten Krediten in einer sehr schwierigen Lage, worauf Kerschagl hinweist. Nach seiner Ansicht liegt das Hauptproblem der Wertsicherungsklauseln darin, "daß man Verpflichtungen mit Wertsicherung praktisch nur dann eingehen kann, wenn man seinerseits eine "Rückendeckung" hierfür besitzt. Und wenn wir den Staat oder die öffentliche Hand unter dem Gesichtspunkt betrachten, so kommen wir...zu dem Schluß, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Leiter der Finanzen staatliche Anleihen mit Wertsicherung nur dann ausgeben kann, wenn er seinerseits die Möglichkeit besitzt, zur Deckung der daraus erwachsenden Ausgaben gegebenenfalls Einnahmen zu erzielen, welche nach dem gleichen Wertsicherungsfaktor verändert werden können"². Gerade das ist aber beim Staat kaum möglich. Man könnte sich dieser Tatsache gegenüber nach Ansicht Kerschagls zwar auf den Standpunkt stellen, "daß der Staat im Bedarfsfall einfach nur die erforderlichen Steuergesetze zu erlassen brauchte. Nichts aber wäre in Wirklichkeit falscher als ein solcher rein formaler, von einer fiktiven Omnipotenz des Staates ausgehender Standpunkt, der letzten Endes in einem erfolglosen Wettlauf zwischen Einnahmen- und Ausgabensektor

1 Der Wirtschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: Gutachten vom 24. Februar 1957: Problem von Index- und Preisgleitklauseln, S.19.

2 Kerschagl, Richard: Wertsicherungsklauseln in Österreich. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 6.Jg., 1953, S.239.

enden müßte"¹. Gerade diese Schwierigkeit bringt den Staat sehr leicht, vornehmlich aber in Zeiten einer stärkeren Inflation, dahin, alle Wert-sicherungsklauseln aufzulösen; denn die Auflösung der allein den Staat betreffenden Klauseln, von der der Wissenschaftliche Beirat als Möglichkeit spricht, würde den Staat gerade bei dann folgenden neuen Anleihen in eine schwierige Situation bringen. Es würde seine eigenen Anleiheformen gegenüber den privaten Anleiheformen diskriminieren, die auch weiterhin wertgesichert wären.

Durch Einführung der Geldwertsicherungsklauseln bedingtes verstärktes Mißtrauen in die Währung und Mißtrauen gegenüber der Wertbeständigkeit der Wertsicherungsklauseln werden um so stärker die positive Tendenz auf die langfristige Spar-tätigkeit schwächen, die davon ausgehen könnte, daß der Sparer kein Risiko mehr zu tragen braucht, je stärker der Grad der Inflation ist². Denn gerade dann werden die Wirtschaftssubjekte weit mißtrauischer gegenüber diesen Klauseln sein als in Zeiten einer schleichenden Inflation.

2 Die Einführung einer Indexbindung bei den Soll-
zinsen und ihre Auswirkung auf die Kreditnachfrage

a Die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten

Wir wollen bei unserer Analyse davon ausgehen, daß - wie in Finnland - trotz Einführung eines wert-gesicherten Kredites auch nicht wertgesicherte Kredite noch zur Verfügung gestellt werden. Jeder Anbieter und Nachfrager soll frei zwischen diesen beiden Kreditformen wählen können. Es soll zudem

1 Ebenda, S.239.

2 Ebenda.

angenommen werden, daß der wertgesicherte Kredit an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gebunden ist, und daß alle Wirtschaftssubjekte die gleichen Erwartungen bezüglich der Entwicklung des Indexes haben. Für die Nachfrage nach Krediten könnte die Frage von Bedeutung sein, ob die Geldwertsicherungsklausel den Kreditnehmer stärker belastet.

Bei Prüfung dieser Frage soll von einer Situation ausgegangen werden, in der der Zins für wertgesicherte Kredite bei etwa 4% liegt, während der Zinssatz für nicht wertgesicherte Kredite bei 6% liegt. Herrscht nun bei den Kreditnachfragern die gleiche Erwartung, daß innerhalb des Zeitraumes, für den der Kredit gewünscht wird, mit einer Preissteigerung von 4% zu rechnen ist, so wird sich die allgemeine Nachfrage nach Krediten auf den nicht wertgesicherten Kredit richten, weil er billiger zu sein scheint als der wertgesicherte. Die Nachfrage wird sich so lange auf den nicht wertgesicherten Kredit richten, wie er noch nicht einen Zins von 8% erreicht hat. Erst bei diesem Zinssatz würde es kostenmäßig für den Nachfrager gleichgültig sein, welchen Kredit er nachfragt, denn dann würde sich bei einer erwarteten Preissteigerung von 4% ein Ausgleich in den entstehenden Kreditkosten zwischen dem wertgesicherten und dem nicht wertgesicherten Kredit ergeben. In diesem Fall würden "ex ante beide Kreditformen als gleich günstig erscheinen"¹.

Aber auch dann, wenn wir die Annahme einer gleichen Erwartung aller Wirtschaftssubjekte fallen lassen, bildet sich ebenfalls eine Zinsdifferenz zwischen geldwertgesicherten Krediten und nicht geldwertgesicherten Krediten, "die nun allerdings nur allgemeine Erwartungen sichtbar werden läßt. Mit Rücksicht auf die individuellen Erwartungen

¹ Lubasch, Kurt, a.a.O., S.27.

wird dann eine Kreditform günstiger als die andere. Erwartet jemand eine größere Preisänderung des Wertmaßstabes der Geldwertsicherungsklauseln, als die Zinsdifferenz ausgleichen könnte, wird er sich als Anbieter für einen wertgesicherten Kredit und als Nachfrager für einen nicht wertgesicherten Kredit entscheiden. Erwartet jemand eine geringere Preisänderung des Wertmaßstabes als im Zins antizipiert wird, wird er als Nachfrager eine Geldwertsicherungsklausel und als Anbieter einen nicht wertgesicherten Kredit bevorzugen.

Daß die allgemeinen Erwartungen dennoch in der Zinsdifferenz zum Ausdruck kommen, wird dadurch bewirkt, daß die abweichenden Erwartungen durch Bevorzugung der einen oder anderen Kreditform auf die Zinsdifferenz einwirken;..."¹.

Wenn nun die Preissteigerungen bei gleicher Erwartung aller Wirtschaftssubjekte oder durch die allgemeine Erwartung richtig antizipiert worden sind, so wird der wertgesicherte Kredit den Kreditnachfrager nicht stärker belasten als der nicht wertgesicherte. Beim nicht wertgesicherten Kredit erfolgt der Ausgleich für die Geldwertminderung in gleicher Höhe wie beim geldwertgesicherten. Beim nicht geldwertgesicherten Kredit würde dieser Ausgleich über den Zins und beim geldwertgesicherten Kredit über einen Indexaufschlag erfolgen².

Insgesamt gesehen unterscheiden sich beide Kreditformen bei zutreffender Antizipation der zukünftigen Preissteigerungen "dann nur noch durch den Zeitpunkt, an dem die gesunkene Kaufkraft des ursprünglichen Kreditbetrages durch den Schuldner ausgeglichen werden muß"³. Während derjenige, der

1 Ebenda, S.28.

2 Ebenda.

3 Ebenda.

einen nicht wertgesicherten Kredit in Anspruch nimmt, während der Laufzeit des Kredites einen höheren Zinsbetrag zu entrichten hat, hat derjenige, der einen wertgesicherten Kredit in Anspruch nimmt, während der Laufzeit des Kredites weniger zu zahlen, dafür am Ende der Kreditlaufzeit aber ein Aufgeld. Es wäre höchstens denkbar, daß sich die Kosten für den wertgesicherten Kredit insofern im Vergleich zum nicht wertgesicherten Kredit verbilligen ließen, als der Kreditnehmer eines wertgesicherten Kredites den Differenzbetrag zwischen dem Zins für geldwertgesicherte Kredite und nicht wertgesicherte Kredite zinsbringend anlegte.

Wenn wir diesen Aspekt einmal außer acht lassen, so ergäbe sich also keine unterschiedliche Belastung durch beide Kreditformen und damit auch kein negativer Effekt auf die Nachfrage nach einer der beiden Kreditformen.

Der Fall, daß beide Kreditformen als gleich günstig erscheinen, dürfte allerdings nur dann möglich sein, wenn einigermaßen exakte Anhaltspunkte für die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte bestehen. Diese Anhaltspunkte dürften aber nur für die kurzfristige Betrachtung und eventuell noch für eine mittelfristige Betrachtung gegeben sein und zudem nur in Zeiten, in denen die Inflation noch kein großes Ausmaß angenommen hat. Nur dann ist es also auch denkbar, daß beide Kreditformen nachgefragt werden und auch angeboten werden, weil eine einigermaßen zuverlässige Antizipation der Preisentwicklung nur unter diesen Bedingungen erfolgen kann.

Es bleibt zu untersuchen, wie die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten auf die Einführung dieses wertgesicherten und nicht wertgesicherten Kredites reagiert.

Für den Fall, daß beide Kreditformen eingeführt

werden, dürfte sich der Zins für den nicht geldwertgesicherten Kredit insofern erhöhen, als neben einer zufriedenstellenden Verzinsung auch ein voller Ausgleich für die zu erwartenden Preissteigerungen erfolgt. Diese Erhöhung des Zinssatzes, die faktisch, wenn man Indexzuschlag und Zins zusammenrechnet, auch beim wertgesicherten Kredit vorliegt, könnte die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten hemmen.

Lutz hat die Auswirkungen einer Zinserhöhung auf die kurz- und mittelfristige Nachfrage nach Krediten untersucht. Um die Auswirkung einer Zinserhöhung auf diese Nachfrage festzustellen, muß man seiner Ansicht nach für den Produktivgüterbereich davon ausgehen, daß in einer dynamischen Wirtschaft Maschinen sehr leicht technisch überholt werden; deshalb legt man bei den Rentabilitätsberechnungen in der Praxis, um dessen Unsicherheiten zu begegnen, eine sehr viel kürzere Lebensdauer zugrunde als die technische. Lutz weist in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung in Amerika hin, bei der in den zwanziger Jahren 97,4% aller befragten Industriellen der Ansicht waren, daß eine ursprüngliche Investierung in Maschinen in fünf Jahren oder weniger zurückerstattet sein müsse. 61,4% von ihnen waren sogar der Ansicht, daß in 3 Jahren eine Investition zurückerstattet sein müsse¹. "Das heißt also, daß die Kapitalisierung eines Stroms von Quasirenten von nur drei oder höchstens fünf Jahren mindestens gleich dem Preis der Maschine sein muß, wenn die Investierung rentabel sein soll. Nun hat eine Veränderung des Zinssatzes einen um so geringeren Einfluß auf den Gegenwartswert der Quasirenten, je kürzer deren Strom ist. Daraus folgt, daß in einer dynamischen Wirtschaft die Verringe-

¹ Lutz, Friedrich A., Zinstheorie, Tübingen / Zürich 1956, S.179.

rung des Gegenwartswertes, die eine Erhöhung des Zinssatzes zur Folge hat, sehr leicht durch steigende Preis- und Umsatzerwartungen mehr als wettgemacht wird, so daß in einer solchen Situation die Erhöhung des Zinssatzes die Investitionen nicht bremst, bestenfalls kann man annehmen, daß sie das Tempo der Investitionen verlangsamt"¹.

Nun wird die Erwartung der Kompensation durch Preissteigerungen insofern nicht mehr so stark von Bedeutung sein, als die Unternehmer der Ansicht sind, daß der allgemeine Preisanstieg zutreffend durch die Zinssteigerung antizipiert worden ist. Zur Kompensation könnten höchstens Preissteigerungen dienen, die auf Grund besonderer Präferenzen über die allgemeine Preissteigerung hinausgehen. Aber trotzdem dürfte von dieser Seite her kein besonders starkes Hemmnis für die Investitionen eintreten.

Ganz anders wird die Auswirkung einer Einführung einer Geldwertsicherungsklausel auf die kurzfristige Kreditnachfrage in Zeiten einer galoppierenden Inflation zu sehen sein. Wegen der Unsicherheit der Erwartungen werden in diesem Fall nur wertgesicherte Kredite angeboten und nachgefragt werden. In diesem Fall kann in die Kalkulation der Unternehmer nur der feste Realzins einbezogen werden, da das Ausmaß und die Höhe des Indexzuschlages noch unbekannt ist. Allerdings dürfte es, wie später gezeigt wird², kaum möglich sein, auf Grund eines im Vergleich zum früheren Marktzins niedrigeren Realzinses eine Steigerung der Kreditnachfrage anzunehmen. Das gilt für die kurzfristige Kreditnachfrage einmal insofern, als sie wenig zinsreagibel ist. Zum anderen muß aber die mit der Einführung der Index-

1 Ebenda, S.179.

2 Vgl. S.139/40 dieser Arbeit.

zuschläge verbundene Abwälzung des gesamten Geldwertrisikos auf die Kreditnachfrage - auch auf die Nachfrage nach kurzfristigem Kredit - eher negativ wirken.

Aber aus einem anderen Gesichtspunkt könnte doch eine Dämpfung der Nachfrage nach Krediten für kurz- und mittelfristige Investitionen eintreten. Lubasch verweist darauf, daß die Unternehmer bei einer Inflation Scheingewinne erzielen, die dadurch entstehen, daß "der Markt den Unternehmern grundsätzlich den Wertverzehr an Kapitalgütern zum Tageswert vergütet, sie aber bei Geldillusion lediglich vom Anschaffungswert abschreiben. Die Differenz ist Scheingewinn, weil die eingesammelten Abschreibungen vom Anschaffungswert für die Wiederbeschaffung gleichartiger Kapitalgüter nicht ausreichen werden"¹. Nun betrachten die Unternehmer diese Gewinne als reale Gewinne, und sie werden dadurch veranlaßt, mehr zu investieren, und in dem Ausmaß, in dem ihre eigenen Mittel nicht reichen, werden sie Kredite nachfragen, "besonders dann, wenn der Marktzins im Verhältnis zu ihren Ertragserwartungen niedrig ist"².

Nun wird im Laufe der Inflation selbst die Geldillusion langsam schwinden. Diesem Schwinden der Geldillusion und ihren Folgen wird durch die Einführung einer Indexentschädigung Rechnung getragen. Zu gleicher Zeit wird aber die Ausbreitung des Verlustes der Geldillusion durch die Einführung der Geldwertsicherungsklauseln selbst gefördert, weil diese Klauseln "als das bequemste Mittel, das Risiko von "auschwertminderungen des Geldes zu eliminieren, weitere Verbreitung finden"³.

1 Lubasch, Kurt, a.a.O., S.70.

2 Ebenda.

3 Ebenda, S.65.

Die Unternehmer stellen nun fest, daß ihre realen Gewinne geringer sind als sie ursprünglich annahmen. Auf Grund dessen wird ihre Investitionsneigung geringer, und sie werden auch weniger Kredit nachfragen.

Wenn wir also zusammenfassen, so wird durch den mit der Einführung der Geldwertsicherungsklauseln verbundenen Verlust der Geldwertillusion die Nachfrage nach kurz- und mittelfristigen Krediten tendenziell sinken. Diese Minderung ist vermutlich stärker, wenn die Geldwertsicherungsklauseln nicht in einer Situation der schleichenden Inflation eingeführt werden, sondern in einer großen Inflation. Denn in einer schleichenden Inflation bestehen noch gewisse Anhaltspunkte für das Ausmaß von Preissteigerungen, während in einer großen Inflation das dann völlig unkalkulierbare, aber voll zu tragende Geldwertrisiko den Kreditnachfrager veranlassen wird, weniger Kredit nachzufragen.

- b Die Auswirkungen einer Geldwertsicherungsklausel auf die Nachfrage nach langfristigen Krediten

Während es auf dem Markt für kurzfristige Kredite durchaus möglich ist, daß beide Kreditformen - der wertgesicherte und nicht wertgesicherte - angeboten und nachgefragt werden, ist das bei den langfristigen Krediten, ganz gleich ob in einer schleichenden oder galoppierenden Inflation, nicht zu erwarten. Vom Anbieter langfristiger Kredite wird nur ein wertgesicherter Kredit angeboten werden, weil für die Laufzeit dieses Kredites ihm keine Daten zur Verfügung stehen, aus denen er ein einigermaßen gesichertes Erwartungsbild aufbauen könnte. Selbst wenn der Anbieter bereit wäre, einen nicht wertgesicherten Kredit zu geben, so müßte der Anbieter doch einen sehr hohen Zins

verlangen, "um sich möglichst weitgehend gegen Tauschwertminderungen des Geldes zu sichern, der Nachfrager hingegen kann diesen Zins nicht akzeptieren, weil er sich dann mit dem Risiko belastet, daß die im Zins antizipierten Tauschwertminderungen des Geldes nicht eintreten oder unter Umständen sogar eine Tauschwertsteigerung des Geldes möglich ist"¹. Selbst wenn also grundsätzlich noch beide Kreditformen bestünden, so würde de facto bei langfristigen Krediten nur die Kreditform mit Wertsicherung gebraucht, weil sie sowohl den Interessen der Nachfrager als auch der Anbieter entgegenkäme.

Es ist nun zu untersuchen, wie die Nachfrage nach langfristigen Krediten auf die Einführung des geldwertgesicherten Kredites reagiert.

Lubasch² geht davon aus, daß der Marktzins in einer inflationären Volkswirtschaft wegen der durch die Geldillusion gesteigerten Kreditnachfrage der Unternehmer höher sei als in einer gleichen Volkswirtschaft ohne Inflation. Die Unternehmer würden sich nun bei ihren Investitionsplanungen an dem höheren Marktzins orientieren. Sie werden also nur solche Investitionen vornehmen, die ihrer Ansicht nach eine höhere Rentabilität als den Marktzins erbringen werden.

Nun ist nach Lubasch zu unterscheiden zwischen den zinsempfindlichen und zinsunempfindlichen Investitionen. Die zinsempfindlichen Investitionen gehen auf Grund des relativ höheren Marktzinses gegenüber dem Zustand ohne Inflation tendenziell zurück, damit wird aber auch die Kreditnachfrage für diese Güter geringer³.

1 Ebenda, S.29.

2 Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Ebenda, S.72/73.

3 Ebenda, S.72.

Nun sind zinsempfindlich vor allem die langfristigen Investitionen. Lutz erwähnt hier als Beispiel für "sehr langdauernde Güter", wie er die langfristigen Investitionen bezeichnet: Eisenbahnmateriale, Hochöfen, Schiffe und vor allem den Hausbau¹. Den Grund für die Zinsempfindlichkeit sieht er einmal darin, "weil die Wirkung der Veränderung im Zins auf den Gegenwartswert der Quasirenten sehr erheblich ist, da der Strom der Quasirenten weit in die Zukunft reicht", zum anderen darin, "weil Preiserverwartungen, die sich ja immer nur auf einen relativ kurzen zukünftigen Zeitraum erstrecken, hier weniger leicht die Kalkulationen beeinflussen, da die betreffenden Kapitalgüter die Phase der guten und schlechten Konjunktur überdauern"². Diese zinsempfindlichen Investitionen, "die man kurz zusammenfassen kann als bestehend aus Investitionen in sehr langdauernde Konsumgüter (Häuser) und sehr langdauernde Produktionsgüter"³, werden also durch den relativ höheren Marktzins eine Einschränkung erfahren, und damit wird sich auch die Nachfrage nach Krediten für diese Investitionen verringern.

Wenn es nun zu einer Einführung von Geldwert-sicherungsklauseln kommt und damit zum endgültigen Verlust der Geldillusion, so werden sich die Unternehmer nach Ansicht von Lubasch bei ihren Investitionsplanungen nicht mehr am Marktzins orientieren, sondern vielmehr an dem durch die Trennung zwischen Zins und Indexzuschlag sichtbar gewordenen Realzins⁴.

Nach Lubasch erkennen die Unternehmer nun, "daß sie bei der Kalkulation mit dem unter dem Markt-

1 Lutz, Friedrich A., a.a.O., S.179.

2 Ebenda.

3 Ebenda, S.180.

4 Lubasch, Kurt, a.a.O., S.75.

zins liegenden...Realzins die Preise der Güter aus kapitalintensiven Produktionen unterbieten können, was eine entsprechende Nachfrage nach Krediten hervorrufen wird"¹.

Es scheint allerdings, daß Lubasch bei diesem Ergebnis seiner Analyse über die Wirkung von Geldwertsicherungsklauseln auf die Kreditnachfrage für langfristige Investitionen zumindest einen Gesichtspunkt außer acht gelassen hat. Während nämlich vor Einführung der Geldwertsicherungsklauseln der Zins eine relativ feste Höhe hatte, der auch einen Risikozuschlag für einen eventuellen Preisverfall enthielt, muß der Schuldner jetzt neben der Verzinsung das volle Risiko der Geldwertminderung tragen. Dieses Risiko wird für den Unternehmer bei langfristigen Investitionen um so größer, je weniger er sicher ist und sein kann, ob sein Produkt den allgemeinen Preisanstieg mitmacht. Auf diesen Sachverhalt weist das Gutachten zum Problem der Index- und Preisgleitklauseln auch hin, daß nämlich für die Unternehmer der Fall eintreten könnte, "daß der Inflationsgrad auf dem Markt ihrer eigenen Absatzgüter geringer sein könnte als der allgemeine Inflationsgrad, der den Realwert ihrer Schuldverpflichtungen bestimmt"². Gerade auf Grund dessen ist aber zu erwarten, daß die nichtmonopolistischen Unternehmer ohne Preisgleitklauseln ihre langfristigen Investitionen nicht erhöhen. Wenn sie sie aber dennoch erhöhten, dann "müßten sie versuchen, bei ihren Abnehmern auch Preisgleitklauseln durchzusetzen, woraufhin sich die Abnehmer in analoger Weise verhalten und das Indexsystem dadurch ausbreiten müßten"³. Ohne diese Rückwirkung mit ein-

1 Ebenda, S.75.

2 Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, Thema: Problem von Index- und Preisgleitklauseln, a.a.O., S.19.

3 Ebenda.

zukalkulieren, ist jedenfalls der Schluß von Lubasch, daß sich die Nachfrage nach langfristigen Krediten erhöht, kaum der Realität entsprechend. Aber selbst wenn man die weitere Ausbreitung der Indexklauseln als Möglichkeit ein kalkuliert und annimmt, daß sie auch gesetzlich zulässig sind, dürfte die Aussage von Lubasch nur mit viel Vorsicht gebraucht werden können, da nicht alle Unternehmer die Macht am Absatzmarkt haben, derartige Indexbindungen für ihre Absatzprodukte auch durchzudrücken. Lubasch scheint bei seiner Aussage übersehen zu haben, daß, obwohl als feste Orientierungsgröße nur der Realzins bleibt, trotzdem der Unternehmer das nicht exakt kalkulierbare Risiko der Geldwertminderung in seine Investitionsplanung miteinbezieht.

IV Zusammenfassende Beurteilung der Einführung von Geldwertsicherungsklauseln im Hinblick auf den Geldwert

Was die Auswirkung der Einführung einer Geldwertsicherungsklausel auf die Spartätigkeit angeht, so dürfte das eine deutlich geworden sein, daß es keineswegs sicher ist, daß als "wesentliche Konsequenz" der Sicherung des Sparens die Neigung zum Geldsparen erhöht und die Neigung zum Konsum verringert wird¹; denn die Einführung der Geldwertsicherungsklausel ist in ihrer Wirkung durchaus nicht so eindeutig, wie man annehmen möchte, wenn man nur die juristische Wirkung der Sicherungsklauseln sieht. Die Wirkung einer Geldwertsicherungsklausel erschöpft sich nicht allein darin,

1 Stucken, Rudolf, a.a.O., S.124.

daß das Geldwertrisiko von den Sparern genommen wird und auf Grund dessen die Spartätigkeit zunähme. Vielmehr muß man damit rechnen, daß durchaus genauso gut durch die Einführung der Geldwertsicherungsklauseln "stets lauэрnde Angstkomplexe" der Sparer eher aktiviert werden, als daß die Sparer durch diese Geldwertsicherungsklauseln beruhigt werden¹. Gerade bei den Wirtschaftssubjekten, die durch diese Einführung der Wertsicherungsklauseln ihre Geldwertillusion verlieren, und bei denen, die die Einführung der Klauseln als eine Kapitulation des Staates vor der unvermeidlichen Inflation ansehen, ist kaum damit zu rechnen, daß die Spartätigkeit zunimmt. Das Gegenteil dürfte vielmehr der Fall sein.

Vor allem dürfte aber die Angst, der Staat könnte, wenn er wieder zu einer Stabilisierungspolitik zurückkehrte, die Wertsicherungsklauseln für ungültig erklären, auch negativ auf die Spartätigkeit einwirken. Aber auch die zwiespältige Situation des Staates in seiner Identität als Schuldner und Gesetzgeber dürfte bei den Wirtschaftssubjekten in dieser Richtung wirken.

Die Ansicht, daß kaum eine Steigerung der Spartätigkeit durch die Einführung von Geldwertsicherungsklauseln eintritt, wird gestützt durch einen Erfahrungsbericht aus Finnland. Es heißt dort: " Trotz der Indexbindung hat die Spartätigkeit bei den finnischen Geldinstituten im großen und ganzen gestockt, und es wäre nicht verwunderlich, wenn sich zeigen sollte, daß der Löwenanteil des gesamten Depositenzuwachses während des Jahres 1957 aus den zum Jahreswechsel gutgeschriebenen Zinsen bestehen sollte"².

¹ Vgl. S.127 dieser Arbeit.

² Ekman, Karl, a.a.O., S.231.

Ein exakter Nachweis der These, daß durch die Wertsicherungsklauseln keine Anregung der Spar-tätigkeit erreicht worden sei, ist für die finni-schen Verhältnisse nicht möglich, da zu einem Vergleich nach 1945 nicht Zeiten ohne Indexent-schädigung herangezogen werden können. Denn die Indexentschädigung wurde für einen Teilmarkt be-reits 1945 eingeführt, auf den sich dann das Interesse der finnischen Sparer richtete. Es sind aber gewisse Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß sich die These Ekmans zumindest für die Jahre 1955 und 1956 bestätigt. So stiegen die Termin-guthaben insgesamt von Ende 1955 bis Ende 1956 nur um etwa 5,4% und in dem dann folgenden Jahr 1957 nur um etwa 5,3%¹. Wenn man dann noch mit-berücksichtigt, daß neben dem Zins eine Erhöhung der Sparsumme auch bewirkt wird durch die Index-entschädigung, dann muß man, wenn man die Ent-wicklung der Lebenshaltungskosten miteinbezieht, in der Tat zu der Ansicht kommen, daß die Spar-zuwächse kaum über die fälligen Indexentschädi-gungen und Zinsen hinausgehen. Denn der Lebens-haltungskostenindex war "seit dem Jahreswechsel 1955/56 bis zum Jahreswechsel 1957/58 nach und nach von 101 auf 127 gestiegen"; das schließt "beispielsweise ein, daß für die Indexdepositen, die im Jahre 1956 eingezahlt waren und im Jahre 1957 fällig wurden, die ausgezahlte 100%ige Index-entschädigung für die verschiedenen Monate zwis-chen 10 und 14% variierte. Hierzu hat der Ein-leger seine Zinsen von 4 3/4% hinzurechnen kön-nen"².

Selbst wenn im Jahre 1958 eine Steigerung aller

1 Die Prozentzahlen wurden ermittelt aus abso-luten Zahlen über die Entwicklung der Termin-depositen, wie sie in der Schrift der finni-schen Notenbank enthalten sind. - Vgl.: Bank of Finland / Institute for Economic Research, a.a.O., S.11.

2 Ekman, Karl, a.a.O., S.231.

Terminepositen um 13,6%¹ zu verzeichnen war, so wird man auch hier sehr vorsichtig prüfen müssen, ob das eine echte Steigerung der Spartätigkeit ist. Der Lebenshaltungskostenindex stieg im Jahre 1957 von 478 auf 509² (hier ist das Basisjahr 1945 zugrundegelegt, wobei für die Indexentschädigung als Basis der Oktober 1951 gewählt ist). In diesem Jahr stieg also der Index um 31 Punkte. Umgerechnet auf das Jahr 1951, dem Basisjahr für die Indexentschädigung, ergibt sich eine Steigerung des Lebenshaltungskostenindex von 10%³. Das würde an Indexentschädigung für 462,38 Millionen Finnmark, die 100% an den Index gebunden waren, allein 46,238 Millionen Finnmark bedeuten. Hinzu kämen von den 362,06 Millionen Finnmark, die zu 50% an den Index gebunden waren, noch einmal 18,103 Millionen Indexentschädigung. Wenn wir dann noch einmal einen durchschnittlichen Zinssatz für die gesamten, Ende 1957 sich auf 3 390,09 Millionen Finnmark belaufenden, Termineinlagen berechnen, dann würde sich hier ein Betrag von etwa 170 Millionen Finnmark ergeben. Insgesamt würden Indexentschädigung und Zinsen eine Summe von gut 234 Millionen Finnmark ausmachen, während die gesamte Sparsumme nur um 461,66 Millionen stieg⁴. Wenn man zudem noch bedenkt, daß die durch-

1 Bank of Finland, a.a.O., S.11.

2 Ebenda, S.2.

3 1951 war der Lebenshaltungskostenindex, bezogen auf das Bezugsjahr 1945, auf 323% angestiegen. Der Wert für 1957 betrug 478, d.h. bezogen auf das Jahr 1951, 148. Der Wert für das Jahr 1958 betrug 509 (Basisjahr 1945), d.h. bezogen auf das Jahr 1951, 158. Es ergibt sich also eine Steigerung des Lebenshaltungskostenindex um 10% in Werten des Basisjahres für die Indexentschädigung (1951).- Vgl. dazu: Ekman, Karl, a.a.O., S.231 und Bank of Finland, a.a.O., S.2.

4 Vgl. zu den vorausgegangenen Zahlen: Bank of Finland: a.a.O., S.11. - Es dürfte auch eher zu niedrig als zu hoch sein, von einem durchschnittlichen Zins von 5% auszugehen. - Denn Ekman gibt den Zins für nicht wertgesicherte Spareinlagen mit $5 \frac{3}{4}$ an und den für wertgesicherte mit $4 \frac{3}{4}$. - Vgl. Ekman, Karl, a.a.O., S.231.

schnittliche Indexentschädigung vermutlich höher als 10% lag, dann dürfte die echte Erhöhung der Ersparnis bei einer noch geringeren Summe liegen. Wenn man dann auch noch von einer Steigerung der Spartätigkeit als Frucht der Indexklausel reden will, dann muß man, was für unsere Problematik interessant ist, gerechterweise noch hinzufügen, daß diese Erhöhung aller Termindepositen begleitet war von einem Rückgang der indexgebundenen Guthaben an den Gesamtguthaben¹. Interessant ist ferner, daß in dem Jahr, in dem die 100%ige Bindung der Indexeinlagen endete, im Jahre 1959, die Zuwachsrate der gesamten Termindepositen 17,9%² betrug. Selbst wenn sich hier die noch relativ hohen Indexentschädigungen vom Jahre 1958, die 1959 anfielen, niederschlagen, so muß man doch bemerken, daß bei einem Rückgang der gesamten indexgebundenen Einlagen an den gesamten Termindepositen um 15,4% keine Minderung der Sparzuwachsrate eintrat, sondern daß sie im Gegenteil höher war als in den Vorjahren. Es dürfte nicht unberechtigt sein, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß in diesem Jahr der geringste Anstieg der Lebenshaltungskosten festzustellen war³. Im Jahre 1960 stieg die Zuwachsrate der gesamten Spareinlagen sogar um 18,9% bei einem weiteren Rückgang der indexgebundenen Spareinlagen⁴, obwohl in diesem Jahre ein um einiges stärkerer Preisanstieg als im Vorjahr festzustellen war. Aber der Preisanstieg lag gleichwohl immer noch wesentlich unter dem der Jahre 1956, 1957 und 1958⁵. Auch 1961 lag die

1 Vgl. Bank of Finland, a.a.O., S.11. - Ihr Anteil an den gesamten Terminguthaben sank von 24,3% auf 21,6%.

2 Ebenda.

3 Der Lebenshaltungskostenindex von 1945 stieg nur um 8 Punkte. - Vgl. Bank of Finland, a.a.O., S.2.

4 Ebenda, S.11.

5 Ebenda, S.2.

Zuwachsrate bei 16%¹, und der Preisanstieg war wieder um einiges geringer als im Vorjahr², allerdings ergab sich ein etwas geringeres wirtschaftliches Wachstum als im Vorjahr³.

Erst in den dann folgenden Jahren mit einem wesentlich geringeren wirtschaftlichen Wachstum, aber auch wesentlich stärkeren Erhöhungen des Lebenshaltungskostenindex ging die Zuwachsrate bei den Termindepositen sehr stark zurück⁴.

Mitte 1963 wurde die 100%ige Bindung wiedereingeführt. Während der Anteil der indexgebundenen Spareinlagen gegenüber dem Vorjahr um 2,9% anstieg, lag die gesamte Zuwachsrate der Ersparnis nur um 0,2% über der Zuwachsrate des Jahres 1962⁵. Wenn man zudem bedenkt, daß das wirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr wieder stärker war als im Vorjahr⁶, so kann man wohl kaum von einer ersparnisfördernden Tendenz durch die Geldwert-sicherungsklauseln reden, selbst wenn man in Rechnung zieht, daß die 100%ige Bindung erst im Juni

1 Ebenda, S.11.

2 Ebenda, S.2.

3 Zur Kennzeichnung des wirtschaftlichen Wachstums mußte die Entwicklung des Bruttosozialproduktes als Hilfsgröße herangezogen werden. Dies war im Jahre 1959, als die Zuwachsrate der Termindepositen bei etwa 17,9 lag, um etwa 6,9% gestiegen, im Jahre 1960 etwa um 13,5% und 1961 um etwa 11,2%. In der im Vergleich zu den Jahren 1956-59 hohen Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums 1960 und 1961, wie sie in etwa auch in der Entwicklung des Bruttosozialproduktes in Erscheinung tritt, liegt sicher ein sehr wesentlicher Grund für die Höhe der Sparzuwächse in den Jahren 1960 und 1961. Aber gleichwohl ist interessant, daß diese Zuwächse überproportional zur Entwicklung des Bruttosozialproduktes sind. Die Zahlen sind aus absoluten Zahlen errechnet. - Statistisches Jahrbuch 1966, Stuttgart 1966, S.152.

4 Vgl. dazu: Bank of Finland, a.a.O., S.2 und S.11 und Statistisches Jahrbuch 1966, a.a.O., S.152.

5 Vgl. Bank of Finland, a.a.O., S.11.

6 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1966, a.a.O., S.152.

1963 wiedereingeführt wurde¹.

Es ist schwierig statistisches Material, in dessen Zahlen sich ja viele Entwicklungen und Kräfte niederschlagen, für einen einfachen Zusammenhang heranzuziehen. Gleichwohl dürfte aus den vorherigen Angaben der Schluß gezogen werden, daß die Aussage von der Ersparnisförderung durch Indexklauseln sich in Finnland kaum bestätigt hat. Vielmehr scheint die These Schmölders, daß Geldwertsicherungsklauseln nicht geeignet sind, das ursprüngliche Vertrauen in das Geld zu ersetzen, durch diese Angaben eine gewisse Stützung zu erfahren; denn in den Jahren, wo die 100%ige Indexbindung in Finnland abgeschafft war und die 50%ige Indexbindung kaum noch Bedeutung hatte, die aber zu gleicher Zeit die Jahre mit den geringsten Geldwertminderungen waren, stiegen die Terminguthaben am kräftigsten. Man wird also keineswegs in der finnischen Situation eine Stütze für die These von der Sparförderung durch Indexklauseln sehen können, sondern, wenn es überhaupt erlaubt ist, diese Daten als Stütze für einen theoretischen Schluß heranzuziehen, sie als Stütze für die Gegenthese anführen können.

Allerdings könnte sich von der Kreditnachfrage-seite her eine Dämpfung der Inflation ergeben. Die Nachfrage nach Kredit wird sich bei Geldwertsicherungsklauseln wesentlich zurückhaltender entwickeln. Hier trifft Schäfers Urteil zu: "Es ist zu erwarten, daß die Wertbindung der Barkredite die Kreditnehmer zu einem Verhalten veranlassen wird, das...zur Erhaltung der Kaufkraft des Geldes beiträgt. Sie können nicht mehr mit einem entsprechenden Geldwertgewinn bei Preissteigerungen rechnen.... Die Spekulation auf Geldwertveränderungen wird daher bei der Frage, ob und in welcher Höhe Kredite in Anspruch ge-

1 Vgl. Bank of Finland, a.a.O., S.10.

nommen werden sollen, sehr stark in den Hintergrund treten"¹. Aber die Nachfrage nach Kredit verringert sich nicht nur insofern, als die Spekulation um den Geldwert als Motiv für die Kreditnachfrage entfällt, sondern zu gleicher Zeit wird mit Einführung der Geldwertsicherungsklauseln vielen Unternehmern, die noch nicht ihre Geldwertillusion verloren hatten, klar, daß ein Großteil ihrer Gewinne Scheingewinne waren, und insofern werden sie auch ihre Kreditnachfrage einschränken. Gerade hierfür trifft das positive Urteil über die Geldwertsicherungsklauseln zu, daß nämlich eine produktivere Verwendung des Kapitals erzwungen werde².

Aber andererseits muß man auch sagen, daß eine produktive Verwendung des Kapitals bei langfristigen Investitionen verhindert wird. Denn gerade bei sehr langfristigen Investitionen kann man kaum sagen, ob die später mit dem investierten Kapital produzierten Güter voll den Anstieg der Lebenshaltungskosten, an den die Kredite gebunden sind, mitmachen. Gerade deshalb werden manche Unternehmer an und für sich produktive Investitionen aus dieser Unsicherheit heraus unterlassen. Diese Tendenz kann aber je nach Größe der Inflation auch schon bei mittelfristigen Investitionsvorhaben eintreten, während Investitionen, die rasch ausreifen, davon weniger betroffen sind. Um diesen Unsicherheiten zu entgehen, werden die Unternehmer versuchen, durch eine Verstärkung der Selbstfinanzierung die Kreditfinanzierung einzuschränken. Die Selbstfinanzierung wird den Unternehmern dadurch erleichtert, daß ihre Marktmacht in einer inflationären Entwicklung relativ stark ist (Verkäufermarkt) und

1 Schäfer, Hans, a.a.O., S.95.

2 Vgl. die Zusammenstellung der positiven Argumente zu Geldwertsicherungsklauseln: Lubasch, Kurt, a.a.O., S.23.

die Erlössteigerungen in einer Inflation erfahrungsgemäß den Kostensteigerungen voraneilen. Die mit Indexklauseln belasteten Unternehmer werden versuchen, diese Wertsicherungsklauseln in Gestalt gleitender Preise weiterzugeben¹. Das wird ihnen um so eher gelingen, je größer ihre Marktmacht ist.

Wenn wir also zusammenfassen, so dürfte auch die Meinung, daß Wertsicherungsklauseln geeignet sind, von der Kreditnachfrageseite her die Inflation zu dämpfen, keineswegs sicher zutreffen. Denn es kann gerade dann die Tendenz eintreten, ceteris paribus über Preiserhöhungen die Finanzierung durch Eigenkapital zu stärken. Dieser Versuch dürfte um so eher gelingen, je geringer die Preiselastizität der einzelnen Güter ist und je stärker die Flucht in die Sachwerte anhält, d.h. für den Fall des indexgesicherten Sparens, je weniger es gelingt, durch die Einführung von Geldwertsicherungsklauseln die Spartätigkeit zu verstärken. Und anhand der finnischen Erfahrungen scheint doch manches dafür zu sprechen, daß die These von der Sparförderung durch Geldwertsicherungsklauseln wenig zutreffend ist. Gelingt den Unternehmern eine Stärkung der Eigenfinanzierung nicht, so wird ihre Tendenz um so stärker sein, Geldwertsicherungsklauseln weiter auszubreiten.

1 Schäfer weist darauf hin, daß Geldwertsicherungsklauseln, die beim Kontensparen eingeführt werden, auch auf alle anderen "Forderungen auf Geldbeträge" ausgedehnt werden müßten, weil diese miteinander und untereinander konkurrieren. Er zieht aber dieses Moment von der Ausbreitung der Indexklauseln durch die Unternehmer nicht in seine weiteren Überlegungen mit ein. Es könnte sein, daß er auch diesen möglichen weiteren wirtschaftlichen Auswirkungen durch ein Verbreiterungsverbot, wie er es mit Ausnahme für den Bereich der Geldforderungen fordert, entgegentreten wollte. Ob dieses Verbot sich aber in der Realität durchsetzen wird, dürfte sehr zweifelhaft sein. - Vgl. dazu: Schäfer, Hans, a.a.O., S. 93.

Man kann also nicht sicher sein, daß Indexklauseln nicht selbst die Geldwertminderung noch vorantreiben.

Aber noch aus einem zweiten Grunde sind sie geeignet, die Geldwertminderung nicht zu behindern, sondern zu stärken, insofern als sie geeignet sind, den *circulus vitiosus*, der vielleicht nur von einer saisonalen Verknappung bestimmter Produkte und der ihnen folgenden Preissteigerung ausgeht, voll zu automatisieren. Denn wenn wir in unserem Beispiel bleiben, so werden die Unternehmer auf Grund der bestehenden Preisgleitklauseln ihre Preise erhöhen, und da die Nachfrageelastizität bei den Endverbrauchern auf Grund von Indexlöhnen etc. sehr gering ist, wird es dem Handel gelingen, diese weiterzugeben. Über die Preiserhöhungen des Handels setzt sich der Prozeß über höhere Indexlöhne fort. Die ganze Wirtschaft ist dann nicht nur ein "Index-rechenkontor" geworden, sondern, wenn der Staat nicht eingreift, ein noch zu immer höheren Preisen selbst hinaufschiebender Mechanismus.

S C H L U S S

A Zusammenfassung

Wir haben zu Beginn der Untersuchung festgestellt, daß die Forderungen nach Indexvereinbarungen von Einzelpersonen und Gruppen erhoben werden, um sich gegen die Folgen einer Geldwertminderung zu schützen. Aber man verspricht sich von der Einführung solcher Geldwertsicherungsklauseln häufig nicht nur diesen persönlichen Schutz vor den Folgen einer Geldwertminderung, sondern manchmal auch eine Stabilisierung des Geldwertes selbst. Von diesen Einstellungen berichtet der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: "Gelegentlich wird behauptet, Indexklauseln seien geeignet, Preissteigerungen zu verlangsamen"¹.

Solch ein Urteil kann nur auf Grund einer einseitigen und darum unzutreffenden Beobachtung der Indexklauseln gefällt werden. Das gilt auch für die Indexlohnklauseln, bei denen man argumentiert, es entfalle so "ein wichtiges Motiv für Lohnkämpfe, durch die in der Regel ein höheres Lohnniveau erreicht werde, als der Preissteigerung der Konsumgüter entspreche"². Diese Argumentation geht aber an dem eigentlichen Ziel der gewerkschaftlichen Politik vorbei, die langfristig nicht eine Reallohnsicherung, sondern eine Reallohnsteigerung erstrebt. Es mag durch die Einführung von Geldwertsicherungsklauseln ein Motiv unter mehreren

1 Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: Problem von Index- und Preisgleitklauseln, a.a.O., S.16.

2 Ebenda.

Motiven für die gewerkschaftliche Lohnpolitik entfallen, aber das wesentliche Ziel - Reallohnsteigerung - bleibt bestehen. So urteilt der Wissenschaftliche Beirat zu Recht: "Diese Argumentation setzt voraus, daß sich die einzelnen Gewerkschaften durch das Vorhandensein von Lohnindexklauseln veranlassen ließen, eine für die Durchsetzung von Lohnforderungen günstige Marktlage nicht auszunutzen, obschon es marktwirtschaftlich als ihre Grundaufgabe angesehen werden kann, den Sozialprodukt-Anteil der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer im Rahmen des Möglichen zu erhöhen"¹.

Aus diesem Grunde stehen die Gewerkschaften auch Gleitlohnklauseln sehr skeptisch gegenüber. Ihr Hauptziel wird es vielmehr sein, die inflationären Tendenzen zu beseitigen. Nur in der Zeit, in der sich diese Zielvorstellungen aus gesamtpolitischen Gründen nicht erreichen läßt, werden sie bereit sein, bei der Einführung dieser Klauseln mitzuwirken, wenn eine Situation eingetreten ist, die wirklich dem Ziel der Reallohnhaltung eine gewisse Priorität gibt; das trifft entweder in einer Zeit nennenswerter Inflation zu oder auch in einer Rezession, wenn die Unternehmer sich z.B. bemühen, höhere Effektivlöhne auf die Höhe der Tariflöhne zu senken.

Es wäre aber falsch, in solch einer Situation anzunehmen, Indexbindungen seien geeignet, weitere Preissteigerungen zu verhindern; denn jede kleine Erhöhung des Lebenshaltungskostenindex ist geeignet, die Schraube auf eine weitere Verminderung des Geldwertes hin in Bewegung zu bringen. Wenn die Anpassungstermine nur kurz genug sind, ist sogar jede saisonale Verknappung eines Produktes in der Lage, über Preiserhöhungen, Indexerhöhungen

¹ Ebenda, S.16.

und ihnen folgende Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen die Geldwertminderung weiter fortzutreiben. Indexlöhne sind nicht nur geeignet, auf einen Anstoß von außen her diesen verderblichen Zirkel immer weiter voranzutreiben, sondern mit der Schaffung eines Indexlohnsystems werden zudem die Kräfte, die an und für sich in einer Wirtschaft Geldwertminderungen entgegenarbeiten, außer Kraft gesetzt. Durch eine Minderung der Angebots- und Nachfrageelastizität werden die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Ausgehen der "Überwälzungsrunden" verbessert. Es entfällt das entgegengesetzte Preisinteresse von Anbietern und Nachfragern weitgehend, und was bleibt, ist nur noch ein Wettbewerb unter den Anbietern um die geringsten Preissteigerungen. Zudem versetzt eine Indexlohnpolitik die Notenbank in eine Situation, die es ihr sehr erschwert, ihrer Zielsetzung nachzugehen, für eine Sicherung der Währungsstabilität zu sorgen. Aber auch die Chancen, durch eine antizyklische Finanzpolitik zur Erhaltung des Geldwertes beizutragen, sind gering. Es kann sogar sein, daß man durch Steuererhöhungen nicht dem Ziel einer Stabilisierung nahekommt, sondern einen Beitrag zu weiteren Lohn- und Preiserhöhungen leistet. Zudem kann man wegen der systemimmanenten Schwächen der Indexrechnung keine volle Sicherung des Reallohnes erwarten. Aber auch die Tatsache, daß nur an bestimmten Korrekturterminen eine Anpassung der Löhne vorgenommen wird, verringert wesentlich die Chancen einer vollen Reallohnsicherung. Je weiter nun der Kreis derjenigen geht, die ihre Einkommen an diesen Index gebunden haben, um so besser gelingt den Unternehmen die Überwälzung von Lohnerhöhungen und um so besser funktioniert der Indexautomatismus. So würde in der Bundesrepublik ein Indexlohnverfahren auch die Renten zu reinen "Indexlohn-Renten" machen können. Zwar ist juristisch keine automa-

tische Bindung der Renten an die Löhne vorgesehen, aber de facto dürfte sie, wie wir es für die Vorjahre schon feststellten, auch, und vor allen Dingen sogar in inflationären Zeiten, gegeben sein. Dazu leistet die Struktur unserer parlamentarischen Demokratie im gewissen Umfange Vorschub. Den Unternehmern gelingt aber dann leichter eine Preisüberwälzung, weil die Nachfrageelastizität einer weiteren großen Nachfragegruppe der Wirtschaft sich verringert hat.

Die Annahme, daß bei allen Wirtschaftssubjekten auch das Interesse an der Inflation geschwunden sei, weil sie erkennen, daß sie aus einer Fortsetzung der Inflation nichts zu gewinnen haben¹, dürfte kaum wirklich zutreffend sein. Denn die Unternehmer verdienen noch an der Inflation in den Zeiträumen, in denen die Preise schon steigen, die Löhne aber noch konstant sind, weil noch kein Korrekturtermin wieder vorlag.

Auch die sehr häufig vertretene These, daß Indexklauseln bei den Soll- und Habenzinsen nicht nur dem Sparer Realwertschutz gäben, sondern auch ungerechtfertigte Bereicherung der Schuldner behinderten und als Folge dann die Sparer zu verstärktem Sparen und die Kreditnehmer zu einer vorsichtigeren Kreditpolitik verleiten würden, dürfte insgesamt kaum zutreffend sein.

Zunächst muß man auch hier sagen, daß die Bindung an den Lebenshaltungskostenindex kaum volle Sicherung gegen die inflationäre Tendenz bedeutet. Das gilt vor allem für denjenigen, der auf einen ganz konkreten Zweck hin spart. Es kann sein, daß dieses Gut, das er erwerben will, weit größere Preissteigerungen erfährt, als sich das in Steigerungen des Lebenshaltungskostenindex ausdrückt.

¹ Vgl. Lubasch, Kurt, a.a.O., S.75.

Aber gleichwohl darf man nicht verkennen, daß den Sparer jetzt nicht mehr in voller Höhe der Realverlust seiner Sparguthaben trifft. Nur ist es nicht richtig, daraus abzuleiten, daß die Spar-tätigkeit jetzt wieder merklich zunehmen würde und so über eine verminderte Gesamtnachfrage eine Preisberuhigung einträte. Es spricht vieles dafür, daß diese erwartete Reaktion nicht eintritt. Das gilt vor allem dann, wenn die Wirtschaftssubjekte wissen, wie leicht der Staat geneigt ist, diese Bindungen wieder aufzuheben. Auch auf Seiten der Kreditnachfrage ist die Tendenz nicht so ein-deutig, daß nun nur Investitionen mit hohen "Scheingewinnen" unterbleiben und die Kredit-nachfrage, die nur mit dem sinkenden Geldwert spekulierte, entfällt. Vielmehr muß man auch ande-re Reaktionen erwarten, die nicht so positiv zu werten sind. Es werden auch produktive Investi-tionen - vor allem langfristige - wegen der ge-stiegenen Unsicherheit für den Investor unter-bleiben; denn er weiß nicht, ob der Preis seines Produktes wirklich die im Lebenshaltungskosten-index angegebene Preissteigerung mitmacht. Zudem wird durch geldwertgesicherte Kredite eine gewisse Tendenz ausgelöst, eine verstärkte Eigenfinan-zierung über die Preise zu erreichen oder die Abnehmer zu zwingen, Preisgleitklauseln bei den Absatzprodukten hinzunehmen.

Damit ist aber die stets vorhandene Tendenz der Wertsicherungsklauseln angesprochen, sich ständig weiter auszubreiten. Das Argument von der Siche-rung des Reallohnes wird in Inflationszeiten nicht nur von den Gewerkschaften, sondern in ent-sprechender Weise auch von den Vertretern der an-deren Interessentengruppen angeführt werden.

Aber diese Klauseln setzen sich nicht nur auf dem Wege der verbandlichen Forderungen durch, sondern auf anderen Gebieten haben sie die Tendenz, sich selbsttätig auszubreiten. Das gilt vor allem für

den Problemkreis der Soll- und Habenzinsen. Man kann nur Indexentschädigungen zahlen, wenn man sie von den Kreditnehmern erhält, und diese können zumindest länger dauernde Kreditverpflichtungen nur eingehen, wenn sie selbst geldwertgesicherte Einkommen haben. So setzt sich eine Kette von Geldwertsicherungsklauseln von diesem einen Punkt her in der Wirtschaft weiter fort. Diese Kette wird noch weiter und größer, wenn man den Gedanken mit einbezieht, daß alle Sparformen, die man unter dem Oberbegriff "Forderungen auf Geldbeträge" zusammenfaßt, miteinander um den Sparer konkurrieren¹, und daß diese ganze Gruppe (Obligationen, Pfandbriefe, Schuldverschreibungen etc.) letztlich auch mit solchen Klauseln ausgestattet sein muß, wenn alle Arten konkurrenzfähig bleiben sollen. Wenn man diesen Ausbreitungseffekt der Geldwertsicherungsklauseln in die Überlegungen über Geldwertsicherungsklauseln mit einbezieht, dann trifft das Urteil des Wissenschaftlichen Beirates zu, daß "die wirtschaftspolitische Anerkennung solcher Klauseln im Endeffekt darauf" hinausläuft, "die nominelle Währungseinheit durch eine "Indexmark" oder ein System differenzierter Index-Währungseinheiten zu ersetzen"².

Wenn sich dieses System einigermaßen ausgebreitet hat, dann wird sich zeigen, daß der Schutz der Geldwertsicherungsklauseln sich letztlich auch für die Geschützten selbst als wertlos erweist. Dafür spricht nicht nur der Gesichtspunkt der Doppelrolle des Staates als Schuldner und Gesetzgeber, sondern auch ein anderer Gesichtspunkt, auf den Hahn verweist: "Ich bin andererseits überzeugt, daß der Schutz gegen Inflation durch Index-Klauseln sich letztlich auch für die Geschützten selbst als wert-

1 Vgl. Schäfer, Hans, a.a.O., S.93.

2 Ebenda, S.20.

los erweisen wird. In der Erkenntnis der Paradoxie einer Situation, in der einerseits die Inflation aus politischen, fiskalischen oder ökonomischen Gründen für notwendig gehalten wird, andererseits aber keine Schicht mehr die ihr auferlegten Opfer zu tragen gewillt ist, werden die Regierungen schließlich die Indexklauseln für ungültig zu erklären gezwungen sein, ebenso wie es in den meisten Ländern mit Goldklauseln geschehen ist. Zum mindesten werden sie die Index-Klauseln durch Einführung von Höchstpreisen und Rationierung der Güter ihres praktischen Wertes berauben"¹.

¹ Hahn, L. Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen, a.a.O., S.502.

B Folgerungen für die Wirtschaftspolitik

Aus unserer Untersuchung ergibt sich für die Wirtschaftspolitik die Folgerung, daß Indexbindungen nach Möglichkeit zu vermeiden sind. Das heißt nicht, daß auch eine Bindung der Renten an die Entwicklung der Löhne abgelehnt wird¹. Denn hier liegt keine Bindung an einen Lebenshaltungskostenindex vor, sondern hier wird die Rente an die Entwicklung des Lohnes gekoppelt. Zwar ist de jure hier keine Automatik vorgesehen, aber de facto ist sie gegeben. Daß auch von dieser Lohnindexrente Gefahren für den Geldwert ausgehen können, wurde erörtert. Dabei ergibt sich aber die größte Gefahr für den Geldwert in der BRD nicht aus einer Schwäche, die dem System der dynamischen Rente anhaftet, sondern aus dem derzeitigen Bevölkerungsaufbau der Bundesrepublik. Dieser Bevölkerungsaufbau ist aber vor allem auch in der Bundesrepublik kriegsfolgebedingt so ungünstig. Ob sich aus dieser schlechten Altersstruktur ein Druck auf das Preisgefüge ergibt, ist eine Frage der Finanzierung der künftigen Rentendefizite und eine Frage der Solidarität der Versicherten. Die Frage nach der Solidarität der Versicherten würde aber dies beinhalten, ob nämlich die Versicherten bereit sind, den Rentenempfängern im vollen Umfang an der Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums Anteil zu geben, auch wenn sie selbst das mit Beitragserhöhungen bezahlen müssen. Das dürfte um so eher der Fall sein, wenn die Versicherten den Grundsatz anerkennen, daß die Rentner selbst daran mitgearbeitet haben, daß dieses wirtschaftliche

¹ Vgl. dazu auch: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, a.a.O., S.20.

Wachstum auch in der Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben gegeben ist, und daß sie deshalb daran Anteil haben müssen. Die Solidarität dürfte ferner größer sein, wenn die nötigen Beitragserhöhungen bei den Versicherten in Zeiten weiterer Lohnsteigerungen vorgenommen werden.

Insgesamt gesehen, kann diese Rentendynamisierung aus sich niemals so gefährlich für den Geldwert sein wie normale Indexvereinbarungen, die Einkommen an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten binden. Erst wenn Indexlöhne gegeben sind, dann werden durch eine auch weiterhin de facto automatische Bindung der Renten an den Lohn die Gefahren für den Geldwert wesentlich verstärkt.

Für alle anderen Indexbindungen gilt, daß sie nach Möglichkeit vermieden werden sollten, weil sie die inflationäre Gefahr nur verstärken und letztlich auch keinen Schutz gegen die Inflation bieten. Insofern ist der Hinweis Hahns zutreffend: "Die Wahrheit ist, daß es nur ein Mittel des Schutzes gegen Inflation gibt: ihre Vermeidung"¹. Nicht anders urteilt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: "Derartige 'Indexklauseln' wären, wenn das vom Beirat empfohlene Ziel der Konjunkturpolitik, hohe Beschäftigung und Zahlungsbilanzausgleich bei Stabilität des Konsumgüter-Preisniveaus, erreicht wird, unnötig und ungefährlich, da sie in diesem Fall nicht effektiv würden. ... Es sollte daher eine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik sein, das Interesse aller Wirtschaftskreise an solchen Klauseln, die wegen erwarteter oder befürchteter Steigerungen des Konsumgüter-Preisniveaus Marktvorgänge an Indizes binden, durch eine erfolgreiche Konjunkturpolitik zum Erlöschen zu bringen"².

1 Hahn, L. Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen, a.a.O., S.502.

2 Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, a.a.O., S.15.

Damit weist der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium den Weg, wie man am wirkungsvollsten dem Streben nach Einführung von Indexbindungen entgegentreten kann, nämlich durch eine Stabilitätspolitik, die Geldwertminderungen zu vermeiden sucht.

Daß diese Politik der Vermeidung von Geldwertminderungen schwierig ist, darauf weist auch Hahn hin: "Ich weiß natürlich, daß diese Vermeidung äußerst schwierig ist, wenn eine Majorität aus politischen Gründen bereit ist, Wege zu gehen, die vom Standpunkt einer gesunden Wirtschafts- und Geldpolitik abzulehnen sind. Ein übermenschlicher Mut gehört dazu, den Argumenten der Realpolitiker auf dem Gebiet des Geldwesens zu widerstehen. Nichtsdestoweniger ist ein solcher Widerstand das einzige Mittel, um die auf die Dauer verheerenden Wirkungen...einer Inflation zu vermeiden"¹.

Um diese Folgen zu vermeiden, sollte die Deutsche Bundesbank auch sehr vorsichtig sein mit der Möglichkeit, die ihr der § 3 des Währungsgesetzes gibt, Indexbindungen in Verträgen zu erlauben².

¹ Hahn, L. Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen, a.a.O., S.502.

² Vgl. § 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz), in: "Deutsche Gesetze - Sammlung des Zivil-, Straf- und Verfahrensrechts", Begründet von H. Schönfelder, 38.Aufl., München 1965, Nr.60a, S.1.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arndt, Erich, Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik. Tübingen 1957, - Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg.
- Arndt, Erich, Zur Problematik der Indexlöhne. "Gewerkschaftliche Monatshefte", Köln, 3.Jg., 1952. S.336ff.
- Arndt, K.D., Einige Probleme der Preisstatistik. In: Bombach, Gottfried, Gabriel, Siegfried L., Löhne und Preise. In: Lebendige Wirtschaft, Bd.16, Darmstadt 1957, S.207ff.
- Arps, Ludwig, Volkswirtschaftliche Wirkungen der gleitenden Rente. "Zeitschrift für Sozialreform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.67ff.
- Auerbach, Emil, Die Ordnung des Arbeitsverhältnisses in den Kohlengruben. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd.XLV, Leipzig 1890, S.1ff.
- Bandholz, Emil, Der Lohn - Betrachtungen zum Problem der Lohnbildung. In: Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 64, Berlin 1962.
- Bericht über: Tagung der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (o.V.). (Zeitschrift für Sozialreform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.196ff.
- Bethmann, Johann Philipp Freiherr von, Gesellschaftspolitische Folgen einer permanenten Geldentwertung. In: Währung zwischen Politik und Wirtschaft, Stuttgart 1962, S.179ff.

- Bethusy-Huc, Viola Gräfin von, Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1965.
- Bigge, Karl-Rudolf, Indexlohn-Politik - ihre Entwicklung und volkswirtschaftliche Bedeutung, Würzburg, Diss. 1954.
- Blessing, Karl, Die Verteidigung des Geldwertes, Frankfurt 1960.
- Bogs, Walter, Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherheit und seiner Reform, Berlin 1955.
- Braun, Adolf, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe, Nürnberg 1914.
- Brentano, Lujo von, Über Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. XLV, Leipzig 1890, S.IXff.
- Der wertbeständige Lohn (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, XXXII.Jg., 1923, S.622ff.
- Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium: Gutachten vom 24. Februar 1957, Thema: Problem von Index- und Preisgleitklauseln. In: Gutachten von Januar 1957 bis März 1961, Göttingen 1961, S.15ff.
- Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.: Jahresbericht 1964, Bonn.
- Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.: Jahresbericht 1965, Bonn.
- Die Anpassung der Löhne an die Unterhaltskosten in England (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, XXX.Jg., 1921, S.582ff.

Die Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten in Polen (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, XXXII.Jg., 1923, S.868ff.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Rentengestaltung - o.V. "Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Jg.1956, S.598ff.

Die Invalidenversicherung in den Jahren 1949 bis 1951 in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit, Bonn 1956.

Die versicherungstechnischen Bilanzen der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten für den 1. Januar 1961 und den 1. Januar 1963, Bundesratsdrucksache 252/65.

Die wertbeständigen Löhne und Gehälter (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, XXXII.Jg., 1923, S.713ff.

Ehrenberg, Herbert, Gedanken über den Sozialbericht 1963. "Sozialer Fortschritt", Berlin, 13.Jg., 1964, S.31ff.

Ein starker Schlichter... (o.V.). "Der Arbeitgeber", Berlin, 14.Jg., 1965, S.101ff.

Ekman, Karl, Erfahrungen mit der Indexbindung in Finnland. "Die Sparkasse", Stuttgart, 75.Jg. 1958, S.231ff.

Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Bundestagsdrucksache 2437 vom 5.6.1956, Bonn 1956.

- Erhöhung der gleitenden Lohnskalen in Italien (o.V.).
"Neue Züricher Zeitung", Nr.34, vom 4.2.1966.
In: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presse-
artikeln, 1966, Nr.11, S.5ff.
- Fisher, Irving, Die Illusion des Geldes, Berlin (o.J.).
- Fisher, Willard C., The Tabular Standard in Massa-
chusetts History. "The Quaterly Journal of
Economics", Cambridge (USA), Vol.XXVII (1913),
S.417ff.
- Forstmann, Albrecht, Geld und Kredit, Göttingen 1952.
- Gabriel, Siegfried L., Indexlöhne - Praxis und Proble-
matik. In: Bombach, Gottfried / Gabriel, Sieg-
fried L., Löhne und Preise. In: Lebendige Wirt-
schaft, Bd.18, Darmstadt 1957, S.67ff.
- Gabriel, Siegfried L., Indexlöhne monetär gesehen.
"Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen",
Frankfurt, 5.Jg., 1952, S.17ff.
- Gadolin, Axel von, Finnland - Inflations- und Index-
Schule. "Zeitschrift für das gesamte Kredit-
wesen", Frankfurt, 10.Jg., 1957, S.373ff.
- Gadolin, Axel von, Die Kapitalmärkte der nordischen
Inflationsländer. "Zeitschrift für das gesamte
Kreditwesen", Frankfurt, 11.Jg., 1958, S.883ff.
- Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957.
In: Bundesgesetzblatt, 1957, S.745ff.
- Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz).
In: Deutsche Gesetze-Sammlung des Zivil-,
Straf- und Verfahrensrechts. Begründet von
H. Schönfelder, 38.Aufl., München 1965, Nr.60a,
S.1ff.

Gesetz über die Neuregelung des Rechtes der Rentenversicherung der Angestellten. In: Bundesgesetzblatt, Teil I, 1957, S.88ff.

Gesetz zur Neuregelung der Rentenversicherung der Arbeiter. In: Bundesgesetzblatt, Teil I, 1957, S.47ff.

Hahn, L. Albert, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation, Tübingen 1963.

Hahn, L. Albert, Index-Illusionen - Index-Folgen. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 10.Jg., 1957, S.501ff.

Haller, Heinz, Finanzpolitik - Grundlagen und Hauptprobleme, Heidelberg 1965.

Halm, George, Geld, Außenhandel und Beschäftigung, München 1957.

Halm, George, Die Konkurrenz-Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Volkswirtschaft, München 1929.

Hankel, Wilhelm und Zweig, Gerhard, Das Sparen und die dynamische Sozialrente. "Sozialer Fortschritt", Berlin, 5.Jg., 1956, S.71ff.

Hensen, Hartmut, Ein Thema mit Variationen - Zu dem neuen Memorandum Dr. Wilfrid Schreibers. "Sozialer Fortschritt", Berlin, 5.Jg., 1956, S.51ff.

Himmelmeyer, Franz, Die Wertsicherungsklauseln in Oesterreich, Diss., Wien 1949.

Huhle, Fritz, Sparwille und Sparfähigkeit als Komponenten der Spartätigkeit - Zur Entwicklung des privaten Kontensparens. In: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung" von Voigt, Fritz, Huhle, Fritz, Müller J. Heinz, Ehrlicher, Werner und Floss, Eberhard. Schriftenreihe des Instituts für das Spar-, Giro und Kreditwesen an der Universität Hamburg, Bd.1, Berlin 1958, S.85ff.

Hunt, Norman, W., Methods of Wage Payment in British Industry, London 1951.

Indexklausel für Ärzteschaft? (o.V.). "Sozialer Fortschritt", Berlin, 14.Jg., 1965, S.173ff.

Iversen, C., Die dänische Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit. - Vollbeschäftigung und Inflationsgefahr. In: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft. Hrsg. von Hunold, Albert, Zürich 1951, S.217ff.

Jecht, Horst, Rentenreform und wirtschaftliche Entwicklung - Probleme und Gefahren, Nürnberg o.J.

Jecht, Horst, Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente. In: Schriftenreihe des Bundesarbeitsministeriums, Heft 4, Stuttgart 1956.

Jodleder, Gustav, Kritik des Gleitlohnes. "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrtspflege", Berlin, XXXI.Jg., 1922, S.281ff.

Katona, George, Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer - Über die Beziehungen zwischen Nationalökonomie, Psychologie und Sozialpsychologie, Tübingen 1960.

- Keine steuerlichen Geldwertklauseln, o.V. (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 18.Jg., 1965, S.22.
- Kellerer, Hans, Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben. In: Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Hamburg 1960.
- Kerschagl, Richard, Wertsicherungsklauseln in Österreich. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 6.Jg., 1953, S.239ff.
- Keynes, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung und des Geldes, Berlin 1952.
- Korner, Emil, Die Entdeckung des wertbeständigen Geldes, Berlin 1961.
- Kommentar zur Reichsversicherungsordnung - 4. und 5. Buch, 6.Aufl. - Hrsg. vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Weinheim 1958/65, Art.1272.
- Krelle, Wilhelm und Haller, Heinz, Lohnhöhe und Beschäftigung. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Bd.11, Berlin 1955.
- Krelle, Wilhelm, Art. Lohn I. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 7.Bd., Tübingen, Stuttgart und Göttingen 1961, S.1ff.
- Liefmann-Keil, Elisabeth, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik. In: Enzyklopädie der Sozialwissenschaften. - Hrsg. von Künkel, W., Peters, H., Preiser, E., Abteilung Sozialwissenschaften, Berlin 1961.

- Liefmann-Keil, Elisabeth, Rentenreform und Lohnpolitik.
In: Sozialpolitik und Sozialreform. - Ein ein-
führendes Lehr- und Handbuch der Sozialpolitik -
Hrsg. von Boettcher, Erik, Tübingen 1957.
- Liefmann-Keil, Elisabeth, Zum Sparen der Arbeitnehmer.
"Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Jg.1958, Teil I,
S.142ff.; Teil II, S.182ff.; Teil III, S.224ff.
- Lindahl, Erik, Das Spiel mit dem Geldwert. "Weltwirt-
schaftliches Archiv", Hamburg, Bd.87 (1961 II),
S.7ff.
- Lubasch, Kurt, Die volkswirtschaftlichen Wirkungen von
Geldwertsicherungsklauseln, Berlin 1964.
- Lünendonk, Heinrich, Der CDU-Parteitag 1956 und die
Sozialreform. "Sozialer Fortschritt", Berlin,
5.Jg., 1956, S.127ff.
- Lukas, Eduard, Geld und Kredit, Heidelberg 1951.
- Lutz, Friedrich A., Zinstheorie, Tübingen / Zürich 1956.
- Lutz, Friedrich A., Arbeitslosigkeit und Kredit-
expansion. In: Vollbeschäftigung, Inflation und
Planwirtschaft. - Hrsg. von Hunold, Albert,
Zürich 1951, S.246ff.
- Meimberg, Rudolf, Der Geldwert im Widerstreit der
Interessen, Frankfurt 1961.
- Meinhold, Helmut, Wie stark dürfen die Löhne steigen?
In: Die Zeit vom 19.3.1965, S.34.
- Miche, Charles, Das Problem der Indexlöhne in den USA.
"Gewerkschaftliche Rundschau", 44.Jg., Bern 1952,
S.101ff.

Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, 8.Jg.,
Februar 1956.

Müller, J. Heinz, Die Auswirkungen einer Renten-
Indexautomatik auf das wirtschaftliche Wachstum
und die Stabilität der Währung. "Politische
Studien", München, Heft 77, 7.Jg., 1956, S.6ff.

Müller, J. Heinz, Die Vorzüge einer Dynamisierung der
Altersrente und ihre konjunkturellen Gefahren:
"Der Arbeitgeber", Düsseldorf 1956, S.40ff.

Münzel, Hermann und Jonas, Willi, Sozialversicherung.
In: Schaeffers Grundriß des Rechts und der
Wirtschaft, Abteilung II: Öffentliches Recht
und Volkswirtschaft, 40.Bd., Stuttgart -
Düsseldorf 1950.

Muhs, Karl, Wertbeständige Kapitalanlagen. "Jahrbücher
für Nationalökonomie und Statistik", Stuttgart,
120.Bd. (1923), S.385ff.

Musgrave, Richard, Finanztheorie, Tübingen 1966.

Nell-Breuning, Oswald von, Zur Diskussion um die Renten-
reform - eine Rückschau. In: Wirtschaft und Ge-
sellschaft heute, III.Bd.: Zeitfragen 1955 -
1959, Freiburg 1960, S.360ff.

Neuordnung der sozialen Leistungen - Denkschrift auf
Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet von
den Professoren Achinger, Hans, Höffner, Josef,
Muthesius, Hans, Neundörfer, Ludwig, Köln 1955.

Nostiz, Hans von, Das Aufsteigen des Arbeiterstandes
in England, Jena 1900.

Nußbaum, Arthur, Das Geld in Theorie und Praxis des
deutschen und ausländischen Privatrechts,
Tübingen 1925.

Ott, Alfred, Marktform und Verhaltensweise, Stuttgart 1959.

Pehl, Günter, Kritische Bemerkungen zum Indexlohn-System. "Mitteilungen des WWI", Köln, 5.Jg., 1952, S.94ff.

Pfleiderer, Otto, Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Besteuerung von Zinserträgen. "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 19.Jg., 1965, S.886ff.

Potthoff, Heinz, Das Flasko der Lohnpolitik. "Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt", Berlin, 32.Jg., 1923, S.1015ff.

Preller, Ludwig, Gesamtwirtschaftliche Bemerkungen zur Rentendynamik. In: Normen der Gesellschaft - Festgabe für O. von Nell-Breuning S.J. zu seinem 75. Geburtstage. - Hrsg. von Achinger, Hans, Preller, Ludwig, Wallraff, Hermann-Josef, Mannheim 1965, S.268ff.

Samuelson, Paul A., Volkswirtschaftslehre - Eine Einführung, Bd.I, Köln 1964.

Schäfer, Hans, Untersuchungen über Möglichkeiten wertgesicherten Sparens. - Diss. Mannheim 1961.

Schmidt, Ingo, Auswirkungen der Rentenreform auf die Stabilität des Geldwertes, Berlin 1961.

Schmölders, Günther, Geldpolitik - Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften. Hrsg. von Salin, Edgar und Schmölders, Günther, Tübingen, Zürich 1962.

Schmölbers, Günther, Ermütigung zum privaten Eigentum -
Geld, Konsum, Sparen - und neue Wege hierzu.
"Die politische Meinung", Köln, Jg.1957, Heft 16,
S.28ff.

Schneider Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie.
II. Teil: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches
Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft,
6.verb.Aufl., Tübingen 1960.

Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie.
III. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und
Beschäftigung, 6.verb.u.erw.Aufl., Tübingen 1961.

Schreiber, Wilfrid, Existenzsicherheit in der indu-
striellen Gesellschaft - Vorschläge des Bundes
katholischer Unternehmer zur Reform der Sozial-
versicherung. In: Schriftenreihe des Bundes
katholischer Unternehmer, Neue Folge 3, Köln 1955.

Schreiber, Wilfrid, Umlageverfahren und Kapitaldeckung
in der Rentenversicherung. "Zeitschrift für
Sozialreform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.65ff.

Schulze-Gaevernitz, Gerhart von, Zum socialen Frieden. -
Eine Darstellung der social-politischen Erzie-
hung des englischen Volkes, Leipzig 1890.

Schumann, Franz, Sparerschutz bei Kaufkraftminderung.
"Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen",
Frankfurt, 19.Jg., 1966, S.690ff.

Seitl, Helmut, Ökonomische und finanzpolitische Probleme
der sogenannten Wertsicherungsklauseln, Diss.,
Wien 1954.

Skade, Rigmor, Der Einfluß der Preiszahl auf die Löhne
in Dänemark. "Soziale Welt", Göttingen, 2.Jg.,
1950/51, S.416ff.

Sozialbericht 1965. "Bundesarbeitsblatt", Stuttgart
1965, S.865ff.

SPD: Alterssicherung vordringlich (o.V.). "Sozialer
Fortschritt", Berlin, 5.Jg., 1956, S.49ff.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutsch-
land, Stuttgart, Mainz 1965.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutsch-
land, Stuttgart 1966, S.152.

Stucken, Rudolf, Die Expropriation des Sparerers und der
wertbeständige Kredit. In: Beiträge zur Geld-
und Finanztheorie. - Wilhelm Gerloff zum 70.
Geburtstag. Hrsg. von Neumark, Fritz und Sauer-
mann, Heinz, Tübingen 1951, S.121ff.

Süddeutsche Zeitung vom 17.8.1965.

Szturm de Sztrem, J., Wage Problems in Poland during
and after the War. "International Labour Review",
Geneva, 10.Jg., 1924, S.387ff.

Tagung der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft
und -gestaltung (o.V.). "Zeitschrift für Sozial-
reform", Wiesbaden, 2.Jg., 1956, S.196ff.

The Index Clause System in the Finnish money and capital
markets - Hrsg. vom Institute for Economic
Research / Bank of Finland, Oktober 1964 - Als
Manuskript gedruckt.

Trode, Eduard, Grundriß der Sozialversicherung, Berlin
1950.

Über die Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebens-
führung (o.V.). "Soziale Praxis und Archiv für
Volkswohlfahrt", Berlin, XXX.Jg., 1921, S.28ff.

Veit, Otto, Grundriß der Währungspolitik, Frankfurt 1961.

Voigt, Fritz, Aussagefähigkeit und Erkenntnisgrenzen der modernen Wirtschaftstheorie. In: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung von Voigt, Fritz, Huhle, Fritz, Müller, J. Heinz, Ehrlicher, Werner, Floss, Eberhard. Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen an der Universität Hamburg, Bd.1, Berlin 1958, S.7ff.

Warnung vor der dynamischen Rente (o.V.). "Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Jg. 1956, S.636ff.

Webb, Sidney and Beatrice, Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus, Stuttgart 1895.

Weber, Hans-Herbert, Anwendungsformen von Gleitklauseln. "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Tübingen, 113.Bd., 1957, S.476ff.

Weber, Wilhelm, Stabiler Geldwert in geordneter Wirtschaft - Gegenwartsfragen der Währungsethik. In: Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd.15, Münster 1965.

Wilken, Folker, Phänomenologie des Geldwertbewußtseins. "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Tübingen, 56.Bd. (1926), S.417ff.

Wissmann, Bernhard, Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer. Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen an der Universität Hamburg, Bd.15, Berlin 1960, S.112ff.

Zoeltewij, Bert, The Adjustment of Wages to Change in the Cost of Living. "International Labour Review", Geneva, Vol.66 (1952), S.89ff.

Zur volkswirtschaftlichen Problematik der dynamischen Sozialrente - Untersuchung des IFO-Institutes für Wirtschaftsforschung, München, unter Mitarbeit von Rüstow, Hanns-Joachim, Berlin 1956.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto von, Art. Lohnskalen, Gleitende, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4., gänzl.umgearb.Aufl., 6.Bd., Jena 1925, S.369ff.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto von, Lohnpolitik und Lohntheorie unter besonderer Berücksichtigung des Minimallohnes, Berlin 1900.

LEBENS LAUF

am 14. Mai 1939 wurde ich als erstes Kind des Webers Antonius Gescher und seiner Frau Gertrud geb. Ellers in Stadtlohn/Westf. geboren. Ich bin deutscher Staatsangehöriger. Am 4. März 1959 bestand ich die Reifeprüfung am altsprachlichen Alexander-Hegius-Gymnasium in Ahaus/Westf.

Im Sommersemester 1959 begann ich mit dem Studium der katholischen Theologie an der Universität Münster. Zum Sommersemester 1960 wechselte ich über zum Studium der Volkswirtschaft an der Universität Münster. Nach 9 Semestern, am 27. Oktober 1964, legte ich vor dem volkswirtschaftlichen Prüfungsamt der Universität Münster das Examen als Diplom-Volkswirt ab.

Die mündliche Doktorprüfung bestand ich am 18. Dezember 1967 vor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster.

